



F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF 2005

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

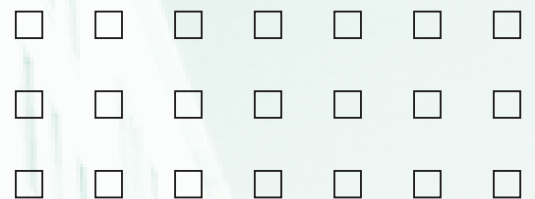
August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF
Juni 2005

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2005	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Zum Bericht über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	37
Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
Verrechnungspreisdokumentation zur Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen	61
60 Jahre IWF – Wie geht es weiter?	65
Haushaltskrisen im Bundesstaat	71
Statistiken und Dokumentationen	77
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in Deutschland wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen in den nächsten Jahrzehnten erheblich verändern. Aufgrund zu geringer Geburtenraten und der erfreulicherweise weiter steigenden Lebenserwartung wird die deutsche Bevölkerung, wie in den meisten Industriestaaten, stark altern. Diese demografische Entwicklung wird zunehmend spürbare Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte und insbesondere auf die sozialen Sicherungssysteme haben.

Die Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist dabei kein abstraktes Thema, sondern betrifft uns alle sehr konkret. Tragfähige öffentliche Finanzen sind eine Grundbedingung für die dauerhafte Handlungsfähigkeit der Politik im Interesse gerade auch der sozial Schwächeren. Denn nur Starke können sich einen schwachen Staat leisten.

Die Antwort der Bundesregierung auf diese Herausforderung ist die Agenda 2010. So haben die wichtigen Reformen in den Bereichen Rente und Gesundheit dazu beigetragen, dass die Systeme der Sozialversicherung auf die demografischen Veränderungen besser vorbereitet sind. Dies ist ein wichtiges Ergebnis des vom Bundesministerium der Finanzen erstellten „Berichts zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“. Das mit den Berechnungen beauftragte ifo-Institut München bestätigt, dass „diese Reformen die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Deutschland – bei vergleichender Berechnung auch im Vergleich zur Situation in anderen EU-Staaten – spürbar verbessert haben dürften“.

Mit dem Bericht will das Bundesfinanzministerium sachlich über die Folgen der



demografischen Entwicklung informieren und frühzeitig mögliche Ansatzpunkte für ein politisches Gegensteuern aufzeigen. Tragfähigkeitsanalysen werden zwar immer wieder kritisiert, da bei den Berechnungen naturgemäß sehr lange Zeithorizonte betrachtet werden und die quantitativen Ergebnisse daher mit sehr hohen Unsicherheiten behaftet sind. Trotzdem sollte man auf derartige Berechnungen nicht verzichten, denn die Analysen ermöglichen eine grobe Einschätzung künftiger finanzpolitischer Handlungsspielräume sowie eine vergleichende Beurteilung alternativer Reformoptionen.

Auch wenn bei Problemen der öffentlichen Finanzen vorrangig die Finanzpolitik gefragt ist, kann sie die anstehenden Herausforderungen nicht allein meistern. Denn viele andere Politikfelder wirken unmittelbar auf die öffentlichen Finanzen. Reformen dürfen sich deshalb nicht nur auf den Abbau der Staatsverschuldung und die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme beschränken. Die Förderung künftiger Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten ist entscheidend. Letztlich liefern Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung den entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte. Auch das ist eine Bestätigung für den durch die Agenda 2010 eingeschlagenen Reformweg.

Der Tragfähigkeitsbericht belegt: Es besteht kein Grund zu Pessimismus. Die demografische Entwicklung stellt die Politik zwar vor große, aber zugleich vor gestaltbare Herausforderungen. Durch eine gezielte Zusammenarbeit aller Politikbereiche können und werden wir es gemeinsam schaffen, den Wohlstand für künftige Generationen zu

sichern und – mit Mut und Engagement – auch zu steigern.

A handwritten signature in black ink, reading "Volker Halsch". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Volker Halsch

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunktorentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2005	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes von Januar bis Mai 2005 lagen mit 114,6 Mrd. € um 2,8 Mrd. € (+ 2,5%) über dem Vorjahresergebnis. Dies ist in erster Linie auf gestiegene Aufwendungen für den

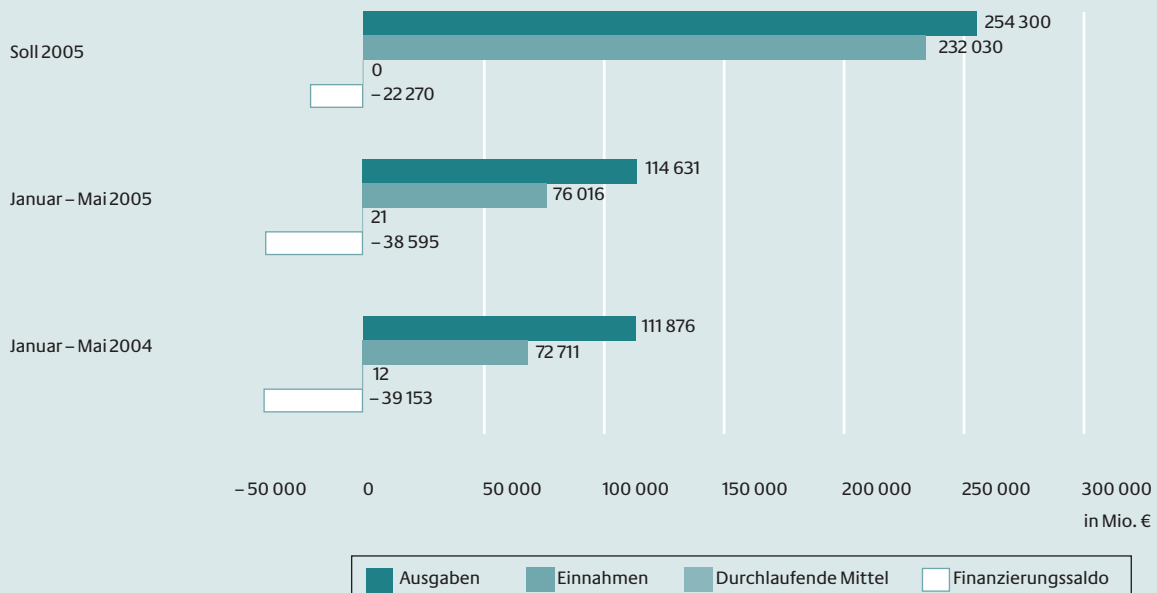
Arbeitsmarkt zurückzuführen. Die Entwicklung der Arbeitsmarktausgaben wird dabei wesentlich von den Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende geprägt.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2005	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Mai 2005
Ausgaben (Mrd. €)	254,3	114,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,1	2,5
Einnahmen (Mrd. €)	232,0	76,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,5	4,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	66,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	- 0,6
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 22,3	- 38,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 21,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 22,0	- 17,3

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Die Einnahmen des Bundes insgesamt lagen bis einschließlich Mai mit 76,0 Mrd. € um 4,5% über dem Vorjahresergebnis. Die Steuereinnahmen des Bundes lagen mit 66,0 Mrd. € nur knapp (-0,6%) unter dem Vorjahresergebnis und

damit in etwa in dem durch die Steuerschätzung vom Mai prognostizierten Bereich. Die insgesamt im Vergleich zum Vorjahr positive Gesamtentwicklung der Einnahmen beruht hauptsächlich auf den in den Vormonaten erfolgten

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis Mai		Ist 2004 Januar bis Mai		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 932	18 634	16,3	18 934	16,9	- 1,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 802	1 799	1,6	1 633	1,5	10,2
Verteidigung	27 871	10 466	9,1	10 910	9,8	- 4,1
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 991	3 440	3,0	3 412	3,0	0,8
Finanzverwaltung	3 192	1 194	1,0	1 232	1,1	- 3,1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 714	4 194	3,7	4 126	3,7	1,6
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	297	0,3	314	0,3	- 5,4
BAföG	1 026	551	0,5	512	0,5	7,6
Forschung und Entwicklung	6 816	2 304	2,0	2 391	2,1	- 3,6
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	128 064	64 635	56,4	59 982	53,6	7,8
Sozialversicherung	75 182	36 516	31,9	36 490	32,6	0,1
Arbeitslosenversicherung	4 000	4 579	4,0	6 471	5,8	- 29,2
Grundsicherung für Arbeitssuchende	27 650	13 280	11,6	-	-	-
darunter: Arbeitslosengeld II	14 600	10 177	8,9	-	-	-
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 200	1 334	1,2	-	-	-
Wohngeld	850	359	0,3	1 069	1,0	- 66,4
Erziehungsgeld	2 740	1 204	1,1	1 325	1,2	- 9,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 011	1 412	1,2	1 588	1,4	- 11,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	923	322	0,3	357	0,3	- 9,8
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	702	0,6	756	0,7	- 7,1
Wohnungswesen	1 232	618	0,5	646	0,6	- 4,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 291	2 764	2,4	2 612	2,3	5,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	902	365	0,3	375	0,3	- 2,7
Kohlenbergbau	1 645	1 562	1,4	1 440	1,3	8,5
Gewährleistungen	1 500	326	0,3	298	0,3	9,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	2 932	2,6	2 985	2,7	- 1,8
Straßen (ohne GVFG)	5 603	1 295	1,1	1 538	1,4	- 15,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 487	2 542	2,2	3 333	3,0	- 23,7
Bundeseisenbahnvermögen	5 250	1 954	1,7	2 050	1,8	- 4,7
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 736	459	0,4	676	0,6	- 32,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	17 907	15,6	18 791	16,8	- 4,7
Zinsausgaben	38 875	17 605	15,4	17 611	15,7	0,0
Ausgaben zusammen	254 300	114 631	100,0	111 876	100,0	2,5

Sondereffekten bei den Verwaltungseinnahmen, die das Vorjahresergebnis um 3,7 Mrd. € übertrafen.

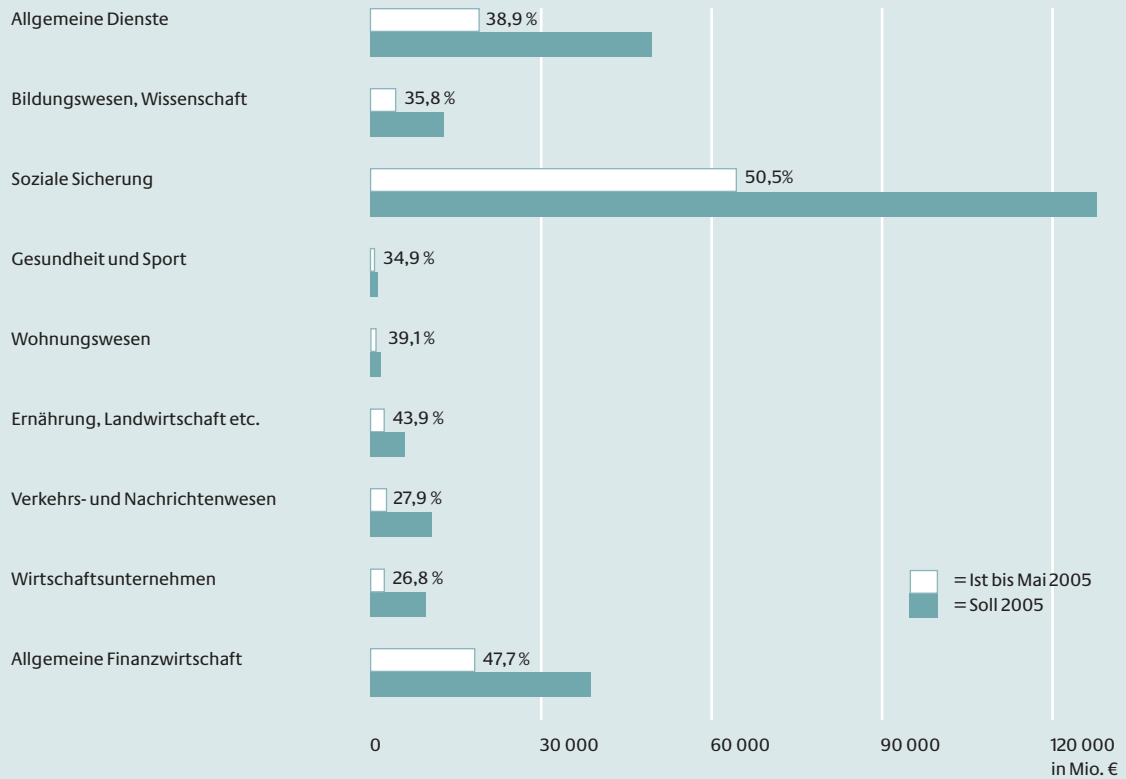
Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 38,6 Mrd. €. In ihm werden die den Haushaltsvollzug prägenden Haushaltsbe-

lastungen – vor allem gegenüber der Planung geringere Steuereinnahmen und höhere Arbeitsmarktausgaben – deutlich. Unter Berücksichtigung der sich derzeit zeigenden Be- und Entlastungen zeichnet sich ab, dass der Bundeshaushalt ein Risiko in einer Größenordnung von 10 bis 12 Mrd. € zu verkraften hat.

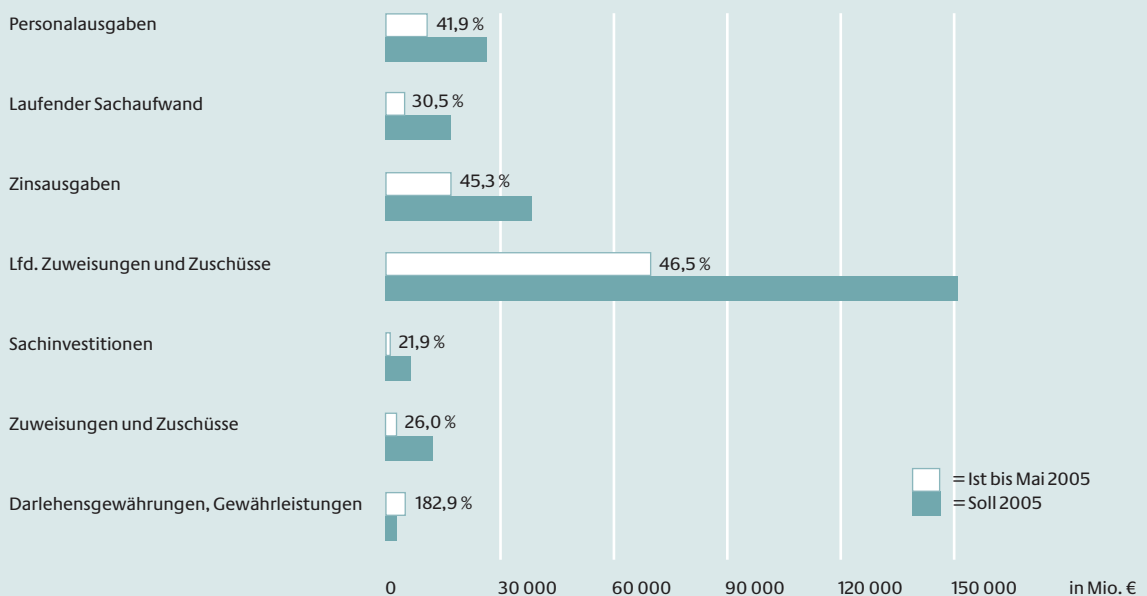
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	233 713	104 117	90,8	98 955	88,5	5,2
Personalausgaben	26 865	11 252	9,8	11 233	10,0	0,2
Aktivbezüge	20 147	8 315	7,3	8 364	7,5	– 0,6
Versorgung	6 718	2 937	2,6	2 868	2,6	2,4
Laufender Sachaufwand	17 354	5 285	4,6	5 612	5,0	– 5,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	445	0,4	457	0,4	– 2,6
Militärische Beschaffungen	8 122	2 091	1,8	2 691	2,4	– 22,3
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 754	2 750	2,4	2 463	2,2	11,7
Zinsausgaben	38 875	17 605	15,4	17 611	15,7	0,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	150 225	69 821	60,9	64 342	57,5	8,5
an Verwaltungen	13 015	5 232	4,6	5 648	5,0	– 7,4
an andere Bereiche	137 210	64 706	56,4	58 761	52,5	10,1
darunter:						
Unternehmen	16 516	5 360	4,7	5 084	4,5	5,4
Renten, Unterstützungen u.a.	22 223	14 575	12,7	10 747	9,6	35,6
Sozialversicherungen	94 560	43 183	37,7	41 407	37,0	4,3
Sonstige Vermögenübertragungen	395	154	0,1	157	0,1	– 1,9
Investive Ausgaben	22 745	10 514	9,2	12 921	11,5	– 18,6
Finanzierungshilfen	16 011	9 040	7,9	11 175	10,0	– 19,1
Zuweisungen und Zuschüsse	12 545	3 266	2,8	3 570	3,2	– 8,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 907	5 316	4,6	7 176	6,4	– 25,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	458	0,4	429	0,4	6,8
Sachinvestitionen	6 734	1 474	1,3	1 746	1,6	– 15,6
Baumaßnahmen	5 372	1 123	1,0	1 366	1,2	– 17,8
Erwerb von beweglichen Sachen	917	236	0,2	240	0,2	– 1,7
Grunderwerb	445	115	0,1	141	0,1	– 18,4
Globalansätze	– 2 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	254 300	114 631	100,0	111 876	100,0	2,5

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Mai 2005



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Mai 2005



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Januar bis Mai Mio. €	Anteil in %	Januar bis Mai Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	190 786	66 006	86,8	66 415	91,3	- 0,6
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 941	53 385	70,2	51 671	71,1	3,3
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 031	22 780	30,0	22 159	30,5	2,8
davon:						
Lohnsteuer	51 840	18 642	24,5	19 495	26,8	- 4,4
veranlagte Einkommensteuer	2 447	- 2 322	- 3,1	- 3 389	- 4,7	- 31,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	3 127	4,1	2 899	4,0	7,9
Zinsabschlag	3 234	1 750	2,3	1 768	2,4	- 1,0
Körperschaftsteuer	8 630	1 583	2,1	1 385	1,9	14,3
Steuern vom Umsatz	74 565	30 181	39,7	29 117	40,0	3,7
Gewerbsteuerumlage	1 345	425	0,6	396	0,5	7,3
Mineralölsteuer	41 500	11 010	14,5	11 759	16,2	- 6,4
Tabaksteuer	14 750	4 966	6,5	4 838	6,7	2,6
Solidaritätszuschlag	10 286	3 871	5,1	3 800	5,2	1,9
Versicherungsteuer	8 900	4 994	6,6	4 963	6,8	0,6
Stromsteuer	6 600	2 347	3,1	2 444	3,4	- 4,0
Branntweinabgaben	2 162	710	0,9	768	1,1	- 7,6
Kaffeesteuer	1 040	409	0,5	420	0,6	- 2,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 535	- 3 654	- 4,8	- 3 875	- 5,3	- 5,7
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 750	- 7 687	- 10,1	- 6 171	- 8,5	24,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 500	- 1 573	- 2,1	- 1 547	- 2,1	1,7
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 2 939	- 3,9	- 2 837	- 3,9	3,6
II. Sonstige Einnahmen	41 244	10 010	13,2	6 296	8,7	59,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 696	775	1,0	505	0,7	53,5
Zinseinnahmen	326	150	0,2	374	0,5	- 59,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	21 460	3 507	4,6	2 145	3,0	63,5
Einnahmen zusammen	232 030	76 016	100,0	72 711	100,0	4,5

Steuereinnahmen im Mai 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Mai 2005 um +4,5%. Dabei nahmen die gemeinschaftlichen Steuern um +4,5% und die Ländersteuern um +38,8% zu, während die Bundessteuern mit -3,2% rückläufig waren.

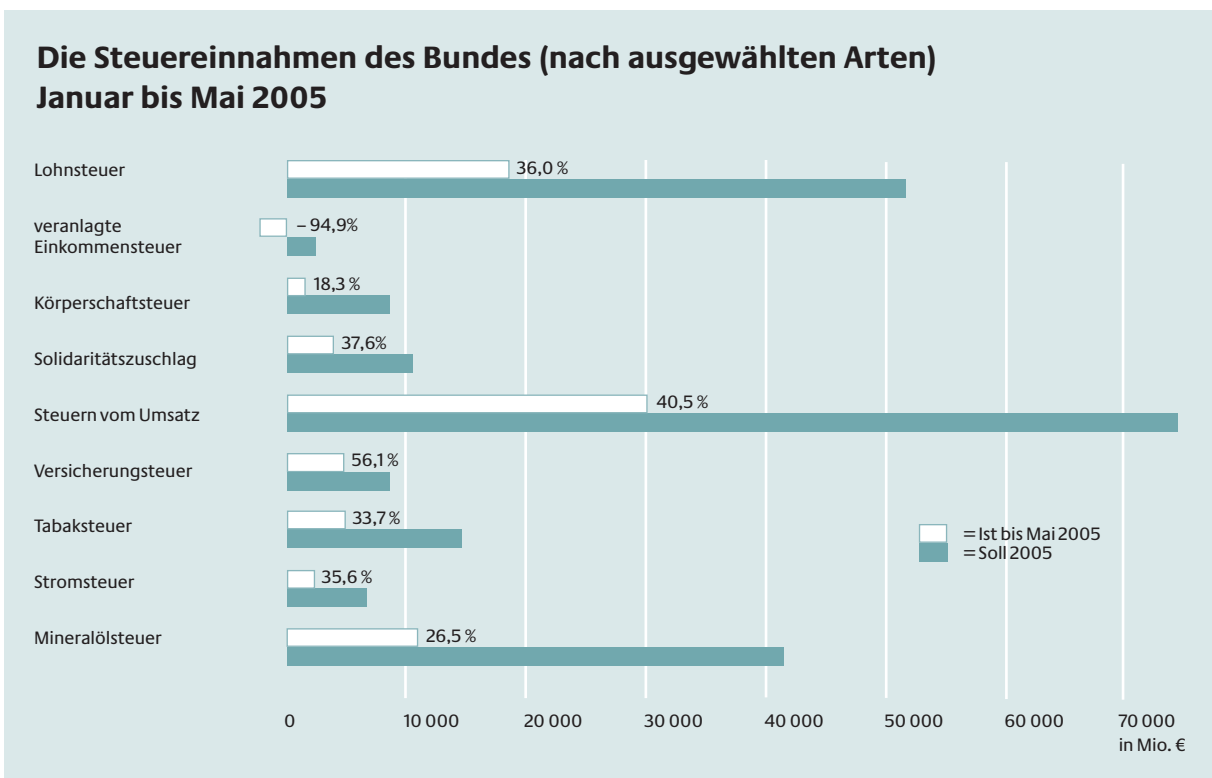
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im Mai um +4,9% über dem Vorjahresergebnis. Dabei profitierte der Bund zum einen von der dynamischen Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern und seinem seit diesem Jahr höheren Umsatzsteueranteil. Zum anderen war die EU-Abführung im Vorjahresvergleich um -13,6% niedriger.

Die Lohnsteuer überraschte im Mai mit einem Rückgang im Vorjahresvergleich von lediglich -0,8%. Aufgrund der seit Jahresbeginn geltenden Tarifsenkung und der rückläufigen Beschäftigtenzahl war mit stärker rückläufigen

Einnahmen zu rechnen. Allerdings war die Vorjahresbasis mit -7,1% auch entsprechend niedrig.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag um knapp 446 Mio. € über dem Vorjahreswert. Diese Verbesserung beruhte zur Hälfte auf höheren Nachzahlungen für vergangene Veranlagungszeiträume. Die andere Hälfte ist den im Vorjahresvergleich um -9,5% geringeren Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer zuzurechnen. Hier gibt es offensichtlich immer noch Rückstände bei der Bearbeitung der Einkommensteuererklärungen. Im weiteren Jahresverlauf ist deshalb ein deutlicher Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer zu erwarten.

Aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit wurden im Mai 2005 noch 1,8 Mio. € vereinnahmt. Dabei handelt es sich um Restzahlungen, da die Amnestieregelung bereits zum 31. März 2005 ausgelaufen ist. Im Jahr 2005 brachte die Steueramnestie damit Einnahmen in Höhe von 504,7 Mio. €.



Die Körperschaftsteuer enttäuschte nach dem schlechten April-Ergebnis im Mai erneut. Das Aufkommen lag um – 486 Mio. € unter dem Vorjahreswert, im Mai des Vorjahres war noch ein leicht positives Aufkommen erzielt worden. Im Rahmen der Veranlagung zurückliegender Jahre erhalten die Unternehmen offenbar Erstattungen in größerem Umfang.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag haben sich im Vorjahresvergleich nahezu verdoppelt (+ 88,4 %). Infolge deutlich höherer Gewinnausschüttungen der Unternehmen lagen sie um gut + 1,1 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis.

Beim Zinsabschlag setzte sich die positive Aufkommenstendenz der letzten beiden Monate im Mai mit einem Plus von 4,5 % weiter fort.

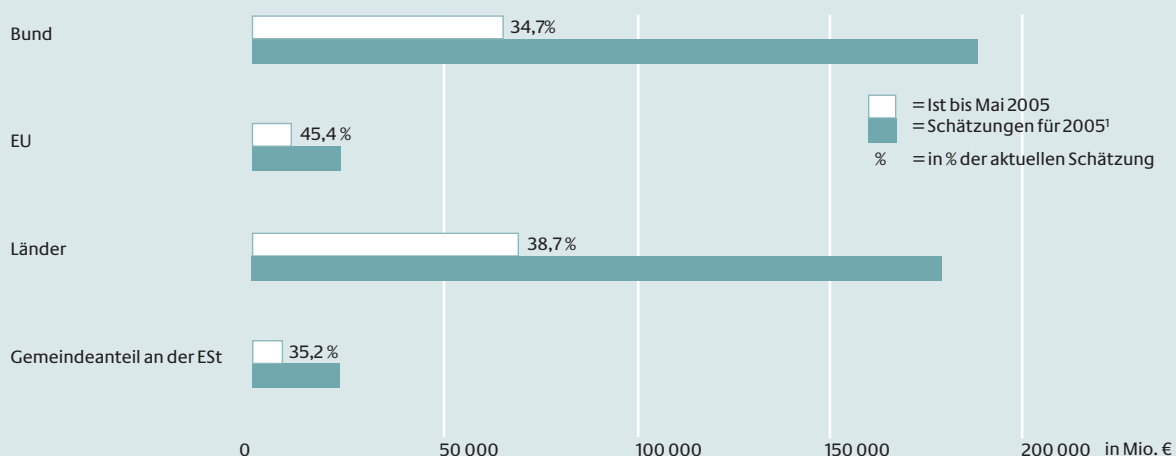
Die Steuern vom Umsatz erreichten im Mai 2005 mit – 0,3 % nicht ganz das Vorjahresniveau. Einem mit + 5,0 % starken Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer stand ein Rückgang von – 2,0 % bei der Umsatzsteuer gegenüber.

Die reinen Bundessteuern gingen im Vorjahresvergleich um – 3,2 % zurück. Ursächlich

hierfür war die Mineralölsteuer, die infolge deutlich rückläufiger Verbrauchszahlen bei Leichtöl, Diesel und Heizöl um – 9,9 % zurückging. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer tragen rund die Hälfte zum Mai-Aufkommen der reinen Bundessteuern bei. Positiv hingegen verlief die Entwicklung bei der Tabaksteuer, die infolge der Steuererhöhung eine Zunahme um + 7,4 % verzeichnete. Der Solidaritätszuschlag (+ 9,5 %) profitierte vom starken Aufkommenszuwachs der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Auch die Versicherungsteuer verbesserte sich im Vorjahresvergleich mit + 5,4 % deutlich.

Die mit + 38,8 % außerordentlich starke Zunahme bei den reinen Ländersteuern verteilte sich auf drei Steuerarten. Rund 70 % entfielen auf die Erbschaftsteuer, deren Einnahmen sich aufgrund von einigen Sonderfällen mehr als verdoppelten. Der steuerrechtlich bedingt kräftige Zuwachs (+ 19,0 %) der Kraftfahrzeugsteuer trug mit 20 % zu dem positiven Mai-Ergebnis bei. Schließlich stieg die Grunderwerbsteuer um + 17,4 %, nachdem sie in den ersten vier Monaten dieses Jahres jeweils deutlich rückläufig war.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Mai 2005



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2005).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2005	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2005	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 777	- 0,8	47 128	- 4,0	118 550	- 4,3
veranlagte Einkommensteuer	- 779	.	- 5 464	.	6 600	22,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 352	88,4	6 254	8,0	9 960	0,4
Zinsabschlag	395	4,5	3 976	- 1,0	6 826	0,8
Körperschaftsteuer	- 440	.	3 165	14,4	16 580	26,3
Steuern vom Umsatz	12 070	- 0,3	56 881	- 0,4	139 000	1,2
Gewerbesteuerumlage	291	17,7	982	9,5	3 294	- 1,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	172	25,0	689	25,8	2 465	6,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	23 836	4,5	113 612	1,2	303 275	0,4
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 447	- 9,9	11 010	- 6,4	41 000	- 1,9
Tabaksteuer	1 220	7,4	4 966	2,6	14 100	3,4
Branntweinsteuer	165	- 2,3	706	- 8,1	2 150	- 2,0
Versicherungsteuer	637	5,4	4 994	0,6	8 800	0,6
Stromsteuer	468	0,9	2 347	- 4,0	6 600	0,1
Solidaritätszuschlag	718	9,5	3 871	1,9	10 027	- 0,8
sonstige Bundessteuern	111	- 16,9	581	- 3,4	1 507	0,5
Bundessteuern insgesamt	6 765	- 3,2	28 475	- 2,4	84 184	- 0,4
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	744	.	1 938	5,2	3 855	- 10,0
Grunderwerbsteuer	360	17,4	1 897	- 7,2	4 410	- 5,1
Kraftfahrzeugsteuer	776	19,0	3 712	7,3	8 700	12,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	145	4,6	763	- 4,2	1 850	- 1,9
Biersteuer	67	- 3,4	298	- 3,7	780	- 0,9
sonstige Ländersteuern	29	- 9,7	225	- 14,3	382	- 11,7
Ländersteuern insgesamt	2 121	38,8	8 832	1,4	19 977	1,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	260	3,6	1 268	5,3	3 150	3,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	225	- 15,9	1 573	1,7	3 500	17,2
BNE-Eigenmittel	1 082	- 13,1	7 687	24,6	16 550	21,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 567	- 11,2	10 528	18,0	23 200	18,1
Bund³	15 175	4,9	65 016	- 0,5	187 248	0,2
Länder³	14 592	6,2	68 734	- 0,7	177 661	- 1,2
EU	1 567	- 11,2	10 528	18,0	23 200	18,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 648	3,5	7 908	1,0	22 477	- 2,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	32 981	4,5	152 187	0,6	410 586	0,3

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2005.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

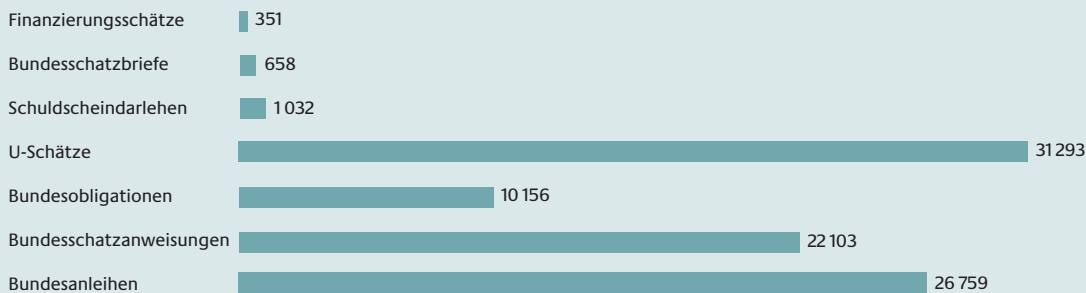
Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Mai weiter zurückgegangen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende April bei 3,36 % lag, notierte Ende Mai bei 3,23 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – lagen Ende Mai unverändert bei 2,13 %. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte legten im Mai zu; der Deutsche Aktienindex stieg von 4185 auf 4461 Punkte, der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 von 2930 auf 3077 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich von 6,5 % im März auf 6,7% im April 2005. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Februar bis April 2005 blieb mit 6,6 % gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum von Januar

Kreditaufnahme des Bundes bis Mai 2005 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Mai 2005



bis März 2005 unverändert (Referenzwert: 4,5%). Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum im April auf 7,7% an (Vormonat 7,5 %). Das niedrige Zinsniveau im Euroraum hat nach wie vor stimulierende Wirkung auf das Geldmengen- und Kreditwachstum.

In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate auf 1,6% erstmals wieder stärker an (Vormonat 0,3%); die Kreditnachfrage in Deutschland ist damit aber auch weiterhin schwächer als im Euroraum.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar bis 31. Mai 2005 92,4 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2005¹ haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Mai 2005 um 1,7% auf 871,9 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2005 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2005“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 58 Mrd. € zu begeben; hiervon sind 35,8 Mrd. € realisiert.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

Am 24. Mai 2005 wurde die erste auf US-Dollar lautende Bundesanleihe emittiert. Sie ist mit einem Kupon von 3,875% ausgestattet und es

¹ Nach Eingliederung des Fonds Deutsche Einheit.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2005 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	10,2	–	10,2
Bundessobligationen	–	6,0	–	6,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,1	0,0	0,0	0,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Anleihen des Entschädigungsfonds	–	–	–	0
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	0
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	2,7	1,4	1,3	5,4
MTN Treuhand	–	–	–	0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	8,8	23,7	19,4	51,8

Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	1,9	1,2	1,2	4,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

wurde ein Volumen von 5 Mrd. Dollar zugeteilt. Die Anleihe valutiert am 1. Juni 2005 und hat eine Laufzeit bis 1. Juni 2010.

Der detaillierte Emissionskalender für das 3. Quartal 2005 wird in der dritten Dekade im Juni 2005 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 2. Quartal 2005 auf rund 51,8 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 2. Quartal 2005 auf rund 4,3 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2005

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137099 WKN 113 709	Aufstockung	13. April 2005	2 Jahre fällig 23. März 2007 Zinslaufbeginn: 18. März 2005 Erster Zinstermin: 23. März 2006	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141463 WKN 114 146	Aufstockung	11. Mai 2005	5 Jahre fällig 9. April 2010 Zinslaufbeginn: 1. April 2005 Erster Zinstermin: 9. April 2006	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135283 WKN 113528	Neuemission	18. Mai 2005	10 Jahre fällig 4. Juli 2015 Zinslaufbeginn: 20. Mai 2005 Erster Zinstermin: 4. Juli 2006	8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137107 WKN 113 710	Neuemission	15. Juni 2005	2 Jahre fällig 15. Juni 2007 Zinslaufbeginn: 15. Juni 2005 Erster Zinstermin: 15. Juni 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141463 WKN 114 146	Aufstockung	22. Juni 2005	5 Jahre fällig 9. April 2010 Zinslaufbeginn: 1. April 2005 Erster Zinstermin: 9. April 2006	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135283 WKN 113528	Aufstockung	29. Juni 2005	10 Jahre fällig 4. April 2015 Zinslaufbeginn: 20. Mai 2005 Erster Zinstermin: 4. Juli 2006	ca. 7 Mrd. €
2. Quartal 2005 insgesamt				ca. 40 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114783 WKN 111 478	Neuemission	18. April 2005	6 Monate fällig 19. Oktober 2005	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114791 WKN 111 479	Neuemission	9. Mai 2005	6 Monate fällig 16. November 2005	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114809 WKN 111 480	Neuemission	13. Juni 2005	6 Monate fällig 7. Dezember 2005	ca. 6 Mrd. €
2. Quartal 2005 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunktorentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Nach dem kräftigen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im 1. Quartal dieses Jahres, der zum Teil auch als Gegenreaktion auf die Abschwächung der Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2004 zu sehen ist, dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im laufenden Quartal ein wesentlich moderateres Tempo aufweisen. Zwar zeigt die Binnenwirtschaft leichte Stabilisierungstendenzen auf, jedoch scheinen die hohen Ölpreise die Nachfrage aus dem Ausland zu belasten. Für eine Besserung der öffentlichen Einnahmesituation ist allerdings eine nachhaltige Erholung der Binnenwirtschaft erforderlich, die an Breite und Stärke gewinnen muss. Die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben jedoch gezeigt, dass das 1. Quartal noch von einem Rückgang der inländischen Verwendung gekennzeichnet war. Insbesondere die für die Umsatzsteuereinnahmen relevanten Privaten Konsumausgaben verringerten sich. Weiterhin, wenn auch in abnehmendem Umfang im Vorjahresvergleich, schlugen die geringeren Lohnsteuereinnahmen negativ zu Buche.

Im Einzelnen zeichnet sich dabei folgendes Bild ab.

Die Außenwirtschaft hat im vergangenen Quartal mit einem Wachstumsbeitrag von saison- und preisbereinigt 1,6 Prozentpunkten allein zum kräftigen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1% gegenüber dem Vorquartal beigetragen. Hierfür waren sowohl ein merklicher Anstieg der Exporte als auch ein Rückgang der Importe verantwortlich. Im April hat sich dieses Bild umgekehrt, was den Wert der Ausfuhr und Einfuhr von Waren angeht. Im Vergleich zum Vormonat wurden kalender- und saisonbereinigt 0,4% weniger Waren exportiert, demgegenüber aber 3,8% mehr importiert. Hierzu dürften auf beiden Seiten der Außenhandelsbilanz,

deren positiver Saldo sich deutlich reduzierte, vor allem die bis Mitte März nochmals rapide angestiegenen Ölpreise beigetragen haben. Auch hatten zwischenzeitlich die Wirtschaftsdaten insbesondere in den USA auf eine etwas langsamere Gangart der Weltwirtschaft hingedeutet. Dies zeigte sich im April ebenfalls im markanten Rückgang der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland, so dass die Monate März/April gegenüber Januar/Februar ein Minus von 1,3% aufwiesen. Besonders kräftig war hierbei die Verminderung im Bereich der Investitionsgüter. Im Vergleich zum Vorjahr legten sowohl die Ausfuhr (+ 4,9%) als auch die Einfuhr (+ 10,0%) kräftig zu. In beiden Fällen waren die Zuwächse dabei innerhalb des Euro-Raums am größten. Während dagegen die Ausfuhr in Drittländer nur geringfügig anstieg, war die Zunahme der Einfuhr aus diesen Ländern überdurchschnittlich hoch.

Bislang war die Außenwirtschaft auch Motor der Industrieproduktion. Die geringeren außenwirtschaftlichen Impulse waren aber hier noch nicht sichtbar, wenngleich die industrielle Erzeugung im April im Zweimonatsvergleich um 0,4% zurückging. Hierzu trug die geringere Produktion von Vorleistungsgütern und Konsumgütern bei, während mehr Investitionsgüter produziert wurden. Der Rückgang der Produktion spiegelte sich auch in den Umsatzdaten der Industrie wider, die in diesem Zeitraum eine geringfügige Abnahme um 0,2% aufzeigten. Allerdings resultierte diese aus einer Verminderung der inländischen Umsätze, die nicht vollständig durch die höheren ausländischen Umsätze kompensiert werden konnte. Innerhalb der Gütergruppen war der Absatz der Investitionsgüterhersteller und der Konsumgüterhersteller aufwärts gerichtet, nur die Umsätze der

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.04	4.Q.04	1.Q.05	3.Q.04	4.Q.04	1.Q.05
Bruttoinlandsprodukt								
real	2 123	+ 1,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,0
nominal	2 207	+ 2,0	- 0,2	- 0,2	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,5
Einkommen								
Volkseinkommen	1 636	+ 2,2	- 1,1	- 0,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,3
Arbeitnehmerentgelt	1 134	+ 0,2	- 0,4	- 0,3	+ 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	502	+ 7,0	- 2,6	+ 0,3	+ 3,5	+ 2,4	+ 5,8	+ 4,8
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 441	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,2	- 1,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,8
Bruttolöhne und -gehälter	912	+ 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Sparen der privaten Haushalte	155	+ 0,8	+ 0,1	+ 3,4	- 1,5	- 0,2	+ 4,2	+ 2,7

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Mrz 05	Apr 05	2- Monats- durchschnitt	Mrz 05	Apr 05	2- Monats- durchschnitt
Umsätze								
Industrie ¹	105,2	+ 4,5	+ 1,3	- 0,8	- 0,2	+ 5,7	+ 1,7	+ 3,7
Inland ¹	99,4	+ 2,5	+ 0,7	- 0,5	- 0,8	+ 2,9	+ 0,4	+ 1,6
Ausland ¹	114,5	+ 7,3	+ 2,0	- 1,2	+ 0,6	+ 9,7	+ 3,7	+ 6,6
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	79	- 5,2	- 8,1	.	- 17,0	- 29,0	.	- 24,8
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	99,5	- 0,9	.	.	.	- 0,5	- 1,0	- 0,7
Großhandel (ohne Kfz.)	97,5	+ 3,5	+ 1,3	- 2,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 2,2
Auftragseingang								
Industrie	105,6	+ 7,1	+ 1,9	- 2,6	- 0,4	- 1,6	+ 4,1	+ 1,1
Inland	99,0	+ 5,0	+ 1,8	- 0,3	+ 0,5	- 5,2	+ 3,4	- 1,2
Ausland	113,8	+ 9,5	+ 2,1	- 5,0	- 1,3	+ 2,1	+ 4,9	+ 3,4
Bauhauptgewerbe	74,6	- 5,7	+ 9,0	.	- 4,6	- 6,8	.	- 13,2
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	731	+ 10,0	+ 1,7	- 0,4	+ 0,2	+ 0,8	+ 4,9	+ 2,8
Waren-Importe	574	+ 7,5	- 0,6	+ 3,8	- 0,7	+ 1,6	+ 10,0	+ 5,8

Arbeitsmarkt	2004		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Mrz 05	Apr 05	Mai 05	Mrz 05	Apr 05	Mai 05
Erwerbstätige, Inland	38,86	+ 0,4	+ 5	+ 14	.	+ 164	+ 138	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,38	+ 0,1	+ 93	- 81	+ 0	+ 628	+ 524	+ 513

Preisindizes	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Mrz 05	Apr 05	Mai 05	Mrz 05	Apr 05	Mai 05
2000 = 100								
Importpreise	97,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,0	.	+ 3,8	+ 3,3	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	105,8	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,7	.	+ 4,2	+ 4,6	.
Verbraucherpreise	106,2	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genuss- mittelindustrie)	saisonbereinigte Salden								
	2004		Vorperiode			Vorjahresperiode			
	Okt 04	Nov 04	Dez 04	Jan 05	Feb 05	Mrz 05	Apr 05	Mai 05	
Klima	+ 5,5	+ 4,6	+ 6,6	+ 6,5	+ 3,5	- 0,8	- 3,9	- 5,0	
Geschäftslage	+ 2,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 5,0	+ 2,5	- 3,5	- 5,4	- 4,9	
Geschäftserwartungen	+ 8,3	+ 5,1	+ 9,5	+ 8,0	+ 4,4	+ 1,9	- 2,4	- 5,1	

¹ Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Vorleistungsgüterproduzenten haben abgenommen.

Im Gegensatz zu dem Rückgang der Produktion, der – gemessen an den Umsatzdaten – im Wesentlichen Ursache des geringen Absatzes im Inland war, zeigte der Wert der Auftragseingänge der Industrie als Vorlaufindikator eine andere Entwicklung auf, die eine Stabilisierung der inländischen Komponenten nahe legt. Er wies zwar im Zweimonatsvergleich eine leichte Verringerung um 0,4 % auf, aber dazu trug allein die geringere ausländische Nachfrage (– 1,3 %) bei. Hierbei könnte der nochmals stark gestiegene Rohölpreis belastend gewirkt haben. Demgegenüber wurden die inländischen Auftragseingänge (+ 0,5 %) ausgeweitet. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen haben die Orders für Konsum- und Investitionsgüter – nur aufgrund einer deutlich höheren inländischen Nachfrage – leicht zugelegt (+ 0,3 % bzw. + 0,1 %), während die Nachfrage für Vorleistungsgüter zurückging (– 1,4 %). Damit setzte sich nicht nur die unverändert positive Entwicklung sowohl der Umsätze als auch der Auftragseingänge bei den inländischen Konsumgüterproduzenten fort, sondern auch die Nachfrage nach Investitionsgütern im Inland scheint wieder Fuß zu fassen. Mithin mehren sich die Anzeichen eines, wenn auch nur langsamen Überspringens des außenwirtschaftlichen Funkens auf die Binnen- nachfrage. Gleichwohl ist vor allzu großem Optimismus zu warnen, denn in der Tendenz überwiegt das Nachlassen der ausländischen Impulse bislang die nur moderate Erholung der Binnen- nachfrage. Auch die als Vorlaufindikator für die gesamtwirtschaftliche Aktivität bedeutsame Produktion und Nachfrage nach Vorleistungsgütern ist abwärts gerichtet. Schließlich war auch die Stimmung der Unternehmer zuletzt eher pessimistisch. Das ifo-Geschäftsklima (ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie) trübte sich zum fünften Mal in Folge ein, seit drei Monaten überwiegen hier die Pessimisten. Zwar verbesserte sich die Lageeinschätzung wieder

leicht, aber die Geschäftserwartungen wurden nochmals kräftig nach unten angepasst. Der Einkaufsmanagerindex zeigt ebenfalls eine Verminderung der wirtschaftlichen Aktivität im Verarbeitenden Gewerbe an. Dies alles deutet auf eine deutliche Abflachung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik im 2. Quartal hin.

Unverändert schlecht ist die Lage der Bauindustrie. Die dort witterungsbedingt im Februar und März merklich reduzierte Produktion konnte auch nicht durch die positive Gegenreaktion im April kompensiert werden, so dass sie im Zweimonatsvergleich März/April gegenüber Januar/Februar weiter um 11,2 % spürbar verringert wurde. Auch die Auftragseingänge deuten auf keine konjunkturelle Besserung dieses Wirtschaftsbereichs hin.

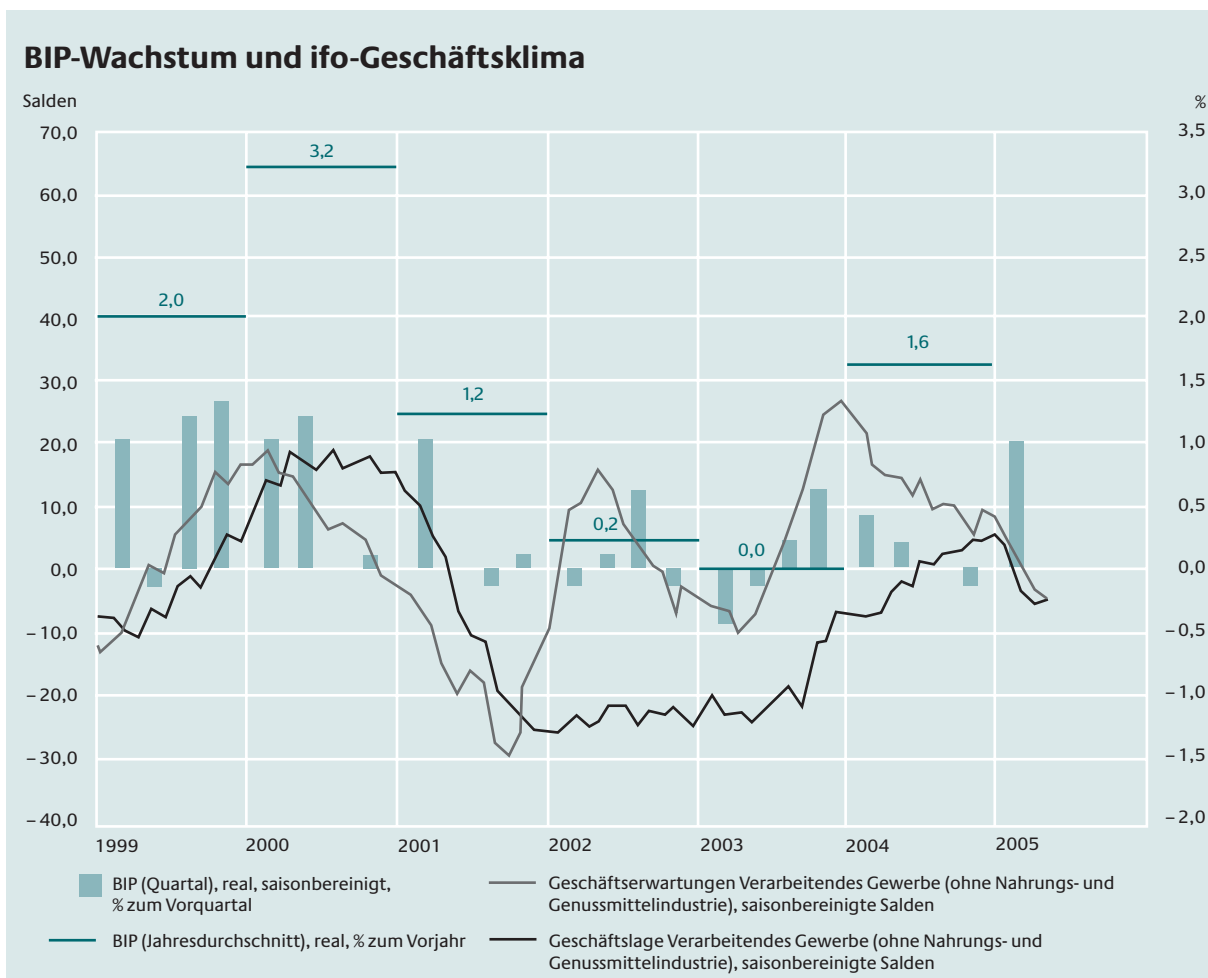
Harte Fakten, die auf die Entwicklung der Nachfrage der privaten Haushalte schließen lassen, sind aufgrund der immer noch nicht abgeschlossenen Umstellung auf einen neuen Berichterstattekreis in der Einzelhandelsstatistik weiterhin nicht vorhanden, so dass auch eine Bewertung kaum möglich ist. Nach vorläufigen Ergebnissen, die allerdings auch nur in nicht-saisonbereinigter Form vorliegen, sind die Umsätze der Einzelhändler (inkl. Kfz und Tankstellen) im April in nominaler Rechnung um 1,0 % unter ihr Vorjahresniveau gesunken. Demnach hat der Anstieg der inländischen Umsätze und Auftragseingänge im Konsumgüterbereich offensichtlich bislang nicht zu der erhofften Erhöhung der Einzelhandelsumsätze geführt, und auch die leichte Stimmungsaufhellung der Einzelhändler der letzten Monate, die im Mai allerdings lediglich noch die Geschäftserwartungen betraf, spiegelte sich nicht in den Daten wider. Demgegenüber kühlte sich das GfK-Konsumklima im Mai erstmals seit sieben Monaten ab. Für Juni wird eine weitere Eintrübung erwartet. In Anbetracht der hohen Ölpreise und der nach wie vor unbefriedigenden Lage auf dem Arbeitsmarkt haben die Verbraucher ihre Einkommenserwartungen

deutlich und die Konjunkturerwartungen leicht zurückgenommen.

Die Lage am Arbeitsmarkt war auch im Mai nahezu unverändert schlecht. Die Arbeitslosigkeit verharrte in saisonbereinigter Rechnung bundesweit auf dem Niveau vom April, wobei die umfassendere Registrierung der Arbeitslosigkeit infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Arbeitslosenzahl (Hartz-IV-Gesetz) per saldo nicht mehr verändert hat. Zwar verringerte sich der Vorjahresabstand gegenüber den letzten drei Monaten etwas, die Zahl der Arbeitslosen lag aber immer noch um 513 000 Personen höher als ein Jahr zuvor. Dies entsprach einem Anstieg der Arbeitslosenquote um 1,3 Prozentpunkte auf 11,6%. Der statistische Effekt aus der Zusammenlegung belief sich dabei auf 0,9 Prozentpunkte. Anders

ausgedrückt ist etwa ein Viertel der Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr auf eine verschlechterte Arbeitsmarktsituation zurückzuführen. Die international vergleichbare saisonbereinigte Erwerbslosenquote nach ILO-Konzept, die nur für April verfügbar ist, erhöhte sich gegenüber März um 0,1 Prozentpunkte auf 9,6%. Damit war der im April zu beobachtende Rückgang der saisonbereinigten registrierten Arbeitslosigkeit in diesen Zahlen nicht zu erkennen. Er hatte hauptsächlich aus der schlechten Witterung in den beiden Vormonaten sowie aus dem (ebenfalls Folge des Hartz-IV-Gesetzes) Ausscheiden bisher registrierter Arbeitsloser aufgrund der Nichterneuerung der Arbeitslosmeldung resultiert.

Die Erwerbstätigkeit im Inland erhöhte sich gegenüber März saisonbereinigt weiter um



14 000 Personen. Hierzu dürften aber weiterhin hauptsächlich die verschiedenen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik beigetragen haben, wie die Einrichtung von Zusatzjobs sowie ein Mehr an Minijobs und Ich-AGs. Demgegenüber verringerte sich die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Vorjahresvergleich weiter deutlich. Dieser Abbau vollzog sich vor allem in der Bauindustrie sowie im Verarbeitenden Gewerbe und konnte auch nicht durch nennenswerte Beschäftigungszuwächse bei unternehmensnahen Dienstleistern sowie im Gesundheits- und Sozialwesen kompensiert werden. Gleichwohl sind leichte Stabilisierungstendenzen erkennbar. Die deutliche Zunahme der ungeforderten Stellenangebote (saisonbereinigt + 10 000 im Mai und + 38 000 seit Januar) könnte auf einen steigenden Arbeitskräftebedarf hinweisen.

Das Preisklima wird weiterhin von den gestiegenen Preisen für Rohstoffe und Energieträger bestimmt, wobei die spürbare Teuerung auf der Ebene der Import- und Erzeugerpreise bislang nicht in gleichem Maße auf der Ebene der Verbraucherpreise zu sehen ist. Der Index der Importpreise blieb im April auf dem Niveau des Vormonats, während der Vorjahresstand um 3,3% übertroffen wurde. Dabei verteuerten sich gegenüber April 2004 Eisenerze, Rohkaffee und rohes Erdöl besonders stark – hier lagen die

jeweiligen Veränderungsraten bei rund 50%. Der Index der Erzeugerpreise erhöhte sich im April gegenüber März um 0,7% und überschritt den Vorjahresstand um 4,6%. Hierfür war die spürbare Verteuerung von Mineralölerzeugnissen und anderen Energiearten der wesentliche Grund. Ohne Energie belief sich der Anstieg des Erzeugerpreisniveaus auf 2,3% gegenüber Vorjahr. Die Tatsache, dass die Produzenten die kräftigen Energiepreiserhöhungen bislang scheinbar noch nicht vollständig auf die Verbraucherpreise überwältzt haben, aber auch das nur anteilige Gewicht im gesamten Verbraucherpreisindex führten dazu, dass dieser Index im Mai mit 0,3% gegenüber dem Vormonat bzw. 1,7% gegenüber dem Vorjahr vergleichsweise moderat angestiegen ist. Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Jahresteuerrate bei 1,5% gelegen. Weiterhin, wenn auch in vermindertem Umfang, macht sich der Einfluss der höheren administrierten Preise durch die Anhebung der Tabaksteuer sowie das In-Kraft-Treten der Gesundheitsreform im letzten Jahr bemerkbar. Zuletzt stiegen auch die Preise für Pauschalreisen bzw. Beherbergungsdienstleistungen deutlich an. Diesen höheren Preisen standen Preisreduktionen insbesondere für Informationsverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräte gegenüber.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 7. Juni 2005 in Luxemburg

Vorbereitung des Europäischen Rates am 16./17. Juni 2005

Nach ausführlichen Beratungen nahm der ECOFIN-Rat die integrierten Leitlinien zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2005 an. Als „übergreifende Klammer“ der multilateralen Überwachung wird der Europäische Rat im Juni das gesamte Leitlinienpaket aus Grundzügen der Wirtschaftspolitik und Beschäftigungspolitischen Leitlinien politisch billigen. Den Grundzügen der Wirtschaftspolitik wurde eine „Cover Note“ vorangestellt, in der die Finanzminister die aus ihrer Sicht wichtigsten Herausforderungen – solide makroökonomische Politik, Erhöhung der Beschäftigung und Förderung des Produktivitätswachstums – hervorheben.

Die integrierten Leitlinien aus Grundzügen der Wirtschaftspolitik (Art. 99 EGV) und Beschäftigungspolitischen Leitlinien (Art. 128 EGV) stecken für Union und Mitgliedstaaten einen allgemeinen Rahmen für Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Umweltpolitik ab. Das Leitlinienpaket ist Teil der Neuorientierung der Lissabon-Strategie, die auf dem Europäischen Rat am 22./23. März 2005 beschlossen wurde.

Das Teilpaket der Grundzüge der Wirtschaftspolitik umfasst zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt enthält makroökonomische Leitlinien für bessere Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen. Diese betonen die Wichtigkeit, die öffentlichen Haushalte weiter zu konsolidieren, ohne dabei eine prozyklische Finanzpolitik zu betreiben. Sie unterstreichen die demografischen Herausforderungen und fordern daher, die wirtschaftliche Nachhaltigkeit durch Schuldenabbau und Reform der sozialen Sicherungssysteme zu stärken. Schließlich fordern die Leitlinien dazu auf, Haushaltsmittel in wach-

tumsfördernde Bereiche umzuschichten und eine stärkere Kohärenz zwischen makroökonomischer Politik und Strukturreformen herzustellen. Der zweite Abschnitt enthält Leitlinien für mikroökonomische Reformen, um das Wachstumspotenzial Europas zu stärken. Die mikroökonomischen Leitlinien umfassen alle bekannten Ziele wie Verwirklichung des Binnenmarktes, Kreation eines freundlicheren Geschäftsklimas, Stärkung der industriellen Basis, Verbesserung der europäischen Infrastruktur, Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation und Nutzen der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum.



Aufhebung des Defizitverfahrens gegen die Niederlande

Der ECOFIN-Rat beendete auf Empfehlung der Kommission das Defizitverfahren gegen die Niederlande. Der ECOFIN-Rat hatte am 2. Juni 2004 ein übermäßiges Defizit in den Niederlanden für 2003 festgestellt und nach Art. 104 (7) EG eine Rückführung des übermäßigen Defizits bis spätestens 2005 empfohlen.

Das Defizit in den Niederlanden ist mit 2,3% in 2004 unter die 3%-Grenze zurückgeführt worden. Die Kommission geht in ihren Prognosen davon aus, dass das Defizit 2005 und 2006 weiter sinken wird. Angesichts der strukturellen

Konsolidierung sieht der ECOFIN-Rat das Risiko minimiert, die 3%-Grenze in nächster Zeit wieder zu überschreiten.

Euro-Münzen

- Der ECOFIN-Rat nahm auf Grundlage von Empfehlungen der Kommission Schlussfolgerungen zur „Überprüfung der Echtheit von Euro-Münzen und zur Behandlung der für den Umlauf ungeeigneten Münzen“ an. Die einheitliche Regelung soll dazu beitragen, dass der Euromünz-Kreislauf von Fälschungen und beschädigten Münzen befreit wird.
- Die Euro-Umlaufmünzen der zwölf Euro-Länder weisen neben der gemeinsamen Wertseite unterschiedliche national gestaltete Bildseiten auf, wobei die Auswahl der Motive in nationaler Entscheidung liegt. Mit den Leitlinien zur zukünftigen Gestaltung der nationalen Seite der Euromünzen (Angabe des Münzwertes und der Währung nur bei Ländern mit anderem als lateinischem Alphabet) wird die Kohärenz des Euro-Münzsystems sichergestellt und weiter gestärkt. Die Leitlinien sehen darüber hinaus die Einführung eines Konsultationsverfahrens zur Überprüfung der Vorgaben vor. Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zu den Leitlinien für die nationalen Vorderseiten der Euromünzen an.
- Der Rat nahm zudem Schlussfolgerungen zur Gestaltung der gemeinsamen Seite von Euromünzen an. Bereits der informelle ECOFIN am 14. Mai 2005 hatte mit einer politischen Entscheidung der Forderung der neuen Mitgliedstaaten nach Anpassung der gemeinsamen Seite der Euromünzen an die zukünftige Erweiterung des Euroraumes entsprochen. Um kontinuierlichen Änderungsbedarf der Münzen bei Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Währungsunion zu vermeiden, ist als Motiv eine stilisierte Landkarte der EU vorgesehen.

Entwicklungsfinanzierung

Der ECOFIN-Rat führte einen Gedankenaustausch zu möglichen steuerlichen und nicht-steuerlichen Instrumenten der Finanzierung von Entwicklungshilfe. Grundlage war ein Arbeitspapier der Präsidentschaft und Großbritanniens. Ziel ist die Erarbeitung einer EU-Position für das hochrangige Treffen der Vereinten Nationen im September 2005 zur Überprüfung der Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsziele für die Entwicklungshilfe. Die geplante Diskussion zur Ausgestaltung einer europaweiten Flugticketabgabe wurde vertagt. Für den Juli-ECOFIN wird die Kommission hierzu ein Papier vorlegen.



Minister Eichel hob die Bedeutung einer gemeinsamen europäischen Lösung hervor und sprach sich für eine Entwicklungsfinanzierung auf der Basis von innovativen Finanzierungsinstrumenten und besserer Regierungsführung in den Empfängerländern aus. Hinsichtlich des britischen Vorschlags einer „International Finance Facility“ sollten zunächst noch offene Fragen (u. a. Berücksichtigung der Zahlungen bei der Berechnung des Maastricht-Defizits durch Eurostat) geklärt werden. Deutschland hatte im Allgemeinen Rat am 24. Mai 2005 einem Zwischenziel der Entwicklungshilfe von 0,51 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2010 und 0,7% bis 2015 zugestimmt.

Besteuerung

- Der ECOFIN-Rat stellte in Schlussfolgerungen fest, dass die Zinsrichtlinie zum 1. Juli 2005 in

Kraft treten kann. Die Anwendung der Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen und der zwischen der Gemeinschaft und fünf europäischen Drittstaaten sowie zwischen den 25 Mitgliedstaaten und zehn betroffenen abhängigen oder assoziierten Gebieten vereinbarten Maßnahmen zur Besteuerung 2005 ist sichergestellt. Damit sind die Verhandlungen zur Zinsbesteuerung nach etwa 20 Jahren zum Abschluss gebracht.

- Der ECOFIN-Rat führte einen Gedankenaustausch zur Frage ermäßigter Mehrwertsteuersätze. Die Minister konnten dabei keine Einigung auf den von der Präsidentschaft vorgelegten Kompromissvorschlag erzielen. Einvernehmen bestand lediglich über die Verlängerung des Mindest-Normalsteuersatzes von 15 % bis 2010. Die Verhandlungen werden unter britischer Präsidentschaft fortgesetzt.

Bundesfinanzminister Eichel unterstrich erneut die deutsche Position. Eine Option für ermäßigte Steuersätze auf Restaurant-Dienstleistungen werde Deutschland unterstützen. Grundsätzlich setze sich Deutschland jedoch für einen Subventionsabbau ein – reduzierte Mehrwertsteuersätze für einzelne Sektoren wirken dagegen wie Subventionen. Die neuen Mitgliedstaaten hätten bei ihrem Beitritt (wenn auch mit

Übergangsfristen) auf ihre Sonderregelungen verzichten müssen. Wer jetzt den alten Mitgliedstaaten ihre Sonderregelungen auf Dauer zementieren wolle, müsse dies fairerweise auch den neuen Mitgliedstaaten einräumen. Das aber zerstöre die bisherigen Harmonisierungserfolge, ohne dass dies Auswirkungen für den Arbeitsmarkt habe. Darüber hinaus seien unübersichtliche Regelungen äußerst betrugsanfällig.

Statistik

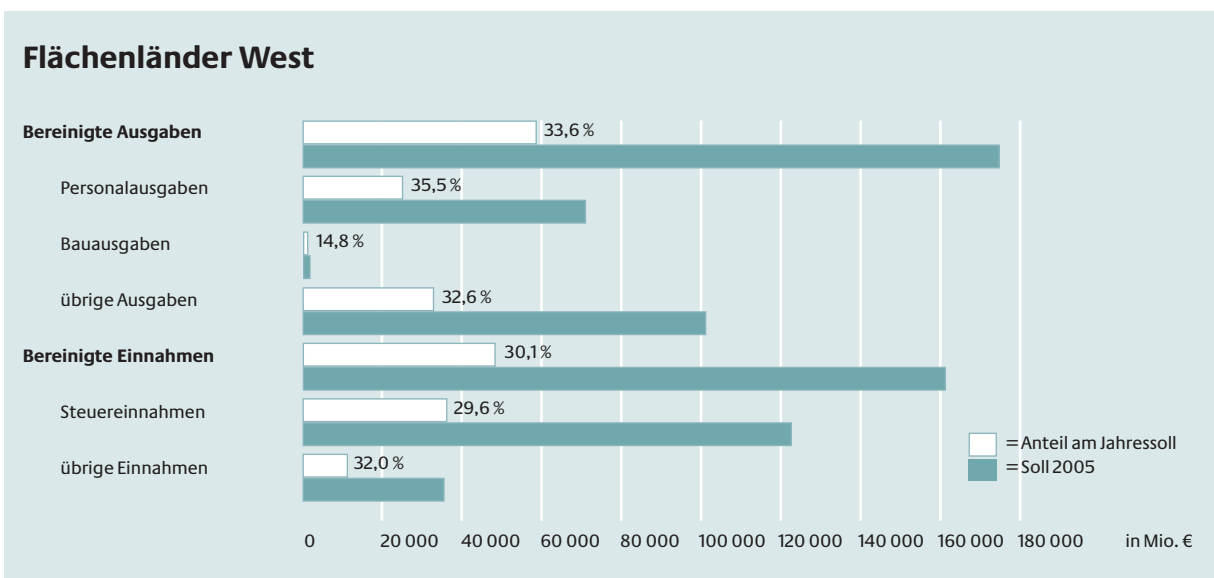
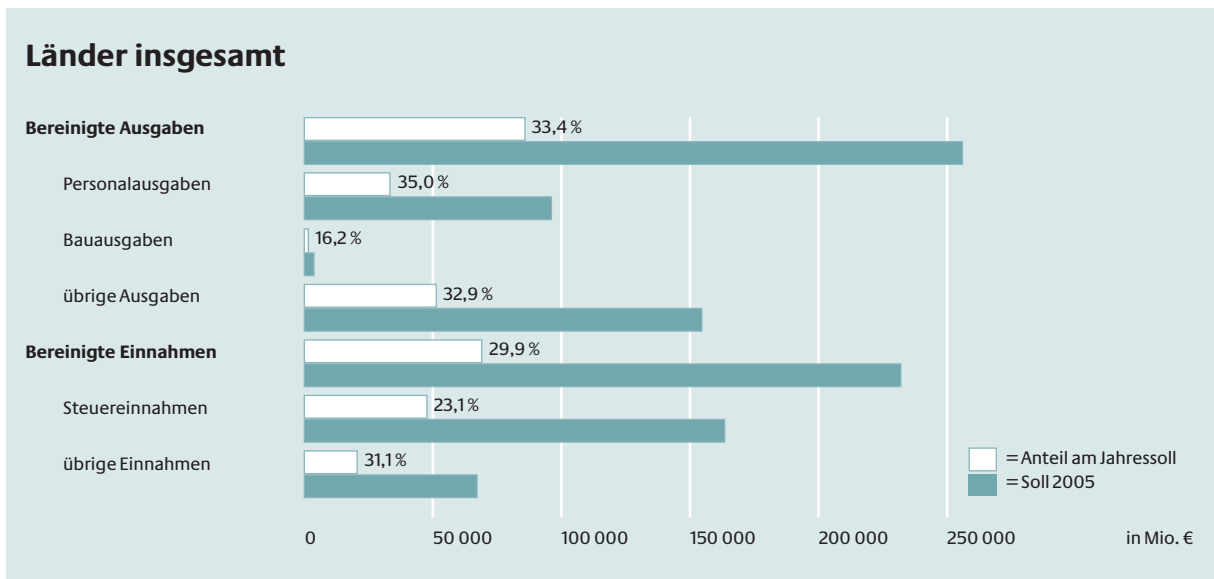
Am Fall Griechenlands war deutlich geworden, dass die Datenbasis für die haushaltspolitische Überwachung in der EU verbessert werden muss. Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen über die weitere Verbesserung der Qualität statistischer Daten (Änderung der Verordnung 3605/05) sowie zur Stärkung der Unabhängigkeit Eurostats und der nationalen Statistikämter an. Eurostat soll u. a. die Möglichkeit erhalten, bei Verdachtsmomenten Kontrollbesuche in einzelnen Mitgliedstaaten durchzuführen. Vorgeesehen ist zudem der Einsatz eines hochrangigen beratenden Gremiums, das über Befugnisse verfügt, die Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht von Eurostat und des Europäischen Statistischen Systems zu verbessern.

Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2005

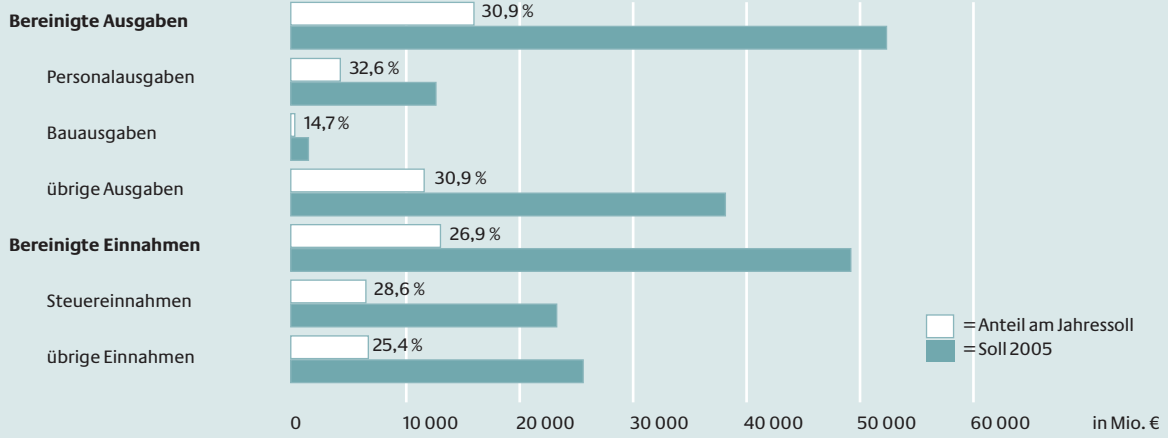
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich April 2005 vor.

Die Haushaltsentwicklungen nach den ersten vier Monaten besitzen immer noch nur eine

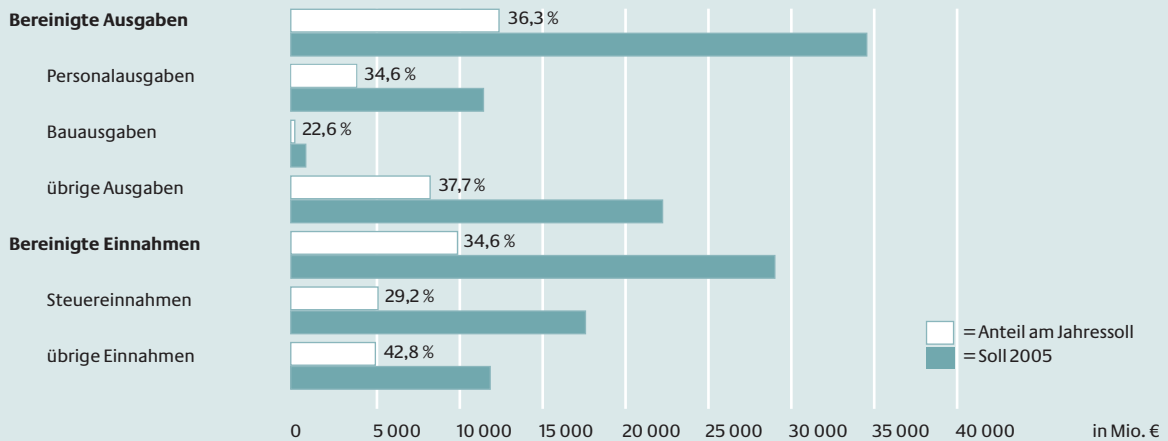
geringe Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Die Vergleiche zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellungen zu den Haushaltsplanungen (s. S. 100 ff) werden deshalb noch nicht im Einzelnen bewertet und dienen lediglich zur Information.



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 11./12. Juli 2005 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 30. August 2005 – 36. Deutsch-Französischer Wirtschafts- und Finanzrat in Kassel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- Mitte März bis Mitte Juni 2005 – Haushaltsverhandlungen
 - 10. bis 12. Mai 2005 – Steuerschätzung
 - 22. Juni 2005 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
 - 24. Juni 2005 – Zuleitung an Kabinett
 - 29. Juni 2005 – Kabinettsbeschluss
 - 30. Juni 2005 – Finanzplanungsrat
 - 12. August 2005 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 6. bis 9. September 2005 – 1. Lesung Bundestag
 - 23. September 2005 – 1. Beratung Bundesrat
- 28. September bis 10. November 2005 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
 - Anfang November 2005 – Steuerschätzung
 - 22. bis 25. November 2005 – 2./3. Lesung Bundestag
 - 16. Dezember 2005 – 2. Beratung Bundesrat
 - Ende Dezember 2005 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2005 Juli	Juni 2005	21. Juli 2005
August	Juli 2005	19. August 2005
September	August 2005	21. September 2005
Oktober	September 2005	20. Oktober 2005
November	Oktober 2005	21. November 2005
Dezember	November 2005	22. Dezember 2005

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Fachblick** – Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen
- Innenansichten** – Das Alterseinkünftegesetz: Gerech für Jung und Alt (Aktualisierung 2005)
- Klarsicht** – Reisezeit – Ihr Weg durch den Zoll (Aktualisierung 2005)
- BMF aktuell** – Ausgabe 2/05

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
 – Referat Bürgerangelegenheiten –
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
 per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>



Analysen und Berichte

Zum Bericht über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	37
Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften	45
Verrechnungspreisdokumentation zur Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen	61
60 Jahre IWF – Wie geht es weiter?	65
Haushaltskrisen im Bundesstaat	71

Zum Bericht über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

1	Der demografische Wandel.....	37
2	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen – Ergebnisse der Modellrechnungen.....	38
3	Politische Lösungsansätze	42

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Gesellschaft werden seit geraumer Zeit intensiv diskutiert. Es gibt kaum einen Bereich, der von den massiven Veränderungen in der Struktur der Bevölkerung unberührt bleiben wird. Auch für die öffentlichen Haushalte wird der absehbare demografische Wandel zunehmend spürbare Auswirkungen haben. Besonders deutlich gilt dies für die sozialen Sicherungssysteme.

Die Bundesregierung ist bereits heute gesetzlich verpflichtet, über die mittel- und langfristigen Perspektiven in Einzelbereichen Auskunft zu geben (z. B. Entwicklung der gesetzlichen Renten und der Beamtenpensionen). Eine umfassende und systematische nationale Berichterstattung über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen existiert in Deutschland jedoch noch nicht. Diese Lücke wird mit dem ersten Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen geschlossen. Der Tragfähigkeitsbericht wurde im Internet unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> sowie als Broschüre veröffentlicht.

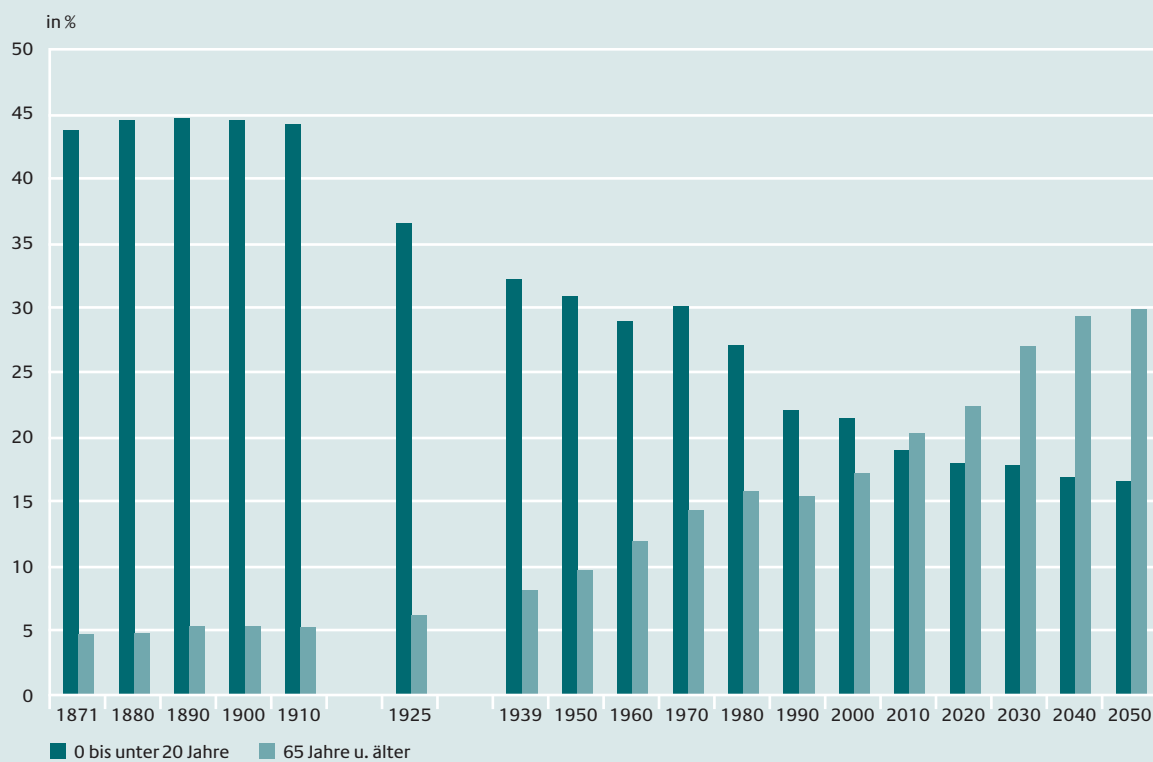
Ziel der Berichterstattung ist die sachgerechte Information über die fiskalischen Auswirkungen des demografischen Wandels sowie das Aufzeigen von Ansatzpunkten für politisches Handeln. Um regelmäßig über Veränderungen und Fortschritte auf dem Gebiet der Tragfähigkeit zu berichten, soll die Berichterstattung in Zukunft einmal pro Legislaturperiode fortgesetzt werden.

1 Der demografische Wandel

Entscheidender Auslöser für die Sorge um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist der demografische Wandel. Bei anhaltend niedrigen Geburtenraten und weiter wachsender Lebenserwartung wird sich der Altersaufbau der Bevölkerung drastisch verändern (s. Abbildung 1, S. 38).

Zwar sind Verschiebungen im zahlenmäßigen Verhältnis zwischen jüngeren und älteren Menschen schon seit langem zu beobachten. In der Vergangenheit vollzogen sich die Veränderungen aber eher allmählich und unbemerkt. Zudem wurde der säkulare Trend eines Rückgangs der Geburtenziffern in den späten 50er und den 60er Jahren vorübergehend von einer Phase vergleichsweise hoher Geburtenzahlen (so genannter „Babyboom“) abgelöst. Die in dieser Zeit geborene Generation verstärkt bis heute den Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, so dass der Altenquotient, der das Verhältnis zwischen Personen im Rentenalter (ab 65) und Personen im Erwerbsalter (zwischen 20 und 64) beschreibt, derzeit bei unter 30 % liegt. Sobald diese Jahrgänge zu Senioren werden, wird der Altenquotient aber rasch ansteigen. Bereits in 25 Jahren werden auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter fast 50 Personen im Rentenalter kommen und im Jahr 2050 wird sich der Altenquotient gegenüber heute fast verdoppelt haben. Dieser Trend ergibt sich nach

Abbildung 1: Entwicklung des Bevölkerungsanteils im Kindes- und Jugendalter (bis unter 20 Jahre) bzw. im Seniorenalter (65 und älter) in Deutschland von 1871 bis 2050



den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auch dann, wenn die Gesamtbevölkerung in Deutschland in den kommenden Jahren nicht wesentlich zurückgehen sollte.

2 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen – Ergebnisse der Modellrechnungen

Die komplexen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, die sich in erwarteten demografischen Veränderungen widerspiegeln, können nicht exakt erfasst, modelliert und prognostiziert werden. Das gilt auch für die möglichen Folgen der Bevölkerungsalterung auf die öffent-

lichen Finanzen. Einen Ausweg bieten Modellrechnungen, die das künftige Geschehen bei Setzung unterschiedlicher Annahmen im Rahmen gewisser Bandbreiten abzugreifen suchen. Für das Bundesministerium der Finanzen hat das ifo-Institut München solche Analysen durchgeführt.¹

Da in den Modellrechnungen naturgemäß sehr lange Zeithorizonte betrachtet werden und mögliche Rückkoppelungen budgetärer Entwicklungen oder politischer Maßnahmen auf das Wirtschaftswachstum und auf das Verhalten der privaten Wirtschaftssubjekte dort nicht systematisch berücksichtigt werden, sollten die quantitativen Ergebnisse aber mit hinreichender Vorsicht interpretiert werden. Die Analysen

¹ Die beim ifo-Institut vom Bundesministerium der Finanzen in Auftrag gegebene Forschungsstudie ist erschienen unter: Werding, Kaltschütz, Modellrechnungen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Band 17, 2005.

dienen vielmehr einer groben Einschätzung künftiger finanzpolitischer Spielräume und einer vergleichenden Beurteilung der Wirkungen alternativer Reformoptionen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

In den Modellrechnungen werden einzelne Kategorien öffentlicher Ausgaben auf Basis konkreter Annahmen über die demografische und gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2050 fortgeschrieben. Explizit betrachtet werden öffentliche Ausgaben in den Bereichen staatliche Alterssicherung (Rentenversicherung, Beamtenversorgung), Gesundheit (Krankenversicherung, Pflegeversicherung) und Bildung sowie langfristige Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Ausgehend hiervon wird dann die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Einnahmen- und Ausgabenquote, die langfristige Entwicklung des Schuldenstandes sowie die Höhe von möglichen Tragfähigkeitslücken untersucht. Die Berechnungen werden ergänzt durch eine Reihe von Sensitivitätsanalysen sowie Politiksimulationen.

Für die aggregierte Ausgabenquote der demografieabhängigen Ausgabenbereiche Alterssicherung, Gesundheit, Bildung und Arbeitslosenversicherung ergibt sich ein zunächst fallender, dann jedoch wieder ansteigen-

der Verlauf. Die Ausgabenquote sinkt zunächst kontinuierlich bis 2012 auf einen Wert von 23,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), erst danach steigt sie wieder bis 27,8 % im Jahr 2050 an (s. Tabelle 1).

Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei der gesamtwirtschaftlichen Ausgabenquote zu beobachten, bei der neben den explizit modellierten demografieabhängigen Ausgabenkomponenten alle sonstigen Ausgaben in die Betrachtung eingeschlossen werden. Ausgehend von der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung sowie der Annahme konstanter BIP-Anteile bei den sonstigen öffentlichen Ausgaben ab 2009 reduziert sich die gesamtstaatliche Ausgabenquote zunächst von 48,9 % im Jahre 2003 (Datenstand bei Beginn der Modellrechnungen) auf 43,1 % im Jahre 2012. Erst danach ist ein Anstieg zu verzeichnen, und zwar bis auf 47,3 % im Jahre 2050.

Die Ergebnisse für den Schuldenstand werden allerdings nicht nur von den Entwicklungen auf der Ausgabenseite, sondern entscheidend auch dadurch beeinflusst, welche Annahmen bezüglich der Entwicklung der Einnahmen getroffen werden. Alle Berechnungen wurden sowohl für eine konstante Einnahmenquote als auch für eine sich anpassende Einnahmenquote durchgeführt.

Tabelle 1: Entwicklung der demografieabhängigen Ausgaben (in % des BIP)

Jahr	Alterssicherungsausgaben ¹	Gesundheitsausgaben ²	Bildung ³	Arbeitslosenversicherung	Summe ⁴
2003	11,9	7,4	4,1	2,9	25,3
2010	11,3	6,9	3,9	2,4	23,7
2020	12,3	7,5	3,6	2,0	24,5
2030	13,6	8,2	3,7	1,3	25,8
2040	14,2	9,0	3,6	1,1	26,8
2050	14,7	9,5	3,6	1,1	27,8

¹ Gesetzliche Rentenversicherung und Beamtenversorgung.

² Gesetzliche Krankenversicherung und Pflegeversicherung.

³ Einschließlich Leistungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter, ohne Ausgaben für Weiterbildungsmaßnahmen der BA.

⁴ Ohne Verrechnungsverkehr, d.h. ohne Zahlungen zwischen einzelnen Zweigen der Sozialversicherung.

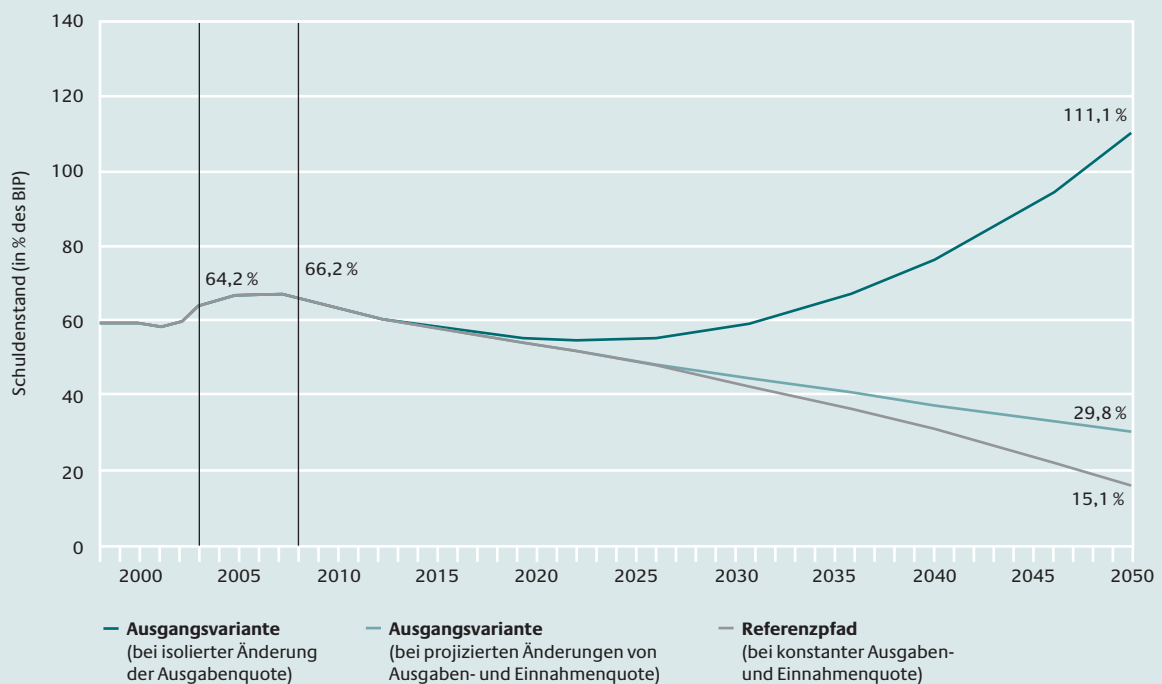
Quelle: ifo-Berechnungen.

Der Fall der sich anpassenden Einnahmenquote bildet die Änderungen ab, die sich nach dem geltenden Recht bei steigenden Ausgaben in Bereichen, die in ihrer Dynamik stark von der Alterstruktur der Bevölkerung bestimmt sind, auf der Einnahmenseite ergäben. Regelgebundene Erhöhungen der Beitragssätze in der gesetzlichen Sozialversicherung würden dazu führen, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen weitgehend neutralisiert werden. Sie gingen aber mit anderen unerwünschten Wirkungen – vor allem einer Steigerung der Lohnnebenkosten und damit einer Verringerung der Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen – einher. Wird dieser Effekt durch die Betrachtung einer konstanten Einnahmenquote hingegen ausgeklammert, würde die Schuldenstandsquote bis zum Jahr 2035 um 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schwanken und sich dann bis 2050 auf 111,1% erhöhen (s. Abbildung 2).

Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Entwicklung des Schuldenstands in Relation zum BIP in Abhängigkeit des zugrunde gelegten Zinssatzes stark variiert. Auch führt eine Verengung des Blicks allein auf das Endjahr der Projektion zu einer verzerrten Wahrnehmung. Tatsächlich sinkt der Schuldenstand gemessen am BIP ohne weitere Anpassungen auf der Einnahmenseite zunächst kontinuierlich und beginnt nicht vor 2020 wieder zu steigen. Erst dies ist der Zeitpunkt, von dem an die Wirkungen der bereits verabschiedeten Reformen nicht mehr ausreichen, die demografiebedingten Lasten vollständig auszugleichen. Für Reaktionen von Seiten der Politik zeigt sich damit ein Zeitfenster, das sich für eine weitere Verbesserung der fiskalischen Tragfähigkeit nutzen lässt.

Aussagekräftiger als die Schuldenstandsentwicklung und robuster gegenüber den Effekten der Zinseszinsrechnung sind die von ifo berechneten Tragfähigkeitslücken. Ausgewie-

Abbildung 2: Entwicklung des Schuldenstandes 1998 bis 2050



Quelle: ifo-Studie.

sen werden zwei Arten von Tragfähigkeitslücken: Die Tragfähigkeitslücke 1 misst, welche betragsmäßig konstante Senkung der projizierten Ausgabenquote (bzw. welche Erhöhung der Einnahmenquote) erreicht werden müsste, damit die Schuldenstandsquote im Jahr 2050 derjenigen Quote entspricht, die sich bei einem über den gesamten Projektionszeitraum (hier ab 2009) ausgeglichenen Budget ergeben würde. Bei der Tragfähigkeitslücke 2 wird hingegen kein explizites Ziel für das Jahr 2050 genannt und kein spezieller Zeitpfad für die Haushaltssalden vorgegeben. Vielmehr wird verlangt, dass über einen unendlichen Zeithorizont alle öffentlichen Ausgaben exakt den öffentlichen Einnahmen entsprechen.

Die Resultate zeigen, dass die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen langfristig – bei einem Verzicht auf Anpassungen bei den Sozialbeiträgen – nicht als gesichert gelten kann. Die positiven Werte weisen das errechnete Ausmaß notwendiger Budgetkorrekturen für den Staat insgesamt aus. Die erforderliche Reduktion der Defizite, die zumindest vorübergehend auch

eine Überschussbildung implizieren kann, liegt gemessen an der projizierten Entwicklung bei 1,22 bzw. 1,51 Prozentpunkten (s. Tabelle 2).

Welche Auswirkungen Änderungen der Grundannahmen oder politische Reformen auf die Höhe der Tragfähigkeitslücken ausüben, kann mittels Sensitivitätsanalysen und Politiksimulationen untersucht werden.

In den Sensitivitätsanalysen werden Änderungen der Annahmen in den Bereichen Demografie, Erwerbsneigung, Beschäftigung, Produktivität und Zins berechnet und zudem Variationen der Kostenentwicklung in einzelnen Ausgabenbereichen simuliert. Die Analysen belegen, dass sich Änderungen im gesamtwirtschaftlichen Datenkranz, insbesondere eine wesentlich ungünstigere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, in erheblichem Umfang auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte auswirken. Von großer Bedeutung ist aber auch die künftige Entwicklung der Gesundheitskosten.

In den Politiksimulationen werden die Auswirkungen verschiedener Reformoptionen

Tabelle 2: Die Höhe der Tragfähigkeitslücken in % des BIP

	Tragfähigkeitslücke 1	Tragfähigkeitslücke 2
Ausgangsvariante		
– ohne Anpassung der Einnahmenquote	1,22	1,51
– mit Anpassung der Einnahmenquote	0,13	– 0,27

Quelle: ifo-Berechnungen.

Tabelle 3: Ausgangsvariante und Politiksimulationen im Vergleich

	Tragfähigkeitslücke		Abstand zur Ausgangsvariante	
	(S1)	(S2)	(S1)	(S2)
Ausgangsvariante	1,22	1,51	–	–
Politiksimulationen				
– Ohne Reformen GKV und GRV	1,46	1,95	+ 0,24	+ 0,44
– Regelaltersgrenze 67	1,10	1,32	– 0,12	– 0,19
– Gesundheitsausgabendämpfung	0,67	0,46	– 0,55	– 1,05
– mehr Ressourcen im Bildungsbereich	1,65	1,89	+ 0,43	+ 0,38
– schnelle Senkung sonstiger Ausgaben	0,22	0,44	– 1,00	– 1,07
– langsame Senkung sonstiger Ausgaben	0,76	0,79	– 0,46	– 0,72

Quelle: ifo-Studie, eigene Berechnungen.

bzw. bereits verabschiedeter Reformen auf die Tragfähigkeit untersucht. Die Ergebnisse sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Positive Abstände zur Ausgangsvariante stellen ein Anwachsen der Tragfähigkeitslücken dar, negative Werte hingegen eine Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (s. Tabelle 3, S. 41).

Die Berechnungen verdeutlichen, dass die Bundesregierung dem kurz- und mittelfristig bestehenden Handlungsbedarf durch die eingeleiteten Reformen bereits Rechnung trägt. So haben die jüngsten Reformen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung die Tragfähigkeitslücken um etwa 20 % reduziert.

Zu einer zusätzlichen Verbesserung der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Finanzen würde darüber hinaus etwa eine zusätzliche Ausgabendämpfung im Gesundheitswesen oder eine weitere Senkung sonstiger konsumtiver öffentlicher Ausgaben beitragen.

Eine Erhöhung des Ressourceneinsatzes im Bildungsbereich führt in diesem Modell hingegen ausschließlich zu erhöhten Ausgaben des öffentlichen Sektors und rechnerisch zu einer Verschlechterung der Tragfähigkeit, da die gleichzeitig zu erwartenden Auswirkungen auf Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum nicht abgebildet werden. Rückkopplungen fiskalischer Entwicklungen werden im Übrigen auch dort nicht berücksichtigt, wo Teile einzelner Ausgabenkategorien – wie im Gesundheitsbereich – das Bruttoinlandsprodukt definitorisch mitbestimmen. All das schränkt die Möglichkeiten zur Ableitung unmittelbarer politischer Handlungsempfehlungen ein. Die Ergebnisse der Modellrechnungen ergeben allein also noch kein vollständiges Bild; vielmehr sind bei der Beurteilung der Tragfähigkeit die qualitativen Aspekte und Anreizwirkungen unterschiedlicher Reformoptionen zu berücksichtigen.

3 Politische Lösungsansätze

Die Alterung der Bevölkerung wäre auch bei kontinuierlicher Zuwanderung und bei einem plötzlichen Geburtenanstieg kurz- und mittelfristig nicht aufzuhalten. Demografische Trends sind sehr stabil und lassen sich nur langfristig umkehren. Zielsetzung der Politik ist daher, die mit der demografischen Entwicklung einhergehenden Wirkungen auf die öffentlichen Finanzen aufzufangen.

Die Ergebnisse der Berechnungen verdeutlichen, dass die Bundesregierung dem kurz- und mittelfristig bestehenden Handlungsbedarf durch die bereits eingeleiteten Reformen Rechnung trägt. Mit den jüngst ergriffenen Maßnahmen ist sie in der Lage, mit der notwendigen Flexibilität auf unterschiedliche Entwicklungen zu reagieren. So wurde beispielsweise mit dem Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenversicherung eine solche Reagibilität bereits automatisch eingebaut. Aber auch die Neuregelungen des „GKV-Modernisierungsgesetzes“ haben die Tragfähigkeit bereits in nennenswertem Umfang verbessert.

Dennoch besteht weiterhin Handlungsbedarf. Die Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bleibt daher für die Bundesregierung eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen setzt die Bundesregierung dabei auf eine Bündelung unterschiedlicher Maßnahmen. Auch wenn bei Problemen der öffentlichen Finanzen vorrangig die Finanzpolitik gefragt ist, kann und sollte sie die Herausforderungen nicht allein meistern, denn die Politik in vielen anderen Bereichen hat unmittelbare Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und deren Tragfähigkeit.

Neben dem Abbau der Staatsverschuldung müssen die Reformen im Kern darauf abzielen, die sozialen Sicherungssysteme demografiefest zu machen und eine wirksame Entfaltung künftiger Wachstums- und Beschäfti-

gungsmöglichkeiten zu ermöglichen. Gerade die Wachstumsschwäche der vergangenen Jahre hat deutlich gemacht, welche finanziellen Probleme niedrige gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten für die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme mit sich bringen. Umgekehrt tragen eine Stärkung des Wachstums und ein Abbau der Arbeitslosigkeit ganz wesentlich dazu bei, die Staatsverschuldung abzubauen und die sozialen Sicherungssysteme finanziell auf eine sichere Grundlage zu stellen.



Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass durch Strukturreformen im Zusammenwirken mit einer wachstums- und stabilitätsorientierten makroökonomischen Politik das Wachstumspotenzial in Deutschland mittel- und längerfristig nachhaltig erhöht werden kann. Letztlich liefern Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten den wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte.

Er gilt daher, eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung herbeizuführen und einen zügigen Abbau der Arbeitslosigkeit voranzutreiben. Insbesondere die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern sowie die Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung sind voranzubringen. Hier sind vermehrt Modelle zu entwickeln, die Anreize verstärken, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter im Erwerbsleben zu verbleiben und die Müttern den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern.

Wichtige Voraussetzung für das Wachstum ist jedoch nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität des Arbeitseinsatzes. Durch Investitionen in Humankapital sowie Maßnahmen zur Flexibilisierung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes kann die Beschäftigungsintensität des Wachstums erhöht und die Sockelarbeitslosigkeit reduziert werden. Beide Effekte tragen zur Entlastung der öffentlichen Finanzen bei.

Entscheidend ist, dass alle Reformanstrengungen Hand in Hand gehen und nicht dem notwendigen Abbau der Staatsverschuldung entgegenstehen. Nur durch eine gezielte Zusammenarbeit aller Politikbereiche können die Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigt werden.

Bei der Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft ist jedoch nicht nur der Staat gefordert. Auch die Wirtschaft und Gesellschaft können ihren Beitrag leisten, denn Geburtenraten hängen letztlich vom Gesellschaftsmodell allgemein sowie von Grundstimmung und Zukunftsperspektiven jedes Einzelnen ab.

Insgesamt ergeben sich eine Reihe von Anknüpfungspunkten, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Für eine pessimistische Haltung gibt es also keinen Anlass. Die dargestellten Langfristsimulationen unterstellen in ihren Status-quo-Szenarien eine unveränderte Fortgeltung der heutigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Zukünftige Reformen sowie kontinuierliche Verhaltensänderungen über 50 Jahre entfalten jedoch eine enorme „Hebelwirkung“ im Sinne einer positiven Ergebniskorrektur, erst recht, wenn es zu einer Bündelung von Maßnahmen in unterschiedlichen Politikbereichen kommt. Somit stellt die demografische Entwicklung die Politik zwar vor große, jedoch nicht vor unlösbare Herausforderungen.

Wirtschaftslage: Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Volkswirtschaften¹

1	Weltwirtschaft.....	45
2	USA.....	46
3	Japan.....	48
4	Euro-Raum/EU.....	51
5	Vereinigtes Königreich.....	53
6	Frankreich.....	55
7	Italien.....	57

1 Weltwirtschaft

- **Stabile Wachstumserwartungen für die Weltwirtschaft von über 4 % in 2005 und 2006**
- **Aber zunehmende Wachstumsdivergenzen zwischen den einzelnen Wirtschaftsräumen**
- **Konjunkturrisiken: u. a. außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, überhitzte Immobilienmärkte**

Die **Weltwirtschaft** dürfte nach aktuellen Schätzungen des **IWF** im laufenden Jahr zwar verhaltener expandieren als im Vorjahr (BIP-Wachstum 2004: 5,1%), aber immer noch ein solides BIP-Wachstum von 4,3% in 2005 und 4,4% in 2006 aufweisen. Dies sei – so der IWF – dem extrem kräftigen Wirtschaftswachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu verdanken. Der Euro-Raum und Japan würden hingegen nur noch unterdurchschnittlich am globalen Wirtschaftswachstum teilhaben (Euro-Raum +1,6% bzw. +2,3%, Japan +0,8% bzw. +1,9%).

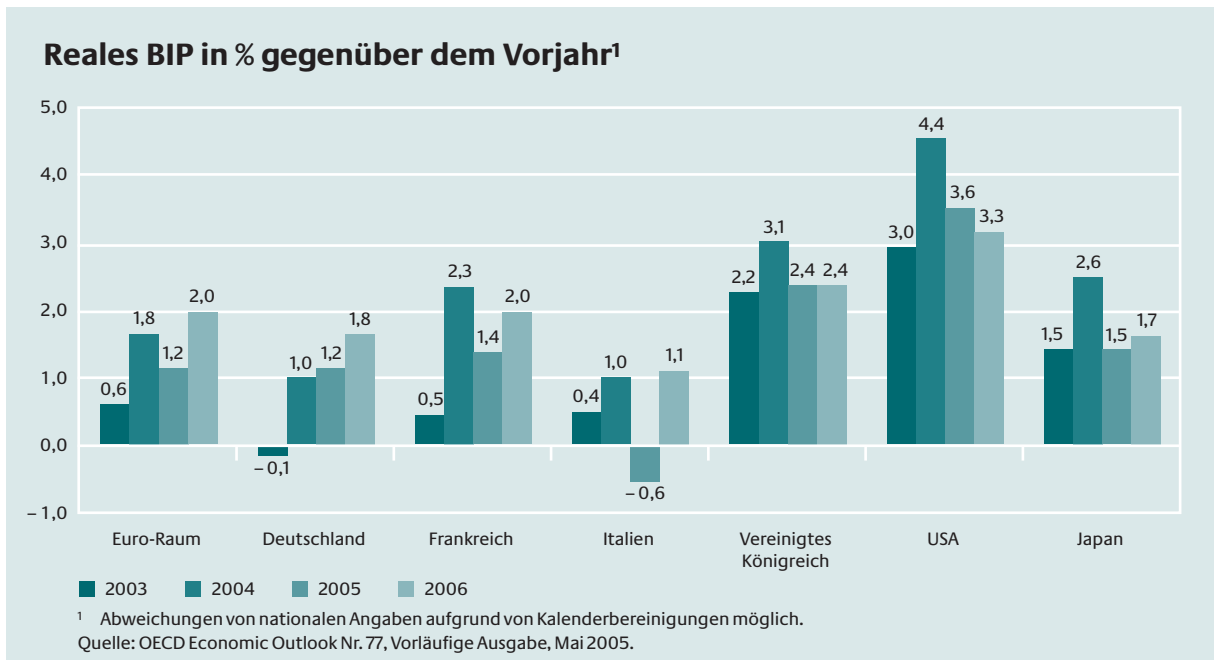
Auch die **OECD** zeichnet in ihrer Frühjahrsprojektion ein gemischtes Konjunkturbild für 2005 und 2006 (USA +3,6% bzw. +3,3%, Euro-Raum +1,2% bzw. +2,0%, Japan +1,5% bzw.

+1,7%). Die noch im Dezember geäußerte Hoffnung einer durchgreifenden Erholung in allen OECD-Ländern habe sich angesichts eines schwachen zweiten Halbjahres in 2004 nicht erfüllt. Für den Prognosezeitraum geht die OECD trotz teilweise ermutigender Signale im 1. Quartal 2005 lediglich von einer moderaten Stärkung des Wachstums im weiteren Verlauf aus. Sie hat ihre Prognosen für 2005 gegenüber Herbst 2004 teilweise deutlich zurückgenommen (Euro-Raum –0,7%, Japan –0,6%). Für die OECD-Länder insgesamt senkte sie ihre Wachstumsprognose für 2005 und 2006 jeweils um 0,3 Prozentpunkte auf 2,6% bzw. 2,8%.

Als Risiken für ihre Projektion wertet die OECD insbesondere:

- Anhaltende interne und externe Ungleichgewichte (steigende Leistungsbilanzdefizite, anhaltend hohe Haushaltsdefizite) – namentlich in den USA – könnten zu einer abrupten Anpassung des US-Dollars führen. Dies hätte erhebliche negative Auswirkungen insbesondere für Japan und Europa.
- Angesichts reichlicher Liquiditätsversorgung seien außerdem einige Vermögenswerte (insb. Immobilien) möglicherweise überbewertet.

¹ Stand: 31. Mai 2005.



- Die Investitionen könnten in einigen Ländern hinter den Erwartungen zurückbleiben, sollten die Unternehmen mit einer anhaltenden Nachfrageschwäche rechnen.

Der **asiatische Raum** dürfte nach Schätzungen des IWF mit 7 % BIP-Wachstum weiter kräftig expandieren, allen voran China (+ 8,5 %), aber auch Indien und Pakistan (jeweils + 6,7 %). Das kräftige Wachstum in der Region – so der IWF – sei eine der Hauptursachen der Energieverteuerung. Dort habe der hohe Ölpreis bisher aber nicht auf die Konjunktur durchgeschlagen, weil etwa in Indien und Indonesien der Staat mit Subventionen den Preisanstieg begrenze.

Für **Lateinamerika** erwartet der IWF in diesem Jahr ein Wachstum von 4,1 %. Wachstumstreiber sei dabei die hohe Rohstoffnachfrage seitens des Auslandes. Aber auch die Inlandsnachfrage ziehe allmählich an. Anders als in früheren Aufschwungphasen sei die Inflation niedrig und die Leistungsbilanz der Region im Plus, was gegen Währungskrisen schützen dürfte.

Dank der hohen Rohstoffeinnahmen wächst die Wirtschaft in **Afrika** kräftig. Für 2005 prognostiziert der IWF ein Plus von 5,0 % nach einem ähnlichen Zuwachs in 2004. In den letz-

ten fünf Jahren sind damit im südlichen Afrika auch wieder die Pro-Kopf-Einkommen gestiegen. Dies sei insbesondere Wirtschaftsreformen und dem Abbau von Handelsbarrieren zu verdanken. Auch sei es vielen Regierungen gelungen, Inflation und Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen.

2 USA

- **BIP-Wachstum in 2005 auf 3,6 % geschätzt, solide Aussichten auch für 2006**
- **Positive Signale vom Arbeitsmarkt**
- **Rentenreform: Bush regt erstmals Rentenkürzungen an**

Nach einem realen BIP-Wachstum von 4,4 % in 2004 wird die US-Wirtschaft nach übereinstimmenden Schätzungen von IWF und OECD in 2005 zwar ein leicht gedämpftes, aber immer noch kräftiges Wirtschaftswachstum von 3,6 % aufweisen. Auch für 2006 werden solide Wachstumsraten zwischen 3,3 % (OECD) und 3,6 % (IWF) prognostiziert.

Im Verlauf des 1. Quartals 2005 stieg das BIP der Vereinigten Staaten um 0,9 % ggü. dem Vorquartal, nach ebenfalls 0,9 % im 4. Quartal 2004. Verglichen mit dem 1. Quartal 2004 betrug

der Zuwachs des BIP 3,7 %, nach 3,9 % im Vorquartal.

Die US-Wirtschaft verdankt ihre anhaltende Expansion vor allem der starken privaten Binnennachfrage, die bislang weder durch die steigenden Energiepreise noch durch die Erhöhung der Zinssätze nennenswert gebremst wurde. Gleichwohl geben die wirtschaftlichen Daten in den letzten Wochen ein gemischtes Bild der Konjunkturentwicklung wieder. Die Indikatoren aus dem Bausektor verzeichnen – nach einer Schwäche im 2. Halbjahr 2004 – kräftige Zuwächse, die möglicherweise auch als Vorgriff auf Erhöhungen der Hypothekenzinsen zu sehen sind. Aus dem industriellen Sektor kamen erneut eher ungünstige Signale: Entgegen den Erwartungen nahm die Produktion im April ab, gleichzeitig sank die Kapazitätsauslastung.

Das Handelsdefizit der USA ist im März unerwartet stark von 60,57 Mrd. US-Dollar auf 54,99 Mrd. US-Dollar gesunken. Ursache war ein kräftiger Rückgang der Importe um 2,5 % ggü. dem Vormonat, die Exporte legten um 1,5 % zu. Sowohl die Einfuhr ausländischer Konsumgüter als auch Investitionsgüter war rückläufig. Gleichzeitig erhöhten sich die Einfuhren von Rohöl (+ 5,7%). Der Preis für ein Barrel (159 Liter) Rohöl stieg im März ggü. dem Vormonat so stark wie seit Oktober 1990 nicht mehr. Der Rückgang der Importe könnte nach Ansicht von Experten ein Indiz dafür sein, dass die US-Unternehmen ihre Lager abbauen. Auf der Exportseite legten vor allem die Ausfuhren von Investitionsgütern und Telekommunikationsausrüstung zu. Volkswirte äußern allerdings Zweifel daran, dass die Verbesserung der Handelsbilanz eine dauerhafte Trendwende signalisiert. Angesichts des nach wie vor relativ schwachen Wirtschaftswachstums in Europa und der robusten Konjunktur in den USA rechnen sie eher mit einer erneuten Verschlechterung.

Das Preisniveau blieb bislang weitgehend stabil. Zwar zog die Teuerung, gemessen an den Verbraucherpreisen im April, weiter kräftig an – um 0,5 % ggü. dem Vormonat und 3,5 % ggü. dem

Vorjahr –, gleichwohl blieb die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittelpreise) im Vergleich zum Vormonat unverändert und damit deutlich unter den Erwartungen. Im März war die Kernrate noch um 0,4 % ggü. dem Vormonat gestiegen. Die günstige Preisentwicklung war breit gefächert (u. a. Bekleidung, Mieten, Gesundheitskosten). Gleichwohl stellt die OECD in ihrer jüngsten Analyse fest, dass sich in den USA inflationäre Spannungen bemerkbar machen, da die Lohnstückkosten ansteigen und die Effekte der US-Dollar-Abwertung allmählich zum Tragen kommen. Die OECD geht aber davon aus, dass die Inflation – dank der reichlichen Gewinnmargen wie auch der fortgesetzten Anpassungen des Leitzinses der US-Notenbank – in einer angemessenen Bandbreite verharren dürfte.

Die amerikanische Notenbank Fed hat den Leitzins Anfang Mai erwartungsgemäß zum achten Mal in Folge um 25 Basispunkte auf 3,0 % erhöht. In ihrer Stellungnahme kündigte die Notenbank weitere maßvolle Zinserhöhungen an. Nach übereinstimmender Meinung von Experten wird mit einer Anhebung des Leitzinses auf 4,0 % bis Ende des Jahres gerechnet.

Angesichts der eher gemischten Konjunkturaussichten überraschten die Daten vom Arbeitsmarkt positiv. Die Beschäftigungszahlen für Februar und März wurden um insgesamt 93 000 Stellen nach oben revidiert. Im April entstanden per saldo 274 000 neue Jobs (ohne Landwirtschaft), davon 229 000 im Dienstleistungssektor. Gut die Hälfte dieser Arbeitsplätze entstand in Branchen mit hoher Produktivität: Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen für Unternehmen und Gesundheitsdienstleistungen. Dagegen fielen erneut – zum siebten Mal in Folge – Arbeitsplätze im Industriesektor weg. Die Arbeitslosenquote verharrt trotz der Beschäftigungszuwächse unverändert bei 5,2 %, da eine größere Zahl arbeitsfähiger Personen, die sich zuvor nicht aktiv um einen Job bemüht hatten, auf den Arbeitsmarkt zurückkehrten.

Im mehrstufigen US-Haushaltsverfahren hat der Kongress den Finanzrahmen für den Haushalt 2006 bis 2010 festgelegt. Dieser sieht eine kontinuierliche Rückführung des gesamtstaatlichen Haushaltsdefizits von 382 Mrd. US-Dollar in 2006 auf 210 Mrd. US-Dollar in 2010 vor. Während die Ausgaben für Verteidigung und Heimatschutz sowie Auslandshilfen überdurchschnittlich steigen, sind erhebliche Ausgabenkürzungen im Sozialbereich (insb. staatliches Gesundheitsprogramm Medicaid und Essensmarken) und bei den nationalen diskretionären Ausgaben (vor allem Bildung, Wohnungsbau und Umweltschutz) geplant. Der Haushaltsentwurf sieht ferner eine Verlängerung der in der ersten Legislaturperiode von Präsident Bush befristet durchgesetzten und nach geltendem Recht in den kommenden Jahren auslaufenden Steuererleichterungen vor. Damit würden sich bis 2010 zusätzliche Steuermindereinnahmen von 100 Mrd. US-Dollar ergeben. Hinsichtlich der weiteren Steuerpolitik bleibt das Steuerreformkonzept abzuwarten, welches Ende Juli von der von Präsident Bush eingesetzten Kommission („Tax Reform Panel“) vorgelegt werden soll.

In die Diskussion um eine Umstrukturierung der staatlichen Rentenversicherung „Social Security“ ist neue Bewegung gekommen. Entgegen der bisherigen Regierungsposition hat Präsident Bush erstmals öffentlich Rentenkürzungen für die Bezieher mittlerer und höherer Einkommen angeregt. Bislang hatte die Regierung höhere Beitragszahlungen sowie Änderungen an den Rentenansprüchen ausgeschlossen. Sie wollte die nachhaltige Finanzierung des Rentensystems ausschließlich durch die Einführung privater Alterssparkonten sicherstellen. Nunmehr hat die Regierung eingeräumt, dass diese Maßnahme allein nicht ausreichen wird, um das System wieder auf finanziell solide Füße zu stellen.

Fachleute sind sich einig, dass die staatliche Rentenversicherung ohne eine Reform in die Zahlungsunfähigkeit steuert. Berechnungen der

Social Security Administration zufolge hat die Rentenkasse ab 2017 höhere Ausgaben, als sie an Beiträgen einnimmt, und müsste zusätzlich auf ihr Wertpapiervermögen zurückgreifen. Dies wäre – ohne weitere Reformschritte – etwa im Jahr 2041 aufgebraucht.

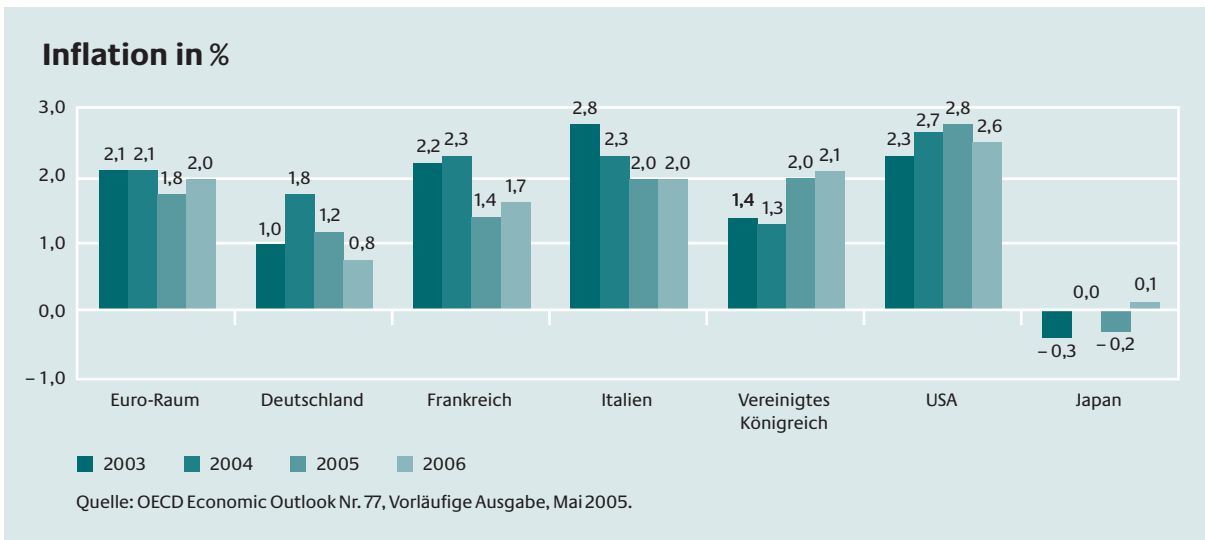
Um die prekäre Kassenlage der Rentenversicherung zu konsolidieren, sollen nach neuesten Plänen der Regierung nur noch die Renten der unteren Einkommenschichten an die Lohnentwicklung gekoppelt werden. Die Rentensteigerungen für die Bezieher mittlerer Einkommen sollen sich an einem Index aus Lohn- und Preisentwicklung orientieren, und die Pensionen der oberen Einkommensbezieher nur noch mit der Inflation wachsen. Unterm Strich bedeuten diese Vorschläge für die meisten Amerikaner erhebliche Einschnitte im Rentenniveau. Wer einen Teil seiner Rentenbeiträge zudem in Privatkonten umleitet, muss mit Kürzungen der staatlichen Leistungen rechnen, da die Erträge aus der privaten Vorsorge angerechnet werden.

An der Einführung privater Rentenkonten will die Regierung festhalten, betont aber ihren „freiwilligen“ Charakter. Damit lässt sie die Tür offen für einen Kompromiss, der die Privatkonten nicht unbedingt zum Teil der staatlichen Altersversorgung macht. Sie könnten auch eine Zusatzversorgung darstellen. Eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von derzeit 12,4% schließt die Regierung weiterhin aus.

3 Japan

- **Reales BIP-Wachstum im 1. Quartal 2005 mit +1,3% überraschend hoch**
- **Auch in diesem Jahr kein Ende der Deflation in Sicht**
- **Privatisierung der Post schreitet voran**

Nach einer Wachstumsschwäche in den letzten drei Quartalen ist das reale BIP im 1. Quartal 2005 mit +1,3% ggü. dem Vorquartal (annualisiert 5,3%) überraschend stark gestiegen. Vor diesem Hintergrund rechnet die Bank of Japan (BoJ)



in diesem Jahr mit einem realen BIP-Wachstum von 1,2 % bis 1,6 % und in 2006 von 1,3 % bis 1,7 %. Auch die OECD erwartet mit 1,5 % in 2005 und 1,7 % in 2006 eine ähnliche Konjunktorentwicklung. Der IWF hatte noch im April – vor Veröffentlichung der Quartalszahlen – nur ein Plus von 0,8 % für 2005 vorhergesagt. Allerdings liegt seine Prognose für 2006 mit +1,9 % sogar über den Erwartungen der OECD und der BoJ.

Die konjunkturelle Belebung wurde vor allem von der Binnennachfrage getragen. Der private Verbrauch, der mehr als die Hälfte der japanischen Wirtschaftsleistung ausmacht, stieg saisonbereinigt um 1,2 % ggü. dem Vorquartal – so stark wie seit acht Jahren nicht mehr. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen legten um 2 % ggü. dem Vorquartal zu. Dabei erhöhten sich insbesondere die Ausgaben für Dienstleistungen. Dennoch bleibt nach Ansicht von Ökonomen Skepsis über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr angezeigt. Die öffentlichen Investitionen waren zum vierten Mal in Folge rückläufig. Die Ausfuhren sanken im 1. Quartal erstmals seit drei Jahren – real um 0,2 %; betroffen hiervon war insbesondere der Export von High-Tech-Produkten nach China. Angesichts hoher Ölpreise und unsicherer Konjunkturaussichten auf Japans wichtigsten Exportmärkten China und USA bestehen auch in naher Zukunft Exportrisiken.

Fraglich bleibt darüber hinaus, ob der private Konsum auch weiterhin anzieht. Nach einer sehr schwachen Nachfrage der Verbraucher in der zweiten Jahreshälfte 2004 könnte es sich bei dem deutlichen Konsumplus im 1. Quartal 2005 um eine kurzfristige Gegenreaktion handeln. Zwar hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt gebessert – die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 4,4 % – und die Winterboni für die Arbeitnehmer sind angesichts der Rekordgewinne der Unternehmen erstmals seit acht Jahren wieder gestiegen. Doch sanken die Bruttolöhne und -gehälter im 1. Quartal nominal um 1,1 % ggü. dem Vorquartal. Weiter steigende Sozialabgaben und zu erwartende Erhöhungen der Einkommensteuer belasten die privaten Haushalte zusätzlich.

Die Deflation hält auch im siebten Jahr an, wengleich der Index der Verbraucherpreise im Jahr 2004 ggü. dem Vorjahr nahezu unverändert blieb. Zwar steigen derzeit die Preise der Vorleistungsgüter, doch die Unternehmen können diese Steigerungen kaum an die Endkunden weitergeben. Das drückt auf die Gewinnmargen und schränkt die Möglichkeiten sowohl von zusätzlicher Beschäftigung als auch von Lohnerhöhungen ein, was letztlich dem privaten Konsum schadet. OECD und IWF erwarten auch für 2005 und 2006 kein Ende der Deflation.

Die Bank of Japan hält an ihrer Politik der großzügigen Liquiditätsversorgung fest. Seit

2001 verfolgt sie – neben der Nullzinspolitik – ein Liquiditätsziel. Damit soll sichergestellt werden, dass den Geldinstituten während der Sanierung des Bankensektors hinreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Beim Ankauf von Wertpapieren durch die BoJ fließen die Erlöse als Überschussreserven den jeweiligen Guthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank zu und erhöhen damit deren Liquidität und Kreditvergabemöglichkeit. Die Zielvorgabe der BoJ für die Höhe dieser Reserven liegt bei 30–35 Bio. Yen (222–260 Mrd. €). Erstmals seit vier Jahren toleriert die Notenbank nunmehr ein zeitweiliges Unterschreiten dieses Betrages. Hintergrund ist, dass die Geldnachfrage der Institute inzwischen so weit gesunken ist, dass das einst festgelegte Liquiditätsziel kaum noch erreicht wird. Eine Reduzierung der freien Bankreserven wurde aber von der BoJ bis auf weiteres nicht beschlossen. Kritiker hatten zu bedenken gegeben, ein solcher Schritt könnte als eine rigidere Geldpolitik verstanden werden. Zuletzt waren angesichts des kräftigen Wirtschaftswachstums auch Spekulationen über ein mögliches Ende der Nullzinspolitik laut geworden. Der japanische Finanzminister Tanigaki appellierte an die Notenbank, ihren bisherigen Kurs beizubehalten. Auch die OECD mahnt in ihrer an Japan gerichteten Politikempfehlung eine Fortsetzung der Politik der quantitativen Lockerung an. Die BoJ hat angesichts der aktuellen Diskussion erneut bestätigt, ihren derzeitigen geldpolitischen Kurs zumindest so lange beizubehalten, bis die Veränderung im Kernindex der Verbraucherpreise einige Monate lang bei null oder darüber liegt.

Die Kreditvergabe der Banken ist auch im achten Jahr in Folge rückläufig, wenngleich in moderaterem Tempo. Die Quote der notleidenden Kredite sank im März 2005 auf etwa die Hälfte des Niveaus vom März 2002, womit ein wichtiges Ziel der Regierung erreicht wurde. Die Kontraktion der Bankausleihen begrenzt allerdings die Effektivität der Politik der quantitativen Lockerung und der von der BoJ 2001 eingeleiteten Nullzinspolitik.

Die Lage der öffentlichen Finanzen bleibt weiterhin problematisch. Zwar ist es gelungen, die Defizitquote – nachdem sie 2002 mit 7,9 % ihren Höchststand erreichte – in 2004 auf 6,1 % zu senken, gleichwohl bleibt sie die höchste aller Industrienationen. Die Schuldenstandsquote ist weiter gestiegen und nähert sich einem neuen Höchststand von 160 % des BIP. Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen soll auf der Ausgaben-seite durch drastische Einschränkungen bei den staatlichen Investitionen und einigen diskretionären Programmen erreicht werden. Andererseits nehmen die Sozialausgaben aufgrund der demografischen Entwicklung nach wie vor rasch zu. Auf der Einnahmenseite sollen die 1999 befristet eingeführten Einkommensteuersenkungen auslaufen. Die Bemessungsgrundlagen der persönlichen Einkommensteuer und der indirekten Steuern sollen verbreitert werden. Darüber hinaus werden die Sozialversicherungsbeiträge stufenweise erhöht. Die OECD empfiehlt – unter der Voraussetzung eines stabileren Aufschwungs – des Weiteren eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes, der derzeit nur bei 5 % liegt. An dem Ziel, in den frühen 2010er Jahren einen Primärüberschuss im Haushalt zu erreichen, müsse festgehalten werden. Darüber hinaus seien weitere Fortschritte bei der Stärkung des Bankensektors erforderlich, begleitet von breit angelegten strukturellen Reformen im Unternehmensbereich.

Die Privatisierung der Post, die Ministerpräsident Koizumi bei seinem Amtsantritt zu einem seiner Hauptziele erklärt hatte, macht Fortschritte. Nach Zustimmung durch die Regierungsvertreter der LDP kann ein entsprechender Gesetzesentwurf nunmehr bis Ende Juni im Parlament verabschiedet werden. Allerdings gibt es gegenüber dem ursprünglichen Konzept einer vollständigen Privatisierung inzwischen eine Reihe von Abweichungen.

Der aktuelle Plan sieht bis 2007 die Aufspaltung der Post in vier Geschäftseinheiten vor – das Spar-, das Versicherungs- und das Briefge-

schäft sowie, getrennt davon, den Betrieb der 25 000 Filialen –, die alle von einer neu geschaffenen Holding gehalten werden. Bis 2017 sollen alle Anteile am Spar- und Versicherungsgeschäft privatisiert werden, Brief- und Filialgeschäft bleiben weiterhin im Besitz der Holding. Von dieser wird die Regierung aber bis zu zwei Drittel ihrer Anteile verkaufen. Als Kompromiss will die Regierung Überkreuzbeteiligungen der Einheiten zulassen. Damit besteht die Möglichkeit, dass Postbank und Versicherung auch weiter unter Kontrolle der Holding verbleiben.



4 Euro-Raum/EU

- **Mäßiges Wachstum im 1. Quartal 2005; Wachstumsdivergenzen in den Mitgliedstaaten des Euro-Raums stellen ein zunehmendes Problem dar, OECD fordert rasche Zinssenkung**
- **Umsetzung der Beschlüsse des Frühjahrgipfels zur Reform des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes**
- **Refokussierung der Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung und Verbesserung der Governance**

Im Euro-Raum war das zweite Halbjahr 2004 von einer Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik gekennzeichnet, u. a. bedingt durch den starken Euro und höhere Ölpreise. Das BIP-Wachstum lag in 2004 bei 2,0 %. Im 1. Quartal 2005 ist das BIP im Euro-Raum (und in der EU-25) um 0,5 % gestiegen. Allerdings sind erhebliche Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern des Euro-Raums festzustellen (Deutschland +1,0 %, Italien – 0,5 %). Die jüngste

OECD-Projektion für 2005 deutet für Deutschland auf eine schrittweise Erholung hin (reales BIP 2004: +1,0 %, 2005: +1,2 %), in Frankreich ist dagegen eine deutliche Verlangsamung (2004: +2,3 %, 2005: +1,4 %) und in Italien sogar ein Rückgang des BIP (2004: +1,0 %, 2005: – 0,6 %) zu erwarten. Für das laufende Jahr 2005 wird für den Euro-Raum von einer Festigung der Verbrauchernachfrage ausgegangen, wohingegen die Investitionen wieder an Dynamik einbüßen könnten. Vor diesem Hintergrund geht die OECD in ihrer jüngsten Vorausschätzung von einem Wirtschaftswachstum im Euro-Raum von 1,2 % in 2005 und 2,0 % in 2006 aus. Auch die EU-Kommission hatte ihre Gesamtjahresvorhersage für das Jahr 2005 von 2,0 % auf 1,6 % gesenkt.

Als fortbestehende Risiken und Spannungen werden aktuell von der OECD sowie der EU-Kommission genannt: eine Zunahme der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die damit verbundene Gefahr von Wechselkurs- oder Zinsschocks, eine Überhitzung der Immobilienmärkte in einer Reihe von Ländern, Anpassungsbedarf bei den unternehmerischen Investitionen an Energiepreiserhöhungen sowie die Euro-Aufwertung. Demgegenüber könnten sinkende Ölpreise, nur mäßige Preissteigerungen sowie eine über den Erwartungen liegende Belebung der Investitionstätigkeit das Wachstum positiv unterstützen.

Die Arbeitslosenquote lag im Euro-Raum im April 2005 bei 8,9 % und damit auf dem Niveau des Vormonats (USA 5,2 %, Japan 4,4 %). Für das Gesamtjahr 2005 dürfte nach OECD-Prognose die Arbeitslosenquote bei 9,0 % liegen und erst 2006 wieder auf 8,7 % zurückgehen. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten im Euro-Raum verzeichnen aktuell Irland (4,2 %), Luxemburg (4,6 %) und Österreich (4,6 %), die höchsten Spanien (10,0 %), Deutschland (10,0 %) und Frankreich (9,8 %). In der EU-25 verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr 14 Mitgliedstaaten einen Rückgang der Arbeitslosenquote, in zwei Staaten blieb die Quote gleich und in neun stieg sie an. Aus Sicht

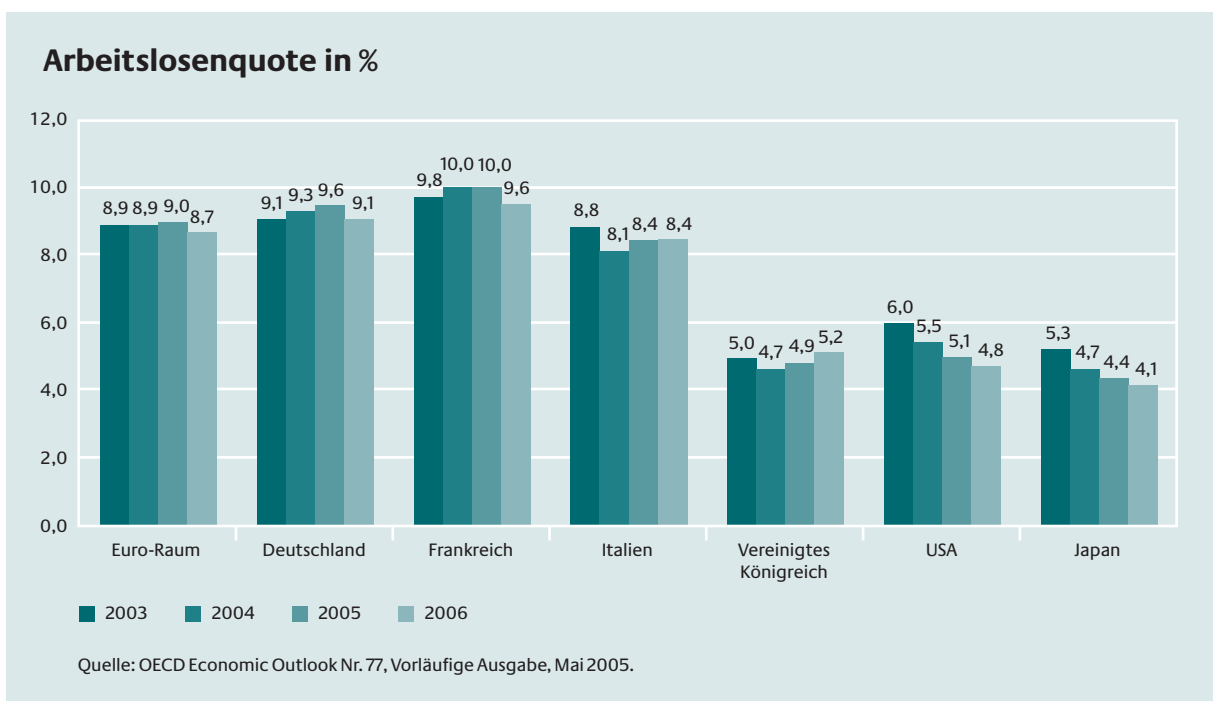
der OECD ist positiv hervorzuheben, dass sich die Beschäftigung trotz der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung bislang relativ gut behauptet hat; in mehreren Mitgliedstaaten wurde sie durch eine maßvolle Lohnentwicklung und Maßnahmen zur Förderung von Zeitarbeit sowie von gering qualifizierten Arbeitsuchenden gestützt. Problematisch ist, dass die Arbeitslosenquote für die unter 25-Jährigen im Euro-Raum weiterhin überdurchschnittlich hoch ist; im April 2005 ist sie auf 18,9 % (ggü. 18,4 % im April 2004) angestiegen.

Die Inflationsrate des Euro-Raums wird von Eurostat für Mai auf 2,0 % geschätzt (April 2,1%). Dabei sank die Kerninflation Anfang 2005 auf 1½%. Hierzu hat nicht zuletzt die Verlangsamung der Zunahme der Lohnstückkosten im Euro-Raum beigetragen. Angesichts des nur moderaten Wachstums im Euro-Raum ist nicht mit einem Inflationsdruck zu rechnen. Die OECD erwartet für das Gesamtjahr 2005 einen Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex von 1,8 % (EU-Kommission 1,9 %). Als größtes Prognoserisiko gilt weiterhin die Entwicklung des Ölpreises. Gleichzeitig stellen die Heterogenität

ten im Wirtschaftsraum des Euro-Raums (Wachstum, Inflation, Arbeitskosten) zunehmend ein Problem dar.

Die jüngste Projektion der OECD geht angesichts der zurückgenommenen Wachstumserwartungen von einem Staatsdefizit innerhalb des Euro-Raums in Höhe von 2,8 % (EU-Kommission 2,6 %) in 2005 bzw. 2,7 % (EU-Kommission 2,7 %) in 2006 aus. Damit steigt die Staatsverschuldung im Euro-Raum nach aktueller Prognose der EU-Kommission auf 71,7 % bzw. 71,9 % in 2005 bzw. 2006 an. Allerdings droht einigen Euroländern eine krisenhafte Zuspitzung der Wirtschafts- und Finanzlage. So könnte nach Angaben der portugiesischen Zentralbank das Staatsdefizit in Portugal im laufenden Jahr auf bis zu 7% ansteigen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Erwartungen für den Euro-Raum spricht sich die OECD in ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen insbesondere für eine rasche Senkung der Zinsen um 0,5 Prozentpunkte aus, um die Nachfrage im Euro-Raum zu stimulieren. Darüber hinaus empfiehlt sie eine Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung,



unterstützt von weiteren Strukturreformen in den Bereichen Binnenmarkt, Arbeitsmärkte sowie Finanzmärkte.

Bei der seit dem Sommer 2004 diskutierten Reform des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde mit dem Bericht des ECOFIN-Rates vom 20. März 2005 an den Europäischen Rat vom Frühjahr ein politischer Konsens erreicht. Die Reform soll künftig eine ökonomisch rationalere und situationsgerechtere Anwendung des Paktes gewährleisten. Wesentlich dafür ist, dass die Wachstumsorientierung des Paktes gestärkt wird (z. B. durch Berücksichtigung von wachstumsfördernden Strukturreformen), dass der Pakt eine stärkere Berücksichtigung von Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten erlaubt (z. B. durch länderspezifische Ziele für das mittelfristig anzustrebende Defizit) und eine realistischere Gestaltung der Vorgaben und Fristen zur Korrektur eines übermäßigen Defizits ermöglicht. Derzeit wird in einer Ratsarbeitsgruppe über die Umsetzung der politischen Einigung in konkrete Änderungen der einschlägigen Verordnungstexte beraten. Diese Beratungen werden voraussichtlich bis zum Europäischen Rat im Juni abgeschlossen sein.

Der Europäische Rat hat auf seinem Frühjahrsgipfel eine Stärkung der Lissabon-Strategie und Neuausrichtung auf nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung beschlossen, unter Einbeziehung der Dimensionen Soziales und Umwelt. Inhaltliche Schwerpunkte liegen bei Wissen und Innovation, Vollendung des Binnenmarktes sowie Beschäftigung. So wurde das 3%-Ziel für Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil am BIP bis 2010 bekräftigt, die Umsetzung von EU-Richtlinien soll weiter verbessert werden, Deregulierungsinitiative und „Europäische Wachstumsinitiative“ werden fortgeschrieben und die Programme im Bildungsbereich fortgesetzt. Neu ausgerichtet wurde auch die Governance mit dem Ziel, die Umsetzung der Lissabon-Strategie in den Mitgliedstaaten zu

stärken. Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf einen dreijährigen Überwachungszyklus ab 2005 verständigt, der durch ein integriertes Leitlinienpaket eingeleitet wird. Innerhalb dieses Pakets gehen die zentralen Orientierungen für den Makro-, den Mikro- wie den Beschäftigungsbereich von den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik“ und den „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ aus. Auf dieser Grundlage erstellen die Mitgliedstaaten – erstmalig im Herbst 2005 – nationale Reformprogramme unter Einbindung aller relevanten nationalen Akteure.

5 Vereinigtes Königreich

- **Abkühlung am Immobilienmarkt bremst den Konsum**
- **Inflation höher als erwartet**
- **Kontinuität des wirtschaftspolitischen Kurses unter neuer Regierung Blair**

Das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich kühlt sich etwas ab, liegt aber weiter deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raums. Nach nationalen Angaben wuchs das BIP im 1. Quartal 2005 um 0,5 %. Nach einem BIP-Wachstum von 2,7 % in 2004 (nationale Angaben) erwartet die OECD für 2005 noch 2,4 % (EU-Kommission: 2005 und 2006 je 2,8 %). Wichtiger Einflussfaktor für die nachlassende Dynamik ist – neben einer verhaltenen Investitionstätigkeit – die Entwicklung am Immobilienmarkt (Stagnation der Preise, rückläufige Fluktuationsrate, Rückgang der bewilligten Hypothekenkredite), die sich bremsend auf den Konsum auswirkt und nach OECD-Einschätzung ein Ansteigen der Sparquote um 0,75 % zur Folge haben könnte. Der abgeschwächte Zuwachs beim privaten Konsum (im 1. Quartal + 0,3 %) manifestiert sich auch in schwachen Einzelhandelsumsätzen (März – 0,1 %) und einem Anstieg der privaten Insolvenzen. Die Konsumneigung könnte auch durch Erwartung steigender Steuern gedämpft werden. Die Industrieproduktion

sank im 1. Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0,1 %, die Dienstleistungen verzeichneten dagegen ein kräftiges Wachstum (1. Quartal 2005 + 0,8 %). Die privaten Investitionen sind im 1. Quartal um 0,1 % ggü. dem Vorquartal gefallen. Stärkere Investitionsrückgänge im Verarbeitenden Gewerbe wurden weitgehend durch Investitionszunahmen im Dienstleistungsbereich kompensiert. Die Staatsausgaben werden die Konjunktur weiterhin stützen, vom Außenbeitrag sind hingegen kaum Impulse zu erwarten. Optimismus besteht weiterhin aufgrund der guten Beschäftigungsentwicklung.

Der Wechselkurs des Pfund Sterling gibt seit August nach, da die Märkte von einem Ende der Zinserhöhungen ausgehen. Diese Wechselkursentwicklung wirkt sich stützend auf die Exporte aus, was die OECD zu der Einschätzung bringt, dass sich die Nettoexporte zunehmend weniger bremsend auf die Konjunktur auswirken werden (– 0,8 % für 2004, – 0,3 % bzw. – 0,1 % für 2005 und 2006). Steigende Exportpreise der Wettbewerber tragen zu den positiveren Ausichten bei. Die schwache Exportnachfrage aus Europa ist dagegen als Risiko einzustufen.

Das Defizit im Staatshaushalt bewegte sich 2004 etwas über der Maastricht-Grenze. Für das Gesamtjahr 2005 geht die EU-Kommission von – 3,0 % des BIP aus, die OECD von – 2,9 %. Die OECD sieht den finanzpolitischen Kurs mit dem Haushalt 2005 kaum verändert. Neue Maßnahmen (u. a. Kommunalsteuernachlässe für Rentner, Verdoppelung der Umsatzsteuer-Freigrenze beim Erwerb von Wohneigentum, Erhöhung der Kinderbetreuungskomponente der Steuergutschrift für Erwerbstätigenhaushalte und Senkung der Stempelsteuer) werden weitgehend gegenfinanziert (Maßnahmen zur Verringerung der Steuervermeidung, Vorziehen der Körperschaftsteuerzahlungen der Ölgesellschaften und moderate Erhöhung der Verbrauchsteuern). Die Staatsausgabenquote ist in den letzten Jahren aufgrund von Investitionen in die öffentliche Gesundheitsversorgung, in das Bildungs-

system und wegen neuer Sozialausgaben gestiegen. Die EU-Kommission prognostiziert für 2005 eine Quote von 44 %. Einige Beobachter rechnen – angesichts der verschlechterten Lage der öffentlichen Finanzen – nach den Wahlen mit Steuererhöhungen im Budget 2006.

Der Arbeitsmarkt ist weiter stabil; die Arbeitslosenquote verharrt derzeit bei 4,2 %. Die OECD sieht allerdings eine steigende Tendenz und rechnet mit 4,9 % für 2005 und 5,2 % für 2006. Ferner geht die OECD von abnehmenden Beschäftigungszuwächsen aus: 0,4 % für 2005 und 0,2 % für 2006, nachdem der Wert für 2004 noch bei 0,9 % gelegen hatte. Ökonomen bewerten die hohe Flexibilität des britischen Arbeitsmarktes weiterhin als großen Vorteil. Arbeitgeberkreise hingegen sehen das von der Regierung geplante Punktesystem für Einwanderer als Gefährdung dieser Flexibilität, sollte es dazu führen, die Zahl der Immigranten zu beschränken.

Die Inflation hat sich auf breiter Basis beschleunigt. Allerdings geht die Bank of England (BoE) in ihrem Inflationsbericht insgesamt von ausgewogenen Inflationsrisiken aus. Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, ist von 1,1 % im September 2004 auf 1,9 % im April 2005 gestiegen und liegt damit über der Prognose der BoE, aber noch unterhalb ihres Zielwertes von 2,0 %. Preissteigerungen waren vor allem bei Erdöl, Alkohol und Tabak zu verzeichnen. Die OECD geht davon aus, dass die Inflationsrate 2005 bei 2,0 % liegen und 2006 auf 2,1 % steigen wird. Auch für die Lohnstückkosten rechnet sie mit einem deutlichen Anstieg auf 2,9 % in 2005 (1,9 % in 2004). Die Zuwachsrate der Durchschnittsverdienste im privaten Sektor betrug laut OECD im vergangenen Jahr rund 4,5 %. Der enge Arbeitsmarkt, hohe Rohölpreise und die reichliche Liquiditätsversorgung der Wirtschaft könnten die Inflation weiter ansteigen lassen, die nachlassende Wachstumsdynamik wirkt dagegen inflationsbremsend. Einschätzungen von Beobachtern bezüglich möglicher Zinsreaktionen gehen auseinander.

Im Immobiliensektor ist eine weitere Abkühlung festzustellen. Im April stagnierten nach Angaben des Hypothekenfinanzierers Halifax die Preise im Vergleich zum Vormonat (auf Jahressicht entspricht dies einem Plus von 7,8 %); im März waren sie noch um 0,5 % gestiegen.

Das wirtschaftspolitische Programm der neuen Regierung von Premierminister Blair bedeutet im Wesentlichen eine Fortsetzung des bisherigen Kurses. Bis November 2006 sollen noch 45 Gesetzesprojekte abgeschlossen werden. Einige wichtige Themen sind die Reform des öffentlichen Dienstes (u. a. Steigerung des privatwirtschaftlichen Teils in der staatlichen Gesundheitsversorgung), die Modernisierung des Unternehmensrechts (Lockerung des Regulierungsrahmens), Reformen des Wohlfahrtsstaates (die Neufassung der Invalidenförderung und die Ausweitung von Mutterschaftsurlaub und -geld) sowie höhere Steuern für Bezieher höherer Einkommen und die Renationalisierung der Eisenbahn.

Mit Blick auf die Europapolitik will die britische Regierung Wirtschaftsreformen in Europa zu einem Schwerpunkt ihrer EU-Präsidentschaft machen (Vereinigtes Königreich sieht schleppendes Wachstum in Europa als signifikantes Risiko an). Streitpunkt der britischen Regierung mit anderen Mitgliedstaaten der EU ist derzeit der britische Rabatt auf die Mitgliedsbeiträge an die EU. Die EU-Kommission schlägt vor, den Britenrabatt in einen allgemeinen Korrekturmechanismus umzuwandeln, von dem neben dem Vereinigten Königreich auch Deutschland, Schweden und die Niederlande profitieren würden. Der exklusive Britenrabatt soll schrittweise reduziert werden. Die Regierung weist darauf hin, dass das Vereinigte Königreich trotz Britenrabatt eine höhere Nettolast als Frankreich trägt, und fordert im Gegenzug starke Einsparungen in den Bereichen Landwirtschaft und Regionalpolitik. Die Regierung will außerdem am britischen Opt-out bei der Begrenzung der Arbeitszeiten festhalten. Die Gewerk-

schaften unterstützen dagegen eine Abstimmung im Europäischen Parlament, die diesen Opt-out beenden soll.

6 Frankreich

- **Konjunkturelle Eintrübung im 1. Quartal weist auf gedämpftes Wachstum in 2005 hin; gleichzeitig schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt**
- **Fiskalisches Maßnahmenpaket soll Haushaltsdefizit in 2005 wieder unter 3 % senken**
- **Grundlegende Haushaltsreform soll Organisation, Anreize und Ressourcenallokation verbessern**
- **Programm zur Erneuerung der Wirtschaft mit umfangreichem Maßnahmenpaket**



Nach vorläufigen Schätzungen des nationalen Statistikinstituts INSEE zum Wirtschaftswachstum ist das französische reale Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2005 um lediglich 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Das gedämpfte Wirtschaftswachstum war bestimmt durch eine schwächere Zunahme der Binnennachfrage bei gleichzeitigem Rückgang der Staatsausgaben und der Exporte. Gerade der private Verbrauch könnte auch im 2. Quartal zu einer anhaltenden Schwäche beitragen. Insgesamt dürfte, auf das Gesamtjahr 2005 gerechnet, die Binnennachfrage weniger dynamisch sein als im Vorjahr, lediglich teilweise kompensiert durch ein gesteigertes Exportwachstum. Auch die Industrieproduktion ist im 1. Quartal dieses Jahres gesunken, könnte aber im Verlauf des Jahres wieder an Dynamik gewinnen. Vor diesem

Hintergrund rechnet die OECD für das Jahr 2005 aktuell mit einem labilen Aufschwung und einem BIP-Wachstum von 1,4 % (EU-Kommission 2,0 %) und 2006 mit 2,0 % (EU-Kommission 2,2 %) ggü. kalenderbereinigt 2,1 % im Jahr 2004.

Die Inflationsrate fiel im Gesamtjahr 2004 mit 2,3 % vergleichsweise moderat aus und dürfte – laut aktueller OECD-Projektion – im Jahr 2005 deutlich auf 1,6 % bzw. in 2006 auf 1,7 % zurückgehen. Aktuell liegt die Rate bei 1,9 % im März. Der Inflationsdruck bleibt in Frankreich damit gedämpft, die Trendrate der Inflationsrate wird von der OECD gar auf nur 1,2 % geschätzt.



Die Arbeitslosenquote verharrte im Jahr 2004 bei 10 % und liegt aktuell im April bei 9,8 %. Da die Beschäftigungszunahme im Jahr 2005 nur schwach ausfallen dürfte, ist für das Gesamtjahr 2005 kaum von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auszugehen (OECD-Prognose: 10 %). Auch im Jahr 2006 dürfte die Arbeitslosenquote laut OECD nur leicht auf 9,6 % sinken. Frankreich steht vor dem Problem, dass sich das Wirtschaftswachstum bislang nicht in höherer Beschäftigung materialisiert hat und aktuell aufgrund der gedämpften konjunkturellen Erwartungen keine signifikanten Neueinstellungen in Sicht sind. Besonders die Entwicklung im Dienstleistungsbereich ist enttäuschend; problematisch bleibt außerdem die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen und älteren Beschäftigungssuchenden. Ein wesentlicher Abbau der Arbeitslosigkeit setzt daher nicht nur eine Konjunkturerholung, sondern strukturelle Reformen am Arbeitsmarkt voraus.

Der französische Staatshaushalt sieht vor, das Staatsdefizit im Jahr 2005 wieder unter

die 3 %-Grenze auf 2,9 % des BIP zu senken (von 3,7 % in 2004). Hierzu hat die französische Regierung eine reale Stabilisierung der staatlichen Ausgaben, eine Dämpfung der Gesundheitsausgaben sowie eine Verlangsamung der Ausgaben der lokalen Gebietskörperschaften beschlossen. Auf der Einnahmenseite sind diskretionäre Maßnahmen geplant, um die gleichzeitig beabsichtigte Senkung der Einkommensteuer und der Sozialversicherungsbeiträge, welche auf die unteren Einkommensgruppen konzentriert werden, zu kompensieren. Diese steuerpolitische Linie wird ergänzt durch Einmalmaßnahmen, insbesondere durch eine Restrukturierung der Rentensysteme der französischen Gas- und Energieversorger, die zu Haushaltseinnahmen in Höhe von 0,5 Prozentpunkten des BIP führen sollen.

Nach aktueller Einschätzung der EU-Kommission sowie der OECD bleibt die Haushaltssituation Frankreichs anfällig. Zum einen ist beim unterstellten makroökonomischen Szenario Vorsicht geboten, zum anderen ist unklar, inwieweit die fiskalischen Maßnahmen, insbesondere im Gesundheitsbereich, zu der erwarteten Budgetverbesserung führen. EU-Kommission wie auch OECD gehen für das Jahr 2005 von einem gesamtstaatlichen Defizit von 3,0 % aus. Angesichts der Tatsache, dass einige einmalige finanzwirksame Maßnahmen im Jahr 2006 nicht mehr wirksam sein werden, schätzt die EU-Kommission für das Jahr 2006 allerdings wieder ein höheres Staatsdefizit von 3,4 % (OECD: 3,0 %).

In der Konsequenz ist auch von einem weiteren Anstieg des Schuldenstands in 2005 und 2006 auszugehen. Nach aktueller Prognose der EU-Kommission wird die Staatsschuldenquote von derzeit 65,6 % auf 66,2 % in 2005 und 67,1 % im Jahr 2006 ansteigen (OECD: 74,2 % in 2005 und 74,0 % in 2006). Dies wäre eine deutliche Verschlechterung gegenüber den Meldungen des französischen Stabilitätsprogramms vom Herbst 2004, in dem noch eine Stabilisierung des Schuldenstandes unterstellt wurde.

Zum 1. Januar 2005 trat die 2001 beschlossene Haushaltsreform in Kraft, die mit der Vorstellung des Haushalts 2006 erstmalig in Funktion treten soll. Vom neuen Haushaltssystem werden eine Qualitätssteigerung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, bessere Transparenz, Leistungskontrolle und Qualitätsmanagement des öffentlichen Haushaltswesens erwartet. Der strategische Reformansatz besteht darin, dass eine programmorientierte Budgetierung die Transparenz und Verantwortlichkeit stärken soll. Der Haushalt ist nicht mehr nach Ressorts, Kapiteln und Titeln gegliedert, sondern nach Aufträgen und Zielen und einzelnen Programmen, die innerhalb der Ministerien und mit nachgeordneten Behörden abgestimmt werden. Gleichzeitig wird der Administration eine größere Autonomie eingeräumt, um die Effizienz der Exekutive zu erhöhen. Das Parlament wird ebenfalls gestärkt und erhält ausgeweitete Kontrollrechte. Institutionell ist ein Performance-System installiert, das Ziele, Indikatoren und ein systematisches Berichtswesen beinhaltet. Das von der französischen Regierung implementierte System befindet sich derzeit in der Einführungsphase, so dass nach einer ersten Evaluation ggf. Anpassungen und Nachjustierungen vorgenommen werden müssen. Allerdings erhofft man sich bereits auf absehbare Zeit eine klare Verbesserung der Anreizstrukturen, der Organisationsstruktur sowie der Ressourcenallokation.

Zur Ankurbelung der Wirtschaft hat die französische Regierung ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das im Juni parlamentarisch beraten werden soll. Ziel des Gesetzentwurfs ist vordringlich die Stärkung der Unternehmen, aber auch einigen Berufsgruppen will man durch Ermäßigungen bei Steuern und Sozialabgaben entgegenkommen. Ein Teil der Maßnahmen soll die Effizienz von Unternehmen erhöhen. So werden die Finanzierungsmöglichkeiten von Firmen durch die Bildung einer Agentur für industrielle Innovation, welche die Kofi-

finanzierung von Forschungsprojekten durch Unternehmen und Staat ermöglicht, sowie durch neue Kreditformen ausgeweitet. Außerdem sollen für kleinere Unternehmen der Zugang zu Investoren (u. a. erleichterter Börsenzugang für kleine und mittlere Unternehmen, Erhöhung der Exportgarantien) sowie die Finanzierung der Firmengründung verbessert, die Steuerlast beim Generationenwechsel und administrative Hemmnisse abgebaut werden. Teil der Vorschläge ist auch die Reform des Gesetzes über die Preisgestaltung von Konsumgütern.

In 2005 sollen Verbraucherpolitik und Stärkung des privaten Verbrauchs Prioritäten der französischen Regierung werden. Ziel ist es, ein möglichst hohes Verbraucherschutzniveau abzusichern, um das Verbrauchervertrauen zu stärken. Dies ist besonders wichtig, da der Konsum in den letzten Jahren der wichtigste Faktor für das Wachstum der Wirtschaft war. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Stärkung des privaten Konsums steht der Ansatz der französischen Regierung, die Auflösung von (betrieblichen) Sparguthaben befristet steuerlich zu begünstigen, im Blickpunkt der öffentlichen Diskussion. Es ist nach Einschätzung der OECD denkbar, dass diese Regelung gemeinsam mit zeitgleich eingeführten anderen Maßnahmen zu einem Anstieg der Konsumnachfrage führt.

7 Italien

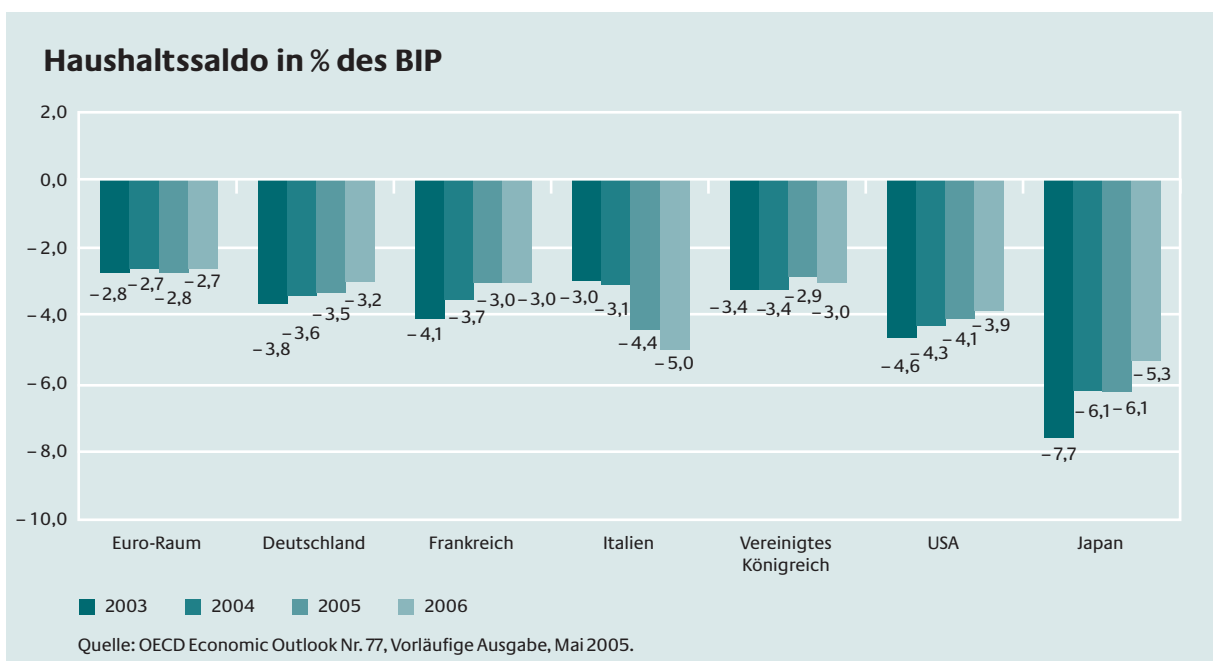
- **BIP-Wachstum zwei Quartale in Folge rückläufig**
- **Weiterer Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit**
- **Steuersenkungen trotz Haushaltsschwierigkeiten geplant**

Die italienische Wirtschaft befindet sich laut OECD-Analyse nach einer moderaten Erholung seit dem zweiten Halbjahr 2003 in einer Rezession mit einem BIP-Rückgang im 4. Quartal

2004 um 0,4 % ggü. dem Vorquartal und einem erneuten Rückgang im 1. Quartal 2005 um 0,5 % ggü. dem Vorquartal. Die OECD sieht die Ursache hauptsächlich in der flauen Exportnachfrage und den damit zusammenhängenden rückläufigen Unternehmensinvestitionen. Die Industrieproduktion ging saisonbereinigt um 0,6 % ggü. dem Vorquartal und 2,9 % ggü. dem Vorjahr zurück. Auch bei Konsum- und Investitionsgütern brach die Produktion ein. Auftragslage und Geschäftsklima haben sich ebenfalls verschlechtert. So ist beispielsweise der Geschäftsklimaindex im Verarbeitenden Gewerbe im Mai weiter gesunken und erreichte seinen tiefsten Stand seit November 2001. Die Auftragseingänge in der Industrie waren im März wegen sinkender Inlandsnachfrage ebenfalls rückläufig und verzeichneten ein Minus ggü. dem Vormonat von 1,7 % und liegen damit 3,6 % unter Vorjahresniveau. Nach Einschätzung der OECD hat sich die Binnennachfrage insgesamt verlangsamt. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind auch die Perspektiven verhalten. Die Regierung hat ihre Wachstumsprognose deutlich gesenkt, nachdem das Land im 1. Quartal in die Rezession gerutscht ist. Finanzminister Siniscalco hält ein

Jahreswachstum von nur noch 0,6 % für 2005 für wahrscheinlich. Bereits im April hatte die Regierung ihre Wachstumsprognose von 2,1 % auf 1,2 % reduziert. Während die EU-Kommission in ihrer Frühjahrsprognose von April noch von 1,2 % für 2005 und 1,7 % für 2006 ausgegangen war, unterstellt die OECD in ihrem jüngsten Economic Outlook sogar ein negatives Wachstum für 2005 (-0,6 %) und rechnet mit 1,1 % für 2006.

Im Außenhandel verlor Italien weiter an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Ländern des Euro-Raums. Im 1. Quartal war ein Handelsbilanzdefizit von 4,5 Mrd. € zu verzeichnen, der höchste Fehlbetrag seit 1991. Die Wettbewerbsfähigkeit italienischer Waren hat sich in den letzten fünf Jahren nach Angaben der Zentralbank um 25 % vermindert. Der Anteil am Welthandel schmolz innerhalb von zehn Jahren von 4,5 % auf 2,9 %. Die Exportleistung verminderte sich im gleichen Zeitraum um 40 %. Die italienischen Exporte sind stark auf Sektoren wie Bekleidung, Leder, Möbel und Schuhe konzentriert, in denen die Konkurrenz aus Asien und den neuen Mitgliedstaaten der EU mit ihren niedrigeren Lohnkosten eine wichtige Rolle spielt. Die schwache Handelsperformance ist ein



wesentlicher Grund für die schwachen Wachstumsaussichten.

Die Arbeitslosigkeit war in 2004 leicht rückläufig. Nach OECD-Angaben resultierte für 2004 eine Arbeitslosenquote von 8,1%. Die OECD rechnet für 2005 mit einem Anstieg auf 8,4%. Die Beschäftigung hatte im Jahr 2004 um 1,5% zugenommen, für 2005 erwartet die OECD jedoch keine weiteren Zuwächse (0,0%); die EU-Kommission rechnet noch mit 0,4%. Ein Schlüsselproblem sind die im Vergleich mit anderen Ländern des Euro-Raums überdurchschnittlichen Steigerungen bei den Lohnstückkosten. Hauptgrund dafür ist das niedrige Produktivitätswachstum.

Die Inflation hat sich abgeschwächt. Sie lag 2004 bei 2,4%. Für 2005 erwartet die OECD angesichts der schwachen Nachfrage nur noch 1,7% (EU-Kommission 2,0%). In diesem Rückgang spiegeln sich eine Ausweitung der Output-Lücke und ein Rückgang der Nahrungsmittelpreise sowie auch die im Oktober eingeführten administrativen Maßnahmen zur Begrenzung der Einzelhandelspreise wider. Eine starke Zunahme ist bei den Lohnstückkosten zu erwarten (OECD: +3,9% in 2005 ggü. +2,6% in 2004). Derzeit laufen harte Auseinandersetzungen um die Entlohnung im öffentlichen Sektor, dessen Bedienstete Gehaltserhöhungen von über 100 € pro Monat fordern. Daraus ergeben sich Befürchtungen ähnlicher Forderungen auch in der Privatwirtschaft und damit eines Anziehens der Gehaltspirale.

Für das staatliche Haushaltsdefizit prognostiziert die EU-Kommission 3,6% für 2005 und sogar 4,6% für 2006 (OECD geht von 4,4% für 2005 und 5,0% für 2006 aus): Angesichts dieser Haushaltslage erwägt die EU-Kommission, ein Defizitverfahren gegen Italien einzuleiten. Auch aus Regierungskreisen werden Zahlen von über 3% genannt. Der Haushalt 2005 sieht Sparmaßnahmen in Höhe von 2% des BIP vor, um das Defizitziel zu erreichen und gleichzeitig Steuerensenkungen zu ermöglichen. An ihren Steuerensenkungsplänen hält die Regierung trotz der

schlechteren Etatlage fest. Sie setzt auf Steuererleichterungen für Unternehmen (Senkung der regionalen Produktionssteuer IRAP) und Verbraucher (spürbare Senkung der Einkommensteuer versprochen) mit dem Ziel einer Verbesserung des Wirtschaftsklimas und letztlich der Konjunktur. Die christdemokratischen Bündnispartner bestehen auf zusätzlichen Aufwendungen für den Süden Italiens und zur Stützung der Familieneinkommen. So soll der Haushalt 2006 als Reaktion auf die Regierungskrise Hilfen für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen enthalten.

Anfang Mai hat der Senat einem Reformpaket zugestimmt. Dieses umfasst eine Reform des kostspieligen Konkursrechts, weitere Schritte gegen Marken- und Produktpiraterie, eine Stärkung der Exportversicherung, eine bessere Tourismusförderung, eine gewisse Lockerung des Systems der Berufsordnungen, eine beschleunigte Liberalisierung im Energiesektor, Steueranreize für die Beschäftigung neuer Mitarbeiter, für innovative Unternehmen und für Fusionen der vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die die italienische Wirtschaftsstruktur prägen, sowie eine Vereinfachung der Bestimmungen für Unternehmensgründungen. Die Finanzierung der Maßnahmen soll weitgehend durch Budgetumschichtungen erfolgen.

In der Kritik steht derzeit erneut die italienische Bankenaufsicht. Anlass waren Vorwürfe der EU-Kommission im Zusammenhang mit der Übernahme der Antonveneta-Bank, wonach die italienische Bankenaufsicht den niederländischen Konzern ABN Amro im Übernahmewettbewerb gegenüber dem italienischen Konkurrenten diskriminiert habe. Der Fall illustriert, dass sich der Kampf um Italiens Bankenmarkt weiter zuspitzt. Die italienischen Banken sind mit anhaltenden Strukturproblemen konfrontiert: überdurchschnittliche Steuerlasten, sehr hohe Personalkosten, Zerteilung der Branche zwischen modernen Großbanken und einer Vielzahl von

kleinen Instituten. Die Großbanken agieren nur im Mittelfeld, legt man Kennzahlen wie Bilanzsummen oder Börsenkapitalisierung zugrunde.

Bemerkenswert ist allerdings in diesem Zusammenhang die Übernahme der Hypovereinsbank durch die italienische Unicredito.

Verrechnungspreisdokumentation zur Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen

1	Einleitung	61
2	Entwicklung	61
3	Inhalt	62
3.1	Mitwirkungspflichten	62
3.2	Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen	63
4	Ausblick	63

1 Einleitung

Die konzerninternen Beziehungen international verbundener Unternehmen unterliegen aufgrund des internationalen und nationalen Steuerrechts der Prüfung nach dem Grundsatz des Fremdvergleiches (sog. „Arm’s-Length-Principle“). Die rechtlichen Grundlagen hierzu finden sich in den Bestimmungen der deutschen Doppelbesteuerungsabkommen, die Artikel 9 des OECD-Musterabkommens nachgebildet sind, sowie in § 8 Abs. 3 Körperschaftsteuergesetz (KStG) und § 1 Außensteuergesetz (AStG). Ertragsteuerlich ist nach den Bestimmungen der grenzüberschreitende Leistungsverkehr zwischen verbundenen Unternehmen so zu ermitteln, als würden sie zwischen fremden Dritten erfolgen. Diese konzerninterne Verrechnungspreis-Ermittlung („Transfer Pricing“) wird grundsätzlich nach international¹ anerkannten Methoden durchgeführt.²

2 Entwicklung

Durch das Steuervergünstigungsabbaugesetz vom 16. Mai 2003³ wurde in Deutschland erstmalig eine gesetzliche Regelung zur Dokumentation von Verrechnungspreisen mit § 90 Abs. 3 Abgabenordnung (AO) geschaffen, die mit der Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung (GAufzV) vom 13. November 2003⁴ konkretisiert wurde. Diese Dokumentationspflichten von Verrechnungspreisen beinhalten die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen der Verrechnungspreisermittlung.

Nunmehr hat die deutsche Finanzverwaltung in Form einer ausführlichen Verwaltungsanweisung⁵ zu den Dokumentationspflichten Stellung bezogen. Da die Aufzeichnungspflichten für die Unternehmen und die Prüfungsdienste der Verwaltung neu sind, soll das umfassende, 76-seitige BMF-Schreiben den Finanzbehörden in Verrechnungspreis-Prüfungsfällen detaillierte

¹ Transfer Pricing Guidelines for Multinational Enterprises and Tax Administrations, Organisation For Economic Co-Operation and Development (OECD), Paris 1995.

² Siehe hierzu BMF-Schreiben vom 23. Februar 1983 (BStBl 1983 I, 218) „Die deutschen Verwaltungsgrundsätze zum Maßstab des Fremdvergleichs“.

³ BGBl. 2003 I, 660.

⁴ BGBl. 2003 I, 2296.

⁵ BMF-Schreiben vom 12. April 2005, IV B 4 – S 1341 – 1/05, BStBl 2005 I, 570.

Leitlinien an die Hand geben. Für die betroffenen Unternehmen soll es die notwendige Sicherheit schaffen, die von ihnen gesetzlich geforderte Dokumentation ordnungsgemäß erstellen zu können.

3 Inhalt

Die Verwaltungsanweisung soll zur Rechtssicherheit in dieser international immer bedeutsamer werdenden Rechtsmaterie beitragen. Nach vorliegenden Schätzungen werden annähernd 60 % des gesamten Welthandels zwischen verbundenen Unternehmen abgewickelt. So wird das BMF-Schreiben insbesondere einen Beitrag dazu leisten, dass in Deutschland erwirtschaftete Erträge tatsächlich auch hier besteuert werden können. Deutschland hat dadurch seine Vorschriften hinsichtlich der Pflichten zur Dokumentation sowie der sich bei einer Nichteinhaltung ergebenden Konsequenzen angepasst, die in anderen Industriestaaten wie insbesondere den USA, Kanada, Australien, Frankreich, Großbritannien sowie den Niederlanden – um nur unsere wichtigsten Handelspartner zu nennen – bereits seit längerem in ähnlicher Form geltende Rechtslage sind.

Mit dem für eine Verwaltungsanweisung beträchtlichen Umfang des Textes trägt das Bundesministerium der Finanzen den Informationswünschen der Industrie und den Bedürfnissen der Prüfungsdienste der Verwaltungen von Bund und Ländern Rechnung. Um die Dokumentationsanforderungen in den richtigen Bezug zu setzen, enthält es auch Ausführungen, die nicht das Verfahren betreffen, wie z. B. Aussagen zu Verrechnungspreismethoden. Denn der Anwender in der Finanzverwaltung oder dem Unternehmen muss wissen, welche inhaltlichen Anforderungen an die Dokumentationspflicht gestellt werden.

Die Kernpunkte der Verwaltungsanweisung sind hierbei

- Pflichten und Ermittlungsgrundsätze der Finanzbehörden im Rahmen der steuerlichen Betriebsprüfung,
- Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen,
 - im Rahmen der Sachverhaltsdokumentation sowie
 - der Angemessenheitsdokumentation,
- Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Mitwirkungspflichten.

Die erhöhten Mitwirkungspflichten der Steuerpflichtigen bei Auslandsachverhalten aufgrund § 90 Abs. 2 AO bleiben davon unberührt. Diese beinhalten Aufklärungs- und Nachweisbeschaffungspflichten sowie die Pflicht zur Beweisvorsorge.



3.1 Mitwirkungspflichten

In der Verwaltungsanweisung wird detailliert der notwendige Umfang der Dokumentation für den sachlichen Zusammenhang der grenzüberschreitenden Transaktionen (Sachverhaltsdokumentation, Tz. 3.4.11 des BMF-Schreibens) und deren Übereinstimmung mit dem Fremdvergleichsgrundsatz (Angemessenheitsdokumentation, Tz. 3.4.12 des BMF-Schreibens) dargestellt. Der Steuerpflichtige muss also festhalten, wie er seinen Verrechnungspreis ermittelt und wie er den Fremdvergleich durchgeführt hat.

Die bisher geltenden Grundsätze zur Prüfung der Einkunftsabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen⁶ äußern sich nicht zu folgenden Fragen:

⁶ Siehe Fußnote 2.

- Wertschöpfungsketten und -beiträge,
- Planrechnungen aufgrund innerbetrieblicher Plandaten und aufgrund von Gewinnprognosen zur Festlegung von Verrechnungspreisen,
- Verwendung von Informationen aus Datenbanken und deren Vergleichbarkeit.

Daher enthält das BMF-Schreiben insoweit Neuerungen.

3.2 Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen

Bei bestimmten Verstößen gegen die gesetzlichen Aufzeichnungspflichten können Zuschläge (häufig unzutreffend als „Penalties“ bezeichnet) festgesetzt werden (Tz. 4.6 des BMF-Schreibens):

- In besonders extremen Fällen der Verweigerung einer Vorlage von Aufzeichnungen oder der Vorlage von unverwertbaren Aufzeichnungen ist ein Zuschlag von 5 % bis 10 % der Einkünfte aus der betroffenen Geschäftsbeziehung, mindestens jedoch 5 000 €, festzusetzen.
- Daneben drohen bei Hinauszögern der Vorlage von Unterlagen im Rahmen einer Betriebsprüfung über die gesetzliche Vorlagefrist hinaus Zuschläge von mindestens 100 € für jeden vollen Tag der Verzögerung. Es kann höchstens ein Betrag von 1 Mio. € für die verspätete Vorlage verwertbarer Aufzeichnungen festgesetzt werden.

Diese Sanktionsmaßnahmen werden von der Finanzverwaltung nur in besonderen Ausnahmefällen verhängt werden müssen. Die besondere Regelung der Zuschläge erklärt sich daraus, dass die allgemeinen Bußgeldvorschriften der Abgabenordnung für den Bereich der Verrechnungspreise aufgrund der hohen ertragsteuerlichen Auswirkungen nicht geeignet sind.

4 Ausblick

Das BMF-Schreiben vom 12. April 2005 steht im Kontext der Überarbeitung der Grundsätze der Finanzverwaltung. Diese Grundsätze erarbeitet seit 1998 unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe, die sich aus erfahrenen Betriebsprüfern auf dem Gebiet der Verrechnungspreise zusammensetzt. Mit einer Verwaltungsanweisung zu Grundsätzen bei der Einkunftsabgrenzung durch Umlageverträge hat die Verwaltung bereits in 1999⁷ und mit einem BMF-Schreiben zur Arbeitnehmer-Entsendung im Jahr 2001⁸ Leitlinien geschaffen.

Schwerpunkte der weiteren Überarbeitung der Grundsätze für die Prüfung der Einkunftsabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen⁹ werden Regelungen zu Funktionsverlagerungen innerhalb eines Konzerns und damit zusammenhängend die Frage der Behandlung von immateriellen Wirtschaftsgütern sowie Bestimmungen zu den einzelnen Methoden der Verrechnungspreisermittlung sein.

⁷ BMF-Schreiben vom 30. Dezember 1999, BStBl I 1999, 1122.

⁸ BMF-Schreiben vom 9. November 2001, BStBl I 2001, 796.

⁹ Siehe Fußnote 2.

60 Jahre IWF – Wie geht es weiter?

1	Wirtschaftspolitische Überwachung	66
2	Kreditvergabe und Krisenbewältigung	67
3	Technische Hilfe	68
4	Wachstum und Armutsbekämpfung	68
5	Haushalt	69
6	Stimmrechte	69

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank wurden vor gut 60 Jahren in Bretton Woods, USA, gegründet, um den Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und ein funktionsfähiges Weltwährungssystem zu fördern. Ihre Schwerpunkte haben sich mit Dekolonisierung, Übergang zu flexibleren Wechselkursen, Zusammenbruch der Planwirtschaften in Osteuropa, dem Aufstreben vieler Schwellenländer, zunehmender Integration der Weltfinanzmärkte und anhaltenden Entwicklungsproblemen deutlich gewandelt.

IWF und Weltbank werden heute von 184 Mitgliedsländern verwaltet und sind diesen unmittelbar rechenschaftspflichtig. Der IWF fördert die internationale Zusammenarbeit in der Geld- und Währungspolitik, gibt den Mitgliedstaaten wirtschaftspolitischen Rat, leistet technische Hilfe und stellt kurzfristige Kredite bereit, um Ländern bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen. Die Weltbank unterstützt die langfristige wirtschaftliche Entwicklung und die Bekämpfung der Armut, indem sie Entwicklungs- und Schwellenländern im Rahmen von Projekten technische und finanzielle Hilfe leistet und strukturelle Reformen unterstützt. Der IWF ist eher kurzfristig ausgerichtet und wird hauptsächlich durch Kapitaleinlagen der Notenbanken getragen. Die Weltbank arbeitet langfristig und finanziert sich neben Kapitaleinlagen und Finanzzuweisungen seiner Mitgliedstaaten durch Emissionen von Anleihen. Seit den 90er Jahren ist der IWF verstärkt in Entwicklungsländern

tätig, um die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für Wachstum und Armutsbekämpfung zu verbessern.

Aus Anlass ihres 60-jährigen Bestehens haben die Finanzminister und Notenbankgouverneure der sieben führenden Industrieländer (G 7) und der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G 20) die strategische Ausrichtung beider Bretton Woods-Institutionen diskutiert. Dabei hat sich abgezeichnet, dass die Mehrheit der Anteilseigner eine Konsolidierung und Vertiefung der bereits beschlossenen Reformen anstrebt, aber keine grundlegende Neuausrichtung.

Der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, hat dementsprechend am 16. April 2005 auf der gemeinsamen Frühjahrstagung von IWF und Weltbank seine Haltung zur Ausrichtung des IWF wie folgt umrissen: Die in den letzten Jahren beschlossenen Reformen müssen konsequent umgesetzt und konsolidiert werden. Der IWF sollte vorrangig monetäre und finanzielle Stabilität fördern und dadurch stetiges Wirtschaftswachstum ermöglichen. Die Hauptinstrumente des IWF sollten wirtschaftspolitische Überwachung und Beratung sein, ergänzt durch technische Hilfe. Der IWF sollte seine Mitgliedstaaten dabei unterstützen, ihre Volkswirtschaften krisenfester und attraktiver für langfristige private Kapitalzuflüsse zu machen, um Phasen wirtschaftlicher Anspannung ohne Rückgriff auf IWF-Kredite überwinden zu können. Der IWF sollte eine schlanke und effiziente Institution

bleiben, die strikter Haushaltsdisziplin unterworfen ist und eine klare Arbeitsteilung zwischen internationalen Organisationen verfolgt.

Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der wichtigsten Instrumente des IWF wird im Folgenden dargelegt, wo aus deutscher Sicht Reformbedarf besteht. Der zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im März 2005 veröffentlichte „Fachblick“ geht ausführlicher auf den Reformbedarf der Bretton-Woods-Institutionen ein („60 Jahre Bretton-Woods-Institutionen: Standortbestimmung und Ausrichtung“, <http://www.bundesfinanzministerium.de>).



1 Wirtschaftspolitische Überwachung

Obgleich freier internationaler Kapitalverkehr Investitionen und Wachstum fördert, macht er die begünstigten Länder anfälliger für externe Einflüsse, etwa für plötzliche Stimmungsumschwünge von Investoren. Vor allem Schwellenländer mit weniger gefestigten Institutionen und einer geringeren Kreditwürdigkeit sind davon betroffen. Schwere Kapitalbilanzkrisen werden zwar durch plötzliche, massive Kapitalabflüsse ausgelöst, die bisweilen nicht oder nicht vollständig mit internen Ursachen erklärt werden können. Ausmaß und Länge der Krise werden aber in starkem Maße durch interne Faktoren beeinflusst. Die großen Kapitalbilanzkrisen der letzten zehn Jahre sind entstanden, weil sich über Jahre hinweg Anfälligkeiten aufgebaut hat-

ten, etwa übermäßige kurzfristige Staatsverschuldung bei festen Wechselkursen (Mexiko, Russland), Immobilienblasen, die durch kurzfristige Auslandskredite bei mangelhafter Bankenaufsicht mitfinanziert wurden (Südostasien), oder Dollarisierung des inländischen Zahlungsverkehrs ohne stabilitätskonforme Finanzpolitik (Argentinien). Regelmäßig haben feste, unrealistische Wechselkurse die Beteiligten in falscher Sicherheit gewogen. Später haben drastische Abwertungen oft zu Systemkrisen im Bankensektor geführt und Staaten teilweise zahlungsunfähig gemacht.

Diese Erfahrungen zeigen: Potenzielle Schwachstellen müssen von allen Beteiligten frühzeitig erkannt und beseitigt werden. Dazu dient vor allem die wirtschaftspolitische Überwachung des IWF. Der IWF kann seine einzigartige Expertise in regelmäßige und vertrauliche Konsultationen mit den wichtigsten Entscheidungsträgern einbringen. Er erstellt möglichst jährlich im Rahmen der so genannten Artikel-IV-Konsultationen einen Bericht über jedes Mitgliedsland, der veröffentlicht wird, wenn das betroffene Land zustimmt. Zudem erstellt der IWF halbjährliche Analysen der Weltwirtschaft (World Economic Outlook) und der Weltfinanzmärkte (Global Financial Stability Report). Der IWF trägt durch Veröffentlichung seiner Analysen und Empfehlungen dazu bei, die Erwartungsbildung der Märkte zu verstetigen.

Nach den Finanz- und Währungskrisen der 90er Jahre hat der IWF viele Maßnahmen ergriffen, um Schwachstellen und Risiken früher und besser zu erkennen. Er hat vor allem die Überwachung der Finanzmärkte deutlich verbessert. So untersucht er im Rahmen des „Financial Sector Assessment Programs“ (FSAP) Land für Land die Stärken und Schwächen des Finanzsektors und benennt Reformbedarf. Zudem arbeitet der IWF an der Entwicklung international anerkannter Standards und Kodizes für Geld- und Finanzpolitik, Finanzmarktaufsicht und Statistik mit und überprüft deren Umsetzung.

Folgender Reformbedarf besteht aus deutscher Sicht:

- Kernmandat: Der IWF sollte die wirtschaftspolitische Überwachung auf sein Kernmandat beschränken: Geldpolitik, Finanzpolitik, Schuldenragfähigkeit, Wechselkurse, Finanzmärkte, Krisenanfälligkeit und globale Interdependenz. Er sollte Strukturpolitik nur im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft erörtern und die Arbeitsteilung mit der Weltbank verbessern.
- Neue Prioritäten: Der IWF sollte noch stärker den Aufbau stabiler und effizienter Institutionen im Finanzsektor fördern. Er sollte die steigende regionale Zusammenarbeit in Währungs- und Wirtschaftsfragen beobachten und unterstützen. Er sollte umfassender untersuchen, welche Wechselkursregime und -niveaus gesamtwirtschaftliche Stabilität und weltwirtschaftliche Anpassungsprozesse fördern.
- Länderspezifische Kompetenz: Wie bisherige Erfahrungen und die Erkenntnisse der modernen Institutionenökonomik bestätigen, gibt es keine allgemeinen Leitlinien, die bedenkenlos auf alle Länder übertragen werden können. Daher sollte der IWF verstärkt nationale und regionale Eigenheiten berücksichtigen.
- Mehr Transparenz: Analysen und Daten müssen aktuell und umfassend veröffentlicht werden, um Informationsdefizite und -asymmetrien abzubauen. Die Mitgliedstaaten sollten daher noch mehr Länderberichte zur Veröffentlichung freigeben. Alle Artikel-IV-Berichte sollten publik gemacht werden, möglichst auch die Untersuchungen zur Stabilität des Finanzsektors, sofern diese keine marktsensiblen Informationen enthalten.
- Langfristige Ausrichtung: Der IWF sollte in regelmäßigem Abstand die finanzpolitischen Auswirkungen langfristiger Trends, vor allem der Alterung der Bevölkerung, untersuchen,

um das Bewusstsein für den strukturellen Reformbedarf der öffentlichen Haushalte zu stärken.

2 Kreditvergabe und Krisenbewältigung

Grundsätzlich kann jedes Mitgliedsland Finanzhilfen beim IWF beantragen, wenn es Schwierigkeiten hat, seine internationalen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. IWF-Kredite sind an die Umsetzung wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen geknüpft, die im Anpassungsprogramm des betroffenen Landes zusammengefasst sind. Dieses wird von der Regierung des betroffenen Landes zusammen mit dem Stab des IWF erarbeitet. Das Exekutivdirektorium des IWF, in dem alle Anteilseigner vertreten sind, muss das Anpassungsprogramm billigen. Kreditmittel werden schrittweise freigegeben, wobei das Land die vereinbarten Maßnahmen umsetzen muss. Gibt es Verzögerungen, muss das Exekutivdirektorium einem Aufschub zustimmen.

Private Investoren dürfen nicht darauf vertrauen, dass der IWF in jedem Krisenfall Kredite vergibt, denn dadurch würden die Risiken nicht tragfähiger Politiken und instabiler Institutionen auf den IWF und seine Anteilseigner überwältigt. Private Investoren müssen vielmehr auch für die Risiken einstehen, die sie eingegangen sind und für die sie eine entsprechende Risikoprämie erhalten. Ein Kreditprogramm des IWF muss vor allem darauf zielen, das Vertrauen der privaten Investoren zurückzugewinnen. Dafür muss der IWF objektiv und umfassend die Probleme und mögliche Lösungen benennen, zugleich muss das betroffene Land konstruktiv an einem glaubwürdigen Programm mitwirken.

IWF-Kredite sind grundsätzlich subventionierte Kredite, da der IWF nur einen zumeist geringfügigen Aufschlag auf die Marktzinsen für erstklassige Gläubiger verlangt. Deswegen ist

eine Obergrenze für die Kreditaufnahme erforderlich, die bei 300 % der Quote (Währungseinlage des Mitgliedstaates) liegt. Diese Obergrenze darf bei schweren Kapitalbilanzkrisen überschritten werden, wobei der IWF seine Kreditvergabe seit 2003 an vier strenge Kriterien („exceptional access criteria“) knüpft.

Um diese Prinzipien besser umzusetzen, sind aus deutscher Sicht erforderlich:

- Glaubwürdige Regeln: Die Kriterien bei Überschreitung der Obergrenzen für die Kreditaufnahme müssen konsequent angewendet werden, um sorgloses Verhalten der Marktteilnehmer („moral hazard“) zu verringern und die Konzentration von Kreditrisiken des IWF auf wenige Länder zu begrenzen.
- Konstante Liquiditätsreserven: Es ist primär Aufgabe der Schwellenländer, durch robuste Institutionen, verbesserte Aufsicht des Finanzsektors und konsistente Politiken für stabile private Kapitalzuflüsse zu sorgen. Eine Ausweitung der Liquiditätsreserven parallel zu den globalen Kapitalströmen würde die falschen Anreize setzen.
- Schlankere Konditionalität: Diese sollte noch klarer auf gesamtwirtschaftliche und strukturelle Maßnahmen ausgerichtet sein, welche die internationale Zahlungsfähigkeit wiederherstellen. Sie sollte mehr als bisher die Eigenheit des Programmlandes berücksichtigen. Die Konditionen sollten noch stärker dauerhafte Änderungen von Verfahren, Regeln und Institutionen beinhalten.

3 Technische Hilfe

Viele Entwicklungs- und Transformationsländer können Reformprogramme nicht erfolgreich entwickeln und umsetzen, da ihre administrativen Kapazitäten und Kompetenzen nicht ausreichen. Der IWF bietet ihnen daher technische Hilfe an, vor allem bei Finanzverwaltung, Schuldenmanagement, Zahlungssystemen, Finanzmarktaufsicht, Wechselkurspolitik und Statistik. Fast die Hälfte

der technischen Hilfe geht an einkommensschwache Länder. Die Nachfrage ist dabei deutlich größer als das Angebot. Die Beratung erfolgt u. a. durch Stabsmissionen, Experten vor Ort, Kurse und per Internet. In den vergangenen Jahren hat der IWF technische Hilfe zunehmend über regionale Zentren, etwa in Afrika, bereitgestellt. Dies bündelt Ressourcen, verbessert die Ausrichtung auf regionale Besonderheiten und erleichtert den Austausch zwischen regionalen Experten. Technische Hilfe könnte dort verstärkt werden, wo der IWF über maßgeschneiderte und kostengünstige Lösungen verfügt. Ergänzend könnten die Notenbanken ihre technische Zusammenarbeit verstärken.

4 Wachstum und Armutsbekämpfung

Die hohe Armut in vielen Entwicklungsländern bleibt eine große internationale Herausforderung. Armutsbekämpfung erfordert vor allem nachhaltiges Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens. Dazu tragen solide Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitiken, starke Institutionen, gute Regierungsführung und offener Handel bei. Der IWF unterstützt einkommensschwache Länder mit hartnäckigen Zahlungsbilanzproblemen vor allem durch längerfristige und hochgradig zins-subsidierte Kredite seiner Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility, PRGF).

Diese Kredite erfordern Strategien für Wachstum und Armutsbekämpfung, die von der jeweiligen Regierung eigenverantwortlich und in enger Abstimmung mit der Weltbank, der Zivilgesellschaft und anderen Entwicklungspartnern erstellt werden (Poverty Reduction Strategy Papers, PRSP).

Das Engagement des IWF in einkommensschwachen Ländern ist nicht unumstritten, da er als monetäre Institution zur Finanzierung kurzfristiger Zahlungsbilanzprobleme gegründet wurde. Jedoch gilt zu bedenken: Entwicklungsländer können die Millenniumsziele der Verein-

ten Nationen, die eine Halbierung der extremen Armut bis zum Jahr 2015 beinhalten, nicht ohne gesamtwirtschaftliche Stabilität und stärkere Zahlungsbilanzen erreichen. Hinzu kommt, dass viele Geberländer dem IWF eine Schlüsselrolle zuweisen, weil er makroökonomische Reformprogramme formuliert und unterstützt, in deren Rahmen sich einzelwirtschaftliche Projekte besser finanzieren lassen.

Folgender Reformbedarf besteht aus deutscher Sicht:

- **Bessere Umsetzung:** Der bisherige Rahmen hat sich bewährt, jedoch müssen sich die Länder stärker mit ihren Programmen identifizieren. Die Programme müssen realistischer geplant werden, mit den öffentlichen Haushalten verzahnt sein und Prioritäten klarer benennen. Die Länder müssen sich enger mit bilateralen Gebern und der Weltbank abstimmen. Um das nötige Ausleihvolumen zu erhalten, muss die PRGF ab 2006 aufgestockt werden. Deutschland ist bereit, mit einem KfW-Kredit einen Beitrag dazu zu leisten.
- **Keine langfristige Entwicklungsfinanzierung:** Einige Länder können sich nur schwer von IWF-Krediten lösen, obgleich ihre Zahlungsbilanzprobleme nicht anhaltend sind. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G 7 haben im April 2005 deshalb vorgeschlagen, solchen Ländern künftig eine intensive Überwachung durch ein Programm ohne Kredit zu ermöglichen.
- **Selektive Kreditvergabe:** Reformunwilligen Regierungen muss der Zugang zu den begrenzten IWF-Mitteln verwehrt bleiben.

5 Haushalt

Der Haushalt des IWF ist in den letzten zehn Jahren um jährlich durchschnittlich 8 % gewachsen. Hauptursachen sind zusätzliche Mitgliedstaaten, mehr Aufgaben und eine Gehaltsfindung, die sich an Vergleichsmärkten für hoch qualifizierte Fachkräfte orientiert. Zuwachsraten im

bisherigen Umfang sind jedoch nicht mehr finanzierbar. Daher setzt sich Deutschland dafür ein, dass der Verwaltungshaushalt des IWF in den nächsten Jahren real konstant bleibt. Dieses Ziel konnte bereits für das laufende Haushaltsjahr verwirklicht werden. Um dies auch künftig sicherzustellen, müssen verstärkt Einsparpotenziale und nachrangige Aktivitäten benannt werden. Zudem ist eine Reform des Vergütungssystems notwendig. Beide Forderungen sind bereits vom IWF aufgegriffen worden.



6 Stimmrechte

Die Stimmgewichte der Mitglieder des IWF entsprechen im Wesentlichen ihren Beiträgen zu den Währungsreserven des IWF. Diese „Quoten“ spiegeln größtenteils die weltwirtschaftlichen Gewichte wider, sind aber auch historisch und politisch bedingt. Die Entwicklungs- und Schwellenländer fordern wesentlich mehr Einfluss im IWF. Dem sind jedoch Grenzen gesetzt, da die Industrieländer weiterhin das größte weltwirtschaftliche Gewicht haben und dementsprechend die meisten Währungseinlagen leisten, ohne diese zugleich in Anspruch zu nehmen. Um die Rolle der Kreditnehmer gleichwohl zu stärken, könnten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die von der Wirtschaftsleistung unabhängigen Basisstimmen könnten substanziell angehoben werden.
- Die administrativen Kapazitäten der Entwicklungsländer im IWF könnten weiter gestärkt werden, insbesondere durch mehr Mitarbeiter der zuständigen Exekutivdirektoren.

- Mehr Vielfalt bei Herkunft und Denkschulen im Stab wäre vorteilhaft, um die länderspezifischen Empfehlungen des IWF zu verbessern. Die Mitarbeiter aus angelsächsischen Ländern und mit Ausbildung an angelsächsischen Universitäten sind weiterhin zu stark vertreten.

Zusätzlich sollten Stimmrechtsgruppen noch stärker als bislang nach Regionen zusammengefasst werden, um Länder mit ähnlichen Interessenlagen zu bündeln. Dies betrifft auch

die Europäische Union. Viele EU-Mitgliedstaaten sind in gemischten Stimmrechtsgruppen vertreten; beispielsweise gehört Irland zu einer Stimmrechtsgruppe, die Kanada und die Karibik einschließt. Langfristig sollte eine gemeinsame europäische Vertretung beim IWF geschaffen werden, die alle Mitglieder der EU zusammenfasst, mittelfristig sollte zumindest über die Bildung von Stimmrechtsgruppen nachgedacht werden, in denen die EU-Mitgliedstaaten zusammengefasst sind.

Haushaltskrisen im Bundesstaat¹

1	Die Ausgangslage	71
2	Grundsätzliche ökonomische Aspekte von Haushaltskrisen in Bundesstaaten	71
3	Haushaltsnotlagenverfahren in Deutschland	73
4	Weiter gehende Vorschläge	75

1 Die Ausgangslage

Die seit Jahren anhaltende Stagnationsphase der wirtschaftlichen Entwicklung hat die labile Situation der öffentlichen Haushalte in Deutschland offenkundig gemacht. Die ursprünglich für das Jahr 2004 anvisierte Zielsetzung eines ausgeglichenen Staatshaushaltes wird weit verfehlt. Der in den letzten Jahren wieder zunehmende Anstieg der Staatsverschuldung verursacht trotz des niedrigen Zinsniveaus hohe Zinslasten: Im Jahr 2003 betrug der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben beim Bund 14,4 % und bei den Ländern (einschließlich ihrer Gemeinden) 7,1%.

Einzelne Bundesländer befinden sich schon seit langem in einer Finanzkrise und neue Krisenfälle treten hinzu. Bremen und das Saarland gelten seit 1993 als Länder mit einer extremen Haushaltsnotlage. Trotz hoher Sanierungshilfen ist die Rückführung der Verschuldung dort nur teilweise gelungen. Das Land Berlin befindet sich in einer Haushaltskrise und versucht derzeit, Ansprüche an die bundesstaatliche Gemeinschaft zur Sanierung seines Haushaltes beim Bundesverfassungsgericht durchzusetzen. Die neuen Bundesländer – mit Ausnahme Sachsens – haben inzwischen eine Verschuldung erreicht, die nicht mehr weit von dem Niveau hoch verschuldeter alter Bundesländer entfernt ist. Diese Besorgnis erregende Entwicklung ist

weder durch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt noch durch den halbherzigen nationalen Stabilitätspakt verhindert worden. Der Beirat hat daher in einem Gutachten die ökonomischen Aspekte von Haushaltskrisen in Bundesstaaten untersucht und verschiedene Verfahren und Regeln zur Vermeidung und Behebung von Haushaltskrisen vorgeschlagen.

2 Grundsätzliche ökonomische Aspekte von Haushaltskrisen in Bundesstaaten

Ökonomische Gründe für bundesstaatliche Eingriffe bei Finanzkrisen

Die Bevölkerung eines Landes ist ökonomischen und politischen Risiken ausgesetzt, die Haushaltskrisen verursachen können. Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft können in diesem Fall als Element einer Versicherung gegen Haushaltskrisen verstanden werden. Die Existenz einer solchen Versicherung verbessert die Verteilung und Zuordnung von Risiken im Sinne des bundesstaatlichen Prinzips und liegt daher im Interesse des Bundes und aller Gliedstaaten.

Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft sollen darüber hinaus negative externe Effekte verhindern, die sich ergeben können, wenn ein Gliedstaat nicht mehr in der Lage ist,

¹ Kurzfassung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium der Finanzen. Die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder. Das Gutachten ist erschienen in: Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Band 78, Berlin, April 2005.

Ausgaben zu finanzieren, die auch für die übrigen Bundesländer oder für den Zentralstaat von Interesse sind. Außerdem besteht ein Interesse daran, Rückwirkungen von Haushaltskrisen einzelner Länder auf die gesamte Volkswirtschaft zu vermeiden. Hilfestellungen der Gemeinschaft können allerdings auch Anreize zu unsolider Haushaltswirtschaft einzelner Länder auslösen, weil deren Folgen teilweise auf andere Länder abgewälzt werden können. Verfahrensregeln zur Vermeidung oder Behebung von Finanzkrisen müssen daher so gestaltet sein, dass sie Fehlanreize so weit wie möglich vermeiden und dass ihre Durchsetzung glaubwürdig erscheint.



Verfahrensregeln zur Behebung von Finanzkrisen

Ein Ansatzpunkt für die Begrenzung negativer Anreize, die durch Hilfs Garantien der bundesstaatlichen Gemeinschaft entstehen, liegt darin, das betroffene Land spürbar an den entstehenden Sanierungslasten zu beteiligen. Um das Ausmaß dieser Beteiligung festzulegen, bedarf es einer Ursachen- und Verschuldensanalyse. Zwar dürfte es nicht leicht sein festzustellen, welche Faktoren – exogene wirtschaftliche Schocks oder falsche wirtschaftspolitische Entscheidungen – eine Haushaltskrise herbeigeführt haben. Jedoch sollte jedes Land verpflichtet sein, zunächst eigene Anstrengungen zu unternehmen, um eine Krise zu vermeiden bzw. sich aus ihr zu befreien. Haushaltsdisziplin und Selbsthilfe sind also in jedem Fall einzufordern. Bundesstaatliche Hilfen sollten so gestaltet werden, dass Finanzkrisen zwar überwunden bzw. ihre Auswirkungen begrenzt werden. Um Fehlan-

reize zu vermeiden und um die Sanierung möglichst effizient durchzuführen, sollte die Inanspruchnahme von Hilfen aber auch mit Nachteilen verbunden sein, die im Wesentlichen darauf hinauslaufen, die Finanzautonomie des Empfängers einzuschränken.

Das Ausmaß der Eingriffe in die Finanzautonomie kann sehr verschieden sein. Sie reichen von der Länderneugliederung über das Einsetzen eines „Sparkommissars“, die gemeinsame Verhandlung über ein Sanierungsprogramm bis hin zur Zweckbindung von Finanzhilfen. Auch eine Beteiligung des betroffenen Gliedstaates an den Kosten der Haushaltskrise, z. B. durch Ausgabenkürzungen oder durch die Verpflichtung zur Nutzung der Steuerautonomie in Form eines zeitlich begrenzten Zuschlags zur Einkommensteuer, hilft Fehlanreize zu vermeiden. Denkbar ist auch ein Insolvenzverfahren für Gebietskörperschaften, das die Haftung der bundesstaatlichen Gemeinschaft für Verbindlichkeiten einzelner Gliedstaaten beschränkt. Der Kapitalmarkt würde unter dieser Voraussetzung Ländern, die eine unsolide Haushaltspolitik verfolgen, sehr schnell weitere Kredite verweigern.

Institutionelle Vorkehrungen, die zu einem Zeitpunkt greifen, an dem eine Haushaltskrise nicht mehr abwendbar oder bereits eingetreten ist, reichen nicht aus. Werden in solchen Fällen Sanierungshilfen angeboten, sind die Anreize zur Vermeidung einer unsoliden Haushaltspolitik zu gering. Soll der Krisenfall dagegen durch Androhung harter Sanktionsmaßnahmen vermieden werden, tritt der gleiche Effekt ein, weil ihre konsequente Durchsetzung nicht glaubwürdig ist. Es kommt daher entscheidend darauf an, finanzpolitische Fehlentwicklungen durch vorbeugende Maßnahmen zu verhindern.

Regeln zur Vermeidung von Finanzkrisen

Für die Gestaltung von Maßnahmen zur Vermeidung einer übermäßigen Verschuldung einzel-

ner Gebietskörperschaften stehen verschiedene Wege offen. Am wirksamsten erscheinen regelgebundene Vorkehrungen, die entweder eine Eigenbeteiligung der betroffenen Gebietskörperschaften oder Maßnahmen zur Einschränkung der Verschuldung beinhalten. Von grundlegender Bedeutung für die Vermeidung einer übermäßigen Verschuldung einzelner Gebietskörperschaften ist die Steuerautonomie der Gliedstaaten. Sie lässt sich beispielsweise durch Zuschläge der Gliedstaaten zur Einkommen- und Körperschaftsteuer oder zu sonstigen Steuern der Gliedstaaten oder der Gemeinden einführen. Diese Zuschläge sollten insbesondere dazu genutzt werden, das Eintreten einer Haushaltskrise zu vermeiden. Länder, die in eine Haushaltskrise zu geraten drohen, sollen zu vorbeugenden Maßnahmen angehalten bzw. gegebenenfalls an den Kosten der Sanierung des Landeshaushalts beteiligt werden. Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft sollten nur dann gewährt werden, wenn das Land den Steuerzuschlag für eine gewisse Frist deutlich über das durchschnittliche Niveau der anderen Länder erhöht und gleichzeitig eine restriktive Ausgabenpolitik betrieben hat.

Auch Verschuldungsgrenzen erscheinen sinnvoll. Sie haben zwar den Nachteil, eine prozyklische Ausgabenpolitik zu begünstigen, können aber eine Überschuldung verhindern. Allerdings sind Vorkehrungen nötig, um Umgehungsstrategien (z. B. durch Verlagerung in Schattenhaushalte oder durch Aufnahme von Kassenkrediten) einzudämmen. Die Wirksamkeit von Verschuldungsgrenzen setzt außerdem voraus, dass ein Überschreiten zu Sanktionen führt. Sie müssen glaubwürdig sein. Bei Sanktionsdrohungen für den Fall bereits eingetretener Haushaltskrisen ist dies nicht gewährleistet. Glaubwürdigkeit lässt sich nur erreichen, wenn Sanktionen bereits in einer Situation drohen, in der Verschuldungsgrenzen überschritten werden, die finanzielle Stabilität des betreffenden Landeshaushaltes aber noch nicht gefährdet ist.

Erfahrungen aus der Schweiz und den USA zeigen schließlich, dass auch restriktiv wirkende Budgetprozesse bis hin zur Einführung von Volksabstimmungen über kostspielige öffentliche Ausgabenprojekte zur Haushaltsdisziplin beitragen.

3 Haushaltsnotlagenverfahren in Deutschland

Indikatoren zur Diagnose von Haushaltskrisen

Die Diagnose von Haushaltskrisen stützte sich bisher im Wesentlichen auf Indikatoren (Kreditfinanzierungs- und Zinslastquoten), die sich auf Haushaltsgrößen (Einnahmen und Ausgaben) beziehen. Da aber alle Lasten letztlich aus dem gesamtwirtschaftlichen Einkommen getragen werden müssen, empfiehlt es sich, diese Indikatoren sowie den Schuldenstand auch im Verhältnis zur Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt) eines Landes zu betrachten. Zins-Steuer-Quoten sind ohnehin nur beschränkt aussagefähig, weil Zinsen in einem begrenzten Maß auch durch permanente Defizite finanziert werden können, ohne dass die Schuldenstandsquote und damit auch die entsprechende Zinslastquote steigen muss. Nur der Teil der Zinslast, der über das Finanzierungsdefizit hinausgeht, muss über zusätzliche Steuern finanziert werden. Er wird als Primärüberschuss bezeichnet und signalisiert den Verlust an Haushaltsspielraum, der durch die Staatsverschuldung entsteht. Langfristig kann kein Land seine Verschuldung begrenzen, wenn es ständig versucht, seine Zinsausgaben durch Defizite abzudecken oder gar durch noch höhere Defizite (Primärdefizite) einen Haushaltsspielraum zu gewinnen. Sowohl theoretische Überlegungen als auch empirische Untersuchungen zeigen, dass die Zinsausgabenquote langfristig immer höher ist als die Defizitquote. Die Bildung ausreichend hoher Primärüberschüsse ist daher unvermeidlich, um die Schuldenquote und damit auch die entsprechende Zinsbelastung zu stabilisieren.

Die Indikatoren sollen dazu dienen, Verschuldungsgrenzen festzulegen. Diese sind als Schwellenwerte zu verstehen, die anzeigen, dass die Haushaltspolitik eine Gefahrenzone erreicht hat, die das betreffende Land zum stabilisierenden Handeln verpflichtet. Sie sind nicht ohne weiteres für eine Ursachen- oder Verschuldungsanalyse geeignet. Die Frage, ob ein Land, das über einen bestimmten Zeitraum übermäßige Defizite gebildet und einen hohen Schuldenstand aufgebaut hat, eigenverantwortlich gehandelt hat, oder ob dafür äußere Umstände maßgeblich waren, kann ein Indikator nicht beantworten. Die Festlegung bestimmter Verschuldungsgrenzen mit Hilfe der genannten Indikatoren definiert daher nicht einfach eine Haushaltskrise oder -notlage, sondern kann nur Auslöser für eine umfassendere Analyse der jeweiligen Haushaltssituation und der Verfahren zu ihrer Stabilisierung sein.

Ein Diagnoseverfahren als Frühwarnsystem

Mit Hilfe mehrerer Indikatoren schlägt der Beirat Verschuldungsgrenzen für die Länder vor (in der Regel das Eineinhalb- bis Zweieinhalbfache des Länderdurchschnitts), deren Überschreiten ein erstes Diagnoseverfahren im Sinne eines Frühwarnsystems auslöst. Die Einleitung eines Diagnoseverfahrens verpflichtet das jeweils betroffene Land zur Darlegung der vergangenen und zukünftigen Haushaltspolitik und zur Aufstellung eines Stabilitätsprogramms.

Es wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert, wenn die Länder endlich akzeptieren könnten, dass die im Finanzplanungsrat bereits vereinbarte Defizitgrenze von maximal 1,65 % des Bruttoinlandsprodukts für die Ländergesamtheit konkret auf die einzelnen Länder aufgeteilt wird, entweder im Verhältnis ihres Bruttoinlandsprodukts oder nach ihrer Einwohnerzahl. Die in dem Gutachten vorgeschlagenen relativen Verschuldungsgrenzen für einzelne Länder, die sich auf das Verschuldungsniveau

der Ländergesamtheit beziehen, sind ein unvollkommener Behelf, weil sie nicht ausschließen, dass die Ländergemeinschaft als Ganzes selbst hoch verschuldet ist. Daher sollten diese Grenzen auf jeden Fall in dem Maße reduziert werden, wie die Ländergesamtheit die Grenze von 1,65 % des Bruttoinlandsprodukts überschreitet.

Einführung eines Stabilitätsrates

Werden die Verschuldungsgrenzen erreicht oder überschritten und wird dadurch ein Diagnoseverfahren ausgelöst, ist ein Gremium erforderlich, das das Verfahren koordiniert. Diese Aufgabe könnte dem Finanzplanungsrat zukommen, der aber mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden müsste. In seiner derzeitigen Funktion ist der Finanzplanungsrat nicht in der Lage, ein Frühwarnsystem effizient zu handhaben. Ihm fehlen die notwendigen Informationen und Eingriffsmöglichkeiten. Daher wäre es wünschenswert, eine zentrale Institution zu schaffen, die mit glaubwürdigen Entscheidungs- und Durchsetzungsbefugnissen versehen wird, um die beschriebenen Überwachungsfunktionen effizient wahrzunehmen.

Der Beirat schlägt vor, dass ein „Stabilitätsrat“ geschaffen wird, der sich aus Finanzministern der Länder sowie aus dem Bundesrechnungshof, der Bundesbank und unabhängigen Sachverständigen unter der Federführung des Bundesfinanzministers zusammensetzt und dem auf gesetzlichem Wege die entsprechenden Befugnisse zur Überwachung der Haushaltsdisziplin eingeräumt werden. Dem „Stabilitätsrat“ sollte auch die Koordinierung und Durchführung eines Haushaltsnotlagenverfahrens übertragen werden.

Haushaltsnotlagenverfahren

Bei einer stärkeren Überschreitung der Verschuldungsgrenzen (in der Regel das Zwei- bis Dreifache des Länderdurchschnitts) sollte der „Stabili-

tätsrat“ oder der Bundesfinanzminister ein Verfahren zur Feststellung einer Haushaltsnotlage eröffnen.

Angesichts der Bedeutung des Verfahrens sollte eine Arbeitsgruppe des „Stabilitätsrates“ Informationen für die Feststellung einer Haushaltsnotlage zusammenstellen. Eine unabhängige Expertenkommission sollte damit beauftragt werden, das Haushaltsgebaren, die Haushaltslage sowie die Ursachen für die Haushaltsnotlage des betreffenden Landes eingehend zu analysieren und darzulegen, ob, auf welchem Wege und innerhalb welcher Fristen die Haushaltskrise überwunden werden kann. Die Expertenkommission sollte bei ihrer Analyse auch auf die im Maßstäbengesetz (§ 12 Abs. 4 MaßStG) bereits kodifizierten Grundsätze für die Gewährung von Sanierungshilfen eingehen.

Stellt die Expertenkommission nach eingehender Überprüfung eine extreme Haushaltsnotlage des betroffenen Landes fest, die ohne zusätzliche Hilfestellungen durch die bundesstaatliche Gemeinschaft nicht zu bewältigen ist, sollte sie alternative Vorschläge für Sanierungsprogramme erarbeiten, die Angaben über geeignete Sanierungsinstrumente, eventuelle finanzielle Sanierungsvolumina und mögliche Zeithorizonte für das Erreichen der Sanierungsziele enthält. Auf der Basis der Vorschläge der Expertenkommission und einer Stellungnahme der betroffenen Landesregierung sollte der „Stabilitätsrat“ ein Sanierungsprogramm empfehlen und ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren in Gang bringen.

Maßstäbe für die Sanierung

Die Sanierung einer Haushaltsnotlage erfordert gezieltere Maßnahmen, als sie bisher angewandt wurden. Vor allem die für das Notlagenland vorgegebenen Ausgabenlinien sollten deutlich restriktiver sein als für die Ländergesamtheit. Die Vergabe frei verfügbarer Sanierungs-Bundesergänzungszuweisungen sollte eingeschränkt

werden. Die Fortsetzung von Sanierungshilfen sollte versagt und bereits geleistete Sanierungshilfen sollten zurückgefordert werden, wenn das Notlagenland die vereinbarten Sanierungsmaßnahmen nicht einhält. Nicht nur die quantitative Konsolidierung, sondern auch die qualitative Verbesserung der Haushaltsstruktur sollte angestrebt werden. Um eine sorgfältige Abwägung zwischen Schuldentilgung und Förderung wirtschaftskraftstärkender Maßnahmen zu erreichen, sollte sich der Bund mit gezielten Maßnahmen im Rahmen der Finanzhilfen nach Art. 104a Abs. 4 GG beteiligen. Da Streitigkeiten über die Verteilung potenzieller Sanierungslasten die Entscheidungen über sinnvolle Sanierungsmaßnahmen stark behindern können, sollte die Lastenverteilung, z. B. im Verhältnis der Ausgaben von Bund und Ländern, für den Fall extremer Haushaltsnotlagen von vornherein festgelegt werden.



4 Weitergehende Vorschläge

Der Beirat ist darüber hinaus der Auffassung, dass eine Weiterentwicklung regelgebundener Maßnahmen zur Durchsetzung der Haushaltsdisziplin notwendig ist. Hilfen sollten grundsätzlich nur gewährt werden, wenn ein Land nachweisen kann, dass es alle Möglichkeiten zur Vermeidung oder Behebung einer Haushaltskrise bereits ausgeschöpft hat. Dazu gehört eine über einen mittelfristigen Zeitraum deutlich unter dem Länderdurchschnitt liegende Ausgabenlinie sowie die Ausschöpfung der eigenen Finanzierungsmöglichkeiten durch Zuschläge

zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und zur Grundsteuer. Letzteres erfordert selbstverständlich eine vom Beirat schon mehrfach geforderte Erweiterung der Steuerautonomie der Länder.

Der Beirat hält es auch für geboten, ein Verfahren für Insolvenzen von Gebietskörperschaften zu entwickeln, in dem die Gläubiger des Landes an den Kosten der Haushaltskrise beteiligt werden. Ein solches Verfahren würde zwar Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft

nicht ausschließen, aber die Solidarhaftung in transparenter und gezielter Weise von vornherein begrenzen. Dadurch würde die Kapitalmarktdisziplinierung durch Risikozuschläge für hoch verschuldete Gebietskörperschaften wesentlich gestärkt. Bei der Einführung eines solchen Verfahrens könnte man auf die Erfahrungen mit dem Insolvenzrecht für öffentliche Schuldner in den USA sowie auf Verfahrensvorschläge für den Umgang mit Schuldenkrisen auf internationaler Ebene zurückgreifen.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 80

1	Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	80
2	Gewährleistungen	81
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	81
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	82
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	84
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	88
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	90
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	92
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	93
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	94
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	95
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	96
13	Steuerquoten im internationalen Vergleich	97
14	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	98
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	99

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 100

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	100
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2005	100
3	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2005	101
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2005	102

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 104

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	104
2	Preisentwicklung	104
3	Außenwirtschaft	105
4	Einkommensverteilung	105
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	106
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	107
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	108
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	109
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	110
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	111
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	112
12	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	115

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen

I. Schuldenart

	Stand: 30. April 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Mai 2005 ¹ Mio. €
Anleihen	509 853	8 000	10 226	507 627
Bundesschatzbriefe	11 066	98	46	11 117
Bundesschatzanweisungen	112 000	0	0	112 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 840	5 936	5 939	35 837
Finanzierungsschätze	1 127	58	65	1 120
Schuldscheindarlehen	33 647	250	968	32 929
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
Gesamte umlaufende Schuld	875 824			871 921

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. April 2005 Mio. €	Stand: 31. Mai 2005 ¹ Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	178 993	162 150
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	274 685	274 507
langfristig (mehr als 4 Jahre)	422 146	435 265
Gesamte umlaufende Schuld	875 824	871 921

¹ Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005		Ausnutzung	
	in Mrd. €		am 31. März 2005 in Mrd. €	am 31. März 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0		104,0	104,6
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6		40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0		29,4	29,7
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0		60,4	64,9

3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
	Mrd. €					
1. Ausgaben	244,4	243,2	249,3	256,7	251,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
2. Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
3. Finanzierungsdefizit	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	149,7	130,0	175,3	192,3	199,6	217,3
5. Tilgungen (+)	125,9	107,2	143,4	153,7	160,0	195,3
6. Nettokreditaufnahme	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,7	- 39,5	- 22,0
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
8. Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 517	26 807	26 986	27 235	26 758	26 865
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 194
Laufender Sachaufwand	20 822	18 503	17 058	17 192	16 878	17 354
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	7 754
Zinsausgaben	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	38 830
an Ausland	3	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	126 846	132 359	143 514	149 304	148 950	150 225
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	238	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	215 296	224 622	230 606	228 860	233 318
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 732	6 905	6 746	6 696	6 891	6 734
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	917
Grunderwerb	373	473	427	504	503	445
Vermögensübertragungen	19 506	17 085	14 550	16 197	12 912	12 940
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	69
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	173
Ausland	284	227	196	198	202	222

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 835	3 859	3 369	3 203	2 932	3 466
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	46
Länder	195	166	154	106	68	46
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	2 860
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	559
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	31 072	27 850	24 664	26 097	22 734	23 140
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 745
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 2 158
Ausgaben zusammen	244 405	243 145	249 286	256 703	251 594	254 300

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 932	43 739	24 292	13 555	–	5 892
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 714	8 357	450	615	–	7 292
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 816	5 293	433	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	128 064	127 159	198	347	–	126 615
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 551	29 420	43	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
3 Gesundheit und Sport	923	693	230	259	–	205
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	930	2	3	–	925
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 091	597	27	151	–	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 089	1 519	1 585	4 193	–	4 149
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	–	251
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	–	3 023
03 Verteidigung	281	106	–	386	–	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	–	292
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	–	17
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	–	221
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	107	3 251	–	3 357	–	3 356
13 Hochschulen	1	925	–	926	–	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	–	59
16 Wissenschaft, Forschung, Entwick- lung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	–	1 522
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	–	849
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	892	1	905	–	555
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	–	3
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	–	8
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	–	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	–	536
3 Gesundheit und Sport	152	78	–	229	–	229
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	–	29
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	–	29
32 Sport	–	29	–	29	–	29
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	–	48
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	–	123
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	816	48	864	–	864
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	–	343
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	–	5
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	–	516
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	486	2	495	–	495
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	–	446
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	–	49

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 199	2 959	47	383	–	2 529
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	–	227	–	157
621 Kernenergie	157	157	–	–	–	157
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	–	227	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	–	5	–	1 905
64 Handel	102	102	–	63	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	–	3	–	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	–	224
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	3 471	1 065	1 757	–	649
72 Straßen	6 933	917	–	801	–	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	–	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	–	351
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 487	5 719	–	19	–	5 700
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	–	19	–	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	–	4	–	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	–	15	–	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	–	–	–	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	–	–	–	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	39 694	554	264	38 875	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38.914	38 914	–	39	38 875	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 1 378	780	554	226	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	254 300	233 318	26 865	17 354	38 875	150 225

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	739	1 500	2 240	–	2 240
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	–	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	–	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	–	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	–	694
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	–	1 501
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 303	1 747	1	7 051	–	7 051
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	–	6 016
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	–	617
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	–	333
75 Luftfahrt	0	–	0	0	–	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	–	85
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	64	3 374	330	3 768	–	3 768
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	–	3 761
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	–	3 648
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	–	114
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	–	6
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	–	6
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	– 2 158	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	–	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	– 2 158	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 734	12 940	3 466	23 140	– 2 158	22 745

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 3	- 3 ½
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 ½	20

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	232,9	225,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	192,8	193,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 40,1	- 32,5
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	27,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	26,0	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	31,2	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	173,1	169,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Ist-Ergebnisse							
									Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
Einnahmen	Mrd.€	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	0,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	15,6
Zinsausgaben	Mrd.€	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	38,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	7,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	57,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	33,4
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	75,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	82,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	42,3
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 22,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	96,7
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	40,7
nachrichtlich: Schuldenstand⁵									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 446
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801½	862

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998	23,1	42,4	22,1	40,2
1999	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,7	41,1	21,0	38,4
2003 ³	22,6	41,2	20,7	38,3
2004 ⁴	22	40	20½	37½
2005 ⁴	22	39½	20	37
2006 ⁴	22	39½	20½	37
2007 ⁴	22	39½	20½	37
2008 ⁴	22	39	20½	36½

¹ Ab 1991 Deutschland insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2004.

⁴ Schätzung; Stand: Stabilitätsprogramm November 2004.
Stand: Stabilitätsprogramm November 2004.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004 ⁴	2005 ^{4,5}
	in Mrd. €¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 466
darunter:					
Bund	697,3	719,4	760,5	801½	862
Länder	357,7	384,8	415,0	441	468½
Gemeinden ³	82,7	82,7	84,1	86½	89½
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	58	19
	in % der Gesamtschulden				
Bund	57,9	57,4	57,4	57½	59½
Länder	29,7	30,7	31,3	31½	32½
Gemeinden ³	6,9	6,6	6,3	6	6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4	1½
	in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	58,0	59,5	62,3	64	64½
darunter:					
Bund	33,6	34,1	35,7	36½	38½
Länder	17,2	18,3	19,5	20	21
Gemeinden ³	4,0	3,9	4,0	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,8	2½	1
nachrichtlich	in % des BIP				
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,9	64,2	65,5	66	66

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

⁵ Ab 2005 werden die Schulden des Fonds Deutsche Einheit beim Bund gebucht.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	445,0	211,9	233,0	47,6	52,4
2006 ²	456,6	219,9	236,6	48,2	51,8
2007 ²	471,1	231,2	240,4	49,0	51,0
2008 ²	487,8	244,2	243,6	50,1	49,9
2009 ²	501,1	254,2	246,9	50,7	49,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005.
Stand: Mai 2005.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Deutschland ²	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8	- 3,7	- 3,3	- 2,8	
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,4	0,2	0,4	0,1	0,4	0,1	- 0,2	- 0,6	
Dänemark	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	3,0	1,7	1,2	2,8	2,1	2,2	
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 5,2	- 6,1	- 4,5	- 4,4	
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,5	- 0,3	0,3	- 0,3	0,0	0,1	
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 3,0	- 3,4	
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	0,9	- 0,6	0,2	1,3	- 0,6	- 0,6	
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 1,8	- 3,0	- 2,6	- 2,9	- 3,0	- 3,6	- 4,6	
Luxemburg	-	-	4,8	2,5	6,2	6,2	2,3	0,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	- 0,1	- 1,9	- 3,2	- 2,5	- 2,0	- 1,6	
Österreich	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,7	
Portugal	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,9	- 2,9	- 4,9	- 4,7	
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,1	2,3	1,7	1,6	
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	2,5	- 0,3	0,2	1,4	0,8	0,8	
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	0,7	- 1,7	- 3,4	- 3,2	- 3,0	- 2,7	
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,7	- 2,4	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 2,7	
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,1	- 2,2	- 2,8	- 2,6	- 2,5	- 2,5	
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	0,3	1,4	3,1	1,8	0,9	0,5	
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 0,8	- 1,6	- 1,5	
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 2,4	- 1,9	
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 6,4	- 5,9	-10,5	- 5,2	- 3,9	- 2,8	
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,9	- 3,6	- 4,5	- 4,8	- 4,4	- 3,8	
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,7	- 3,3	- 3,8	- 4,0	
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	- 2,2	- 2,1	
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 5,9	- 6,8	-11,7	- 3,0	- 4,5	- 4,0	
Ungarn	-	-	-	-	- 2,4	- 3,7	- 8,5	- 6,2	- 4,5	- 3,9	- 4,1	
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,3	- 4,5	- 6,3	- 4,2	- 2,9	- 1,9	
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,2	- 2,3	- 2,9	- 2,6	- 2,6	- 2,5	
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,6	- 6,1	
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 0,4	- 3,8	- 4,6	- 4,4	- 3,9	- 3,8	

- = keine Angaben

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Abweichend Statistisches Bundesamt, April 2005, für 2002: - 3,6% und für 2004: - 3,6%.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: April 2005.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,9	64,2	66,0	68,0	68,9
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,0	105,4	100,0	95,6	94,9	91,7
Dänemark	39,8	76,4	63,1	73,2	52,3	47,8	47,2	44,7	42,7	40,5	38,2
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	114,8	112,2	109,3	110,5	110,5	108,9
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,1	57,8	55,0	51,4	48,9	46,5	44,2
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	56,8	57,0	59,0	63,9	65,6	66,2	67,1
Irland	69,8	101,7	94,2	82,0	38,3	35,8	32,6	32,0	29,9	29,8	29,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,7	108,0	106,3	105,8	105,6	106,3
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	7,2	7,5	7,1	7,5	7,8	7,9
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,3	55,7	57,6	57,9
Österreich	36,2	49,2	56,1	68,8	66,7	67,1	66,7	65,4	65,2	64,4	64,1
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,9	58,5	60,1	61,9	66,2	68,5
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,8	42,5	45,3	45,1	44,3	43,7
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,3	52,4	52,0	51,2	50,3	49,2
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,0	38,8	38,3	39,7	41,6	41,9	42,5
Euro-Zone	34,0	51,6	57,7	73,6	70,4	69,6	69,5	70,8	71,3	71,7	71,9
EU-15	38,1	52,3	53,8	70,8	64,1	63,3	62,7	64,3	64,7	65,0	65,1
Estland	–	–	–	–	4,7	4,4	5,3	5,3	4,9	4,3	4,0
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,9	14,1	14,4	14,4	14,0	14,3
Litauen	–	–	–	–	23,8	22,9	22,4	21,4	19,7	21,2	20,9
Malta	–	–	–	–	57,0	62,4	62,7	71,8	75,0	76,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	36,7	41,2	45,4	43,6	46,8	47,6
Slowakei	–	–	–	–	49,9	48,7	43,3	42,6	43,6	44,2	44,9
Slowenien	–	–	–	–	27,4	28,1	29,5	29,4	29,4	30,2	30,4
Tschechien	–	–	–	–	18,2	27,2	30,7	38,3	37,4	36,4	37,0
Ungarn	–	–	–	–	55,4	52,2	55,5	56,9	57,6	57,8	57,9
Zypern	–	–	–	–	59,9	61,9	65,2	69,8	71,9	69,1	66,6
EU-25	–	–	–	–	62,9	62,2	61,7	63,3	63,8	64,1	64,2
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,1	142,3	149,5	157,5	163,2	169,5	173,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	58,3	60,5	62,9	63,8	64,7	66,7

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Für das Jahr 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Stand: April 2005.

13 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	22,5	24,6	22,3	23,3	23,0	22,2	21,5	21,5
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,6	31,5	31,7	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,8	47,3	47,7	47,2	47,3
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	33,7	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	25,3	29,0	28,7	27,7	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,9	24,1	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	25,8	24,1	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,7	30,1	30,5
Japan	15,2	18,0	21,4	17,7	17,2	17,1	15,9	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	29,9	28,7	28,7
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,1	30,3	29,8	30,6	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,5	25,3	24,7
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,3	34,2	33,6	34,0
Österreich	25,8	27,5	27,2	26,5	28,6	30,4	29,4	28,4
Polen	–	–	–	25,8	23,0	22,3	23,1	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	24,6	24,7	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,0	36,6	35,1	36,1
Schweiz	16,7	19,5	19,9	20,3	23,1	22,3	22,5	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,0	17,5	18,8	–
Spanien	10,2	11,9	21,4	21,0	22,9	22,5	23,0	23,2
Tschechien	–	–	–	23,4	21,8	21,6	22,0	22,6
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,7	–
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	22,0	19,6	18,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	31,1	30,9	29,7	28,9

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik.
(vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106)

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	32,3	37,5	35,7	38,2	37,8	36,8	36,0	36,2
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,4	49,6	49,9	48,9	49,0
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	43,9	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	36,6	35,9	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	30,1	28,4	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	19,6	25,3	30,2	27,8	27,1	27,4	25,8	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	35,0	33,9	33,9
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,2	40,7	41,8	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	42,4	43,5	43,9
Österreich	34,6	39,8	40,4	41,6	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	–	–	–	37,0	32,5	31,9	32,6	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	35,6	33,9	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz	21,8	28,0	26,0	27,8	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei	–	–	–	–	34,0	31,6	33,1	–
Spanien	16,3	23,1	33,2	32,8	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechien	–	–	–	39,8	39,0	38,5	39,3	39,9
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	39,0	38,3	–
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,9	26,4	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,4	37,2	35,8	35,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	101,81	106,30
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	43,99	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	34,52	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,92
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	5,48
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,35
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	3,29
Ausgleichszahlungen					1,41	1,30
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	12,4	4,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	- 0,9	11,6
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	21,0	- 6,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	5,5
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	10,7
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,8
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	15,0
Ausgleichszahlungen						- 7,8
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	43,2	46,2
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	33,9	30,5
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,4	7,5
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	4,9	5,2
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,8	3,1
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	101,81	106,30
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,66	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,74	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	13,58	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	69,01	77,58
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	4,1	4,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	10,7	0,8
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	21,7	- 7,5
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 37,5	12,7
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	24,7	12,4
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,5	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	13,3	14,4
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	67,8	73,0

Bemerkungen:

1996 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-10.

2005: Endgültige Feststellung vom Dezember 2004.

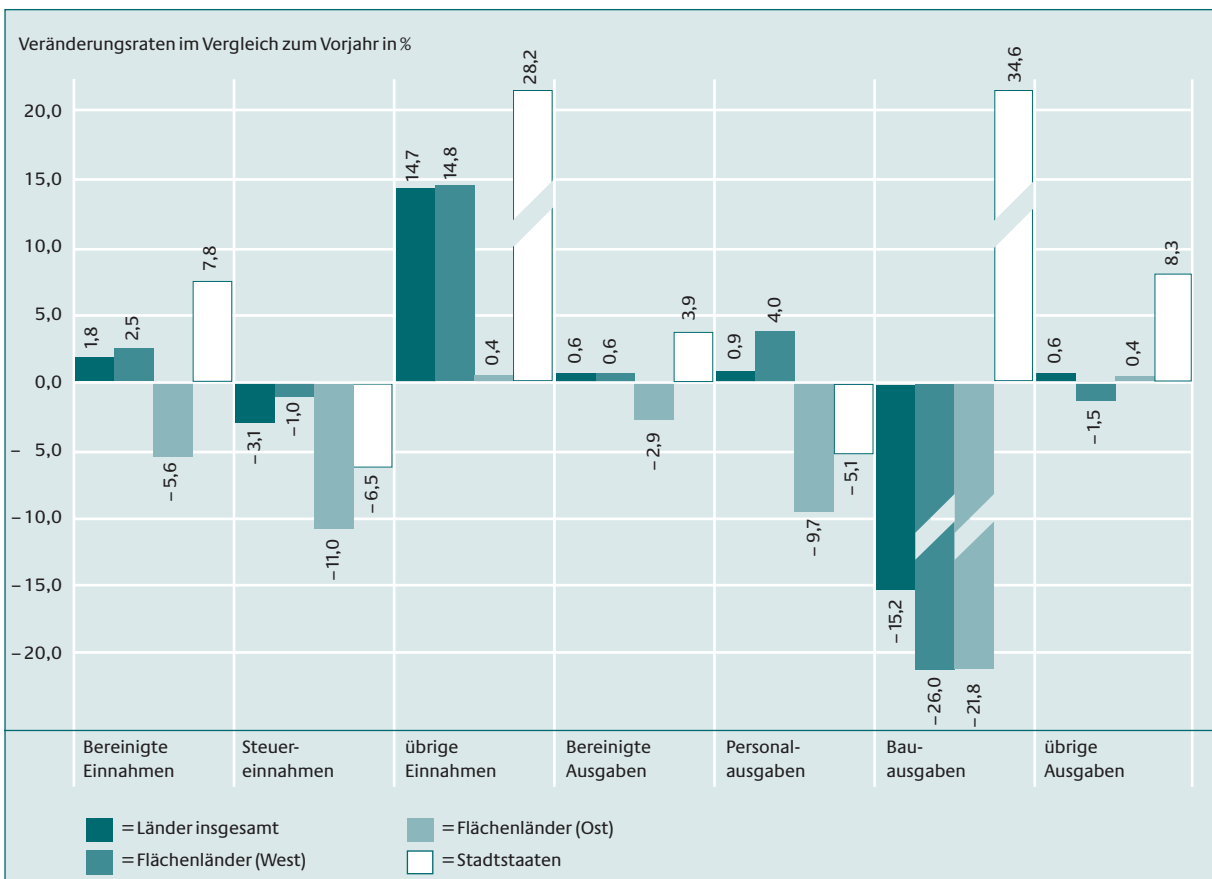
Stand: März 2005.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	161 391	48 608	49 372	13 281	28 767	9 954	234 149	70 036
darunter:								
Steuereinnahmen	123 946	36 644	22 927	6 554	17 385	5 077	164 257	48 275
übrige Einnahmen	37 445	11 965	26 445	6 727	11 383	4 876	69 892	21 761
Bereinigte Ausgaben	175 673	58 959	53 027	16 366	34 409	12 480	257 728	85 997
darunter:								
Personalausgaben	72 237	25 633	13 117	4 274	11 597	4 018	96 952	33 925
Bauausgaben	2 492	370	1 599	235	890	201	4 981	806
übrige Ausgaben	100 944	32 956	38 311	11 857	21 921	8 261	155 796	51 266
Finanzierungssaldo	- 14 277	- 10 350	- 3 655	- 3 085	- 5 641	- 2 526	- 23 573	- 15 962

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2005



3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	April 2004			März 2005			April 2005		
		Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	56 175	68 772	120 371	40 593	56 056	93 025	57 789	70 036	123 015
111	darunter: Steuereinnahmen	50 645	49 794	100 440	35 168	37 903	73 071	49 541	48 275	97 817
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	81 740 ⁴	32 501	114 241	58 810 ⁴	24 255	83 064	79 165 ⁴	31 337	110 502
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	91 420	85 519	172 363	75 422	67 460	139 259	94 398	85 997	175 586
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	8 916	33 616 ⁶	42 532 ⁶	6 943	26 223	33 167	8 983	33 925	42 908
122	Bausausgaben	1 033	950	1 983	509	530	1 039	755	806	1 561
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	- 410	- 410	-	- 192	- 192	-	- 273	- 273
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	56 292	20 184	76 475	47 002	16 296	63 298	55 861	22 587	78 448
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 35 245	- 16 747	- 51 992	- 34 829	- 11 404	- 46 234	- 36 609	- 15 962	- 52 571
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	513	513	-	338	338	-	93	93
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	89	89	-	41	41	-	14	14
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	425	425	-	296	296	-	79	79
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	25 482	10 939	36 421	11 878	7 838	19 716	23 458	9 225	32 683
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	- 3 784	- 3 784	-	- 1 866	- 1 866	-	- 1 547	- 1 547
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 1 455	- 1 455	-	- 1 173	- 1 173	-	- 1 134	- 1 134
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 523	5 249	8 772	5 847	5 871	11 718	5 220	6 187	11 407
32	Vorschüsse	-	9 918 ⁶	9 918 ⁶	-	9 038	9 038	-	8 001	8 001
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	5 302	5 302	-	3 658	3 658	-	3 579	3 579
34	Saldo (31-32+33)	3 523	633	4 156	5 847	491	6 337	5 220	1 764	6 984
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 6 240	- 9 989	- 16 230	- 17 105	- 5 819	- 22 923	- 7 931	- 7 575	- 15 506
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	6 241	9 045	15 285	17 105	3 518	20 623	7 931	5 092	13 023
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	5	5
56	Zusammen	6 241	9 045	15 285	17 105	3 518	20 623	7 931	5 097	13 028
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	- 944	- 944	0	- 2 301	- 2 300	0	- 2 478	- 2 478
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	-	1 205	1 205	-	614	614	-	608	608
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	692	692	-	947	947	-	879	879

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. ⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁵ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁶ Wegen technischer Probleme wurden in Baden-Württemberg im April 2004 Teile der Personalausgaben im Vorschussbuch gebucht (rd. 986,1 Mio. €).
Stand: Mai 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	8 404,9	10 195,2⁸	2 469,3	4 324,2	1 749,4	5 718,2	14 392,8	2 787,8	710,9
111	darunter: Steuereinnahmen	6 496,7	7 804,1	1 250,8	3 609,2	759,0	4 261,5	10 590,0 ⁹	1 902,7	538,6
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	112,8	0,0	131,0	-	-	71,6	21,1
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 339,0	2 031,1 ⁶	1 178,0	1 170,0	115,3	2 325,0	5 842,1	2 675,7	503,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	10 291,6	11 486,6⁸	2 961,6	5 830,9	2 138,5	6 995,2	16 592,0	4 158,8	1 083,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	4 979,6	5 583,8	712,0	2 224,2	571,2	2 764,2 ³	6 573,3 ³	1 810,2	488,2
122	Bausgaben	53,1	144,1	32,9	24,9	31,1	19,2	60,5	12,6	17,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	751,0	673,3	-	340,1	-	-	-12,9	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	809,0	714,9 ⁷	528,0	1 114,6	405,9	1 962,8	5 357,4	2 253,6	209,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 1 886,7	- 1 291,4⁸	- 492,3	- 1 506,8	- 389,1	- 1 277,0	- 2 199,2	- 1 371,0	- 373,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	2 539,8	1 468,9	145,9	44,3	-281,8	361,2	483,3	367,6	293,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	- 112,3	-	-	- 123,7	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	- 762,1	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 669,0	929,7	302,4	168,6	121,9	123,3	996,2	850,1	102,0
32	Vorschüsse	2 548,4	2 088,1	11,5	278,6	0,6	950,3	122,3	582,3	9,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	142,8	1 742,8	-	24,5	143,7	548,8	44,0	0,3	9,6
34	Saldo (31-32+33)	- 736,6	584,4	290,9	- 85,5	265,0	- 278,2	917,9	268,0	102,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 195,8	- 0,2	- 55,5	- 1 671,6	- 405,9	- 1 194,0	- 797,9	- 735,4	23,4
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	255,0	300,0	377,0	266,0	920,0	736,0	- 23,4
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	5,1	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	255,0	300,0	382,1	266,0	920,0	736,0	- 23,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	- 195,8	- 0,2	199,5	- 1 371,6	- 23,8	- 928,0	122,1	0,6	0,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ¹⁰	-	-	-	-	-	372,6	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	-	548,8	41,6	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. ³ Ohne Mai-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. ⁷ BY – Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. ⁸ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 10 179,3 Mio. €, die Ausgaben 11 435,2 Mio. € und der Finanzierungssaldo - 1255,9 Mio. €. ⁹ NW – Darin enthalten 175,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ¹⁰ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. Stand: Mai 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	4 332,9	2 389,1	2 291,8	2 340,2	6 402,7	919,6	2 692,9	70 035,7
111	darunter: Steuereinnahmen	2 116,1	1 222,7	1 440,8	1 205,6	2 484,6	499,5	2 093,3	48 275,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	290,0	179,5	-6,1	182,4	866,1	106,9	0,0	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	502,8	1 530,4	1 851,3	1 699,4	4 368,0	995,4	1 210,0	31 337,1
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	4 636,9	3 387,8	2 737,0	3 241,2	7 798,8	1 486,7	3 255,7	85 997,0
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 426,2	759,8	1 209,4	805,2	2 511,0	426,0	1 080,9	33 925,2
122	Bauausgaben	121,4	16,8	38,2	32,8	37,0	52,6	111,5	805,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	61,4	-273,3
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	312,8	1 353,5	2 253,6	771,3	2 794,1	479,7	1 266,8	22 587,0
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 304,0	- 998,7	- 445,2	- 901,0	- 1 396,1	- 567,1	- 562,8	- 15 961,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	93,3	-	93,3
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	14,4	-	14,4
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	79,0	-	79,0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	188,5	175,9	827,6	921,6	1 222,1	513,9	-47,9	9 224,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-153,5	-	-394,2	-763,7	-1 547,4
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-371,7	-	-	-	-1 133,8
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	421,4	102,6	0,0	-102,0	-19,1	180,3	340,2	6 186,6
32	Vorschüsse	683,6	-645,8	0,0	116,7	-	-33,5	1 288,9	8 001,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	292,3	45,4	0,0	3,1	211,4	134,3	235,5	3 578,5
34	Saldo (31-32+33)	30,1	793,8	0,0 ⁵	-215,6	192,3	348,1	-713,2	1 764,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-85,4	-29,0	382,4	-720,2	18,3	-20,3	-2 087,6	-7 574,7
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	0,0	750,0	-	32,1	1 479,0	5 091,7
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	5,1
56	Zusammen	-	-	0,0	750,0	-	32,1	1 479,0	5 096,8
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁵	-85,4	-29,0	382,4	29,8	18,3	11,8	-608,6	-2 477,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ¹⁰	-	-	-	-	-	-	235,5	608,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	0,7	211,4	-31,8	108,5	879,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokreditstillung. ³ Ohne Mai-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ BY – Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. ⁷ BY – Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. ⁸ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 10 179,3 Mio. €, die Ausgaben 11 435,2 Mio. € und der Finanzierungssaldo -1255,9 Mio. €. ⁹ NW – Darin enthalten 175,8 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ¹⁰ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. Stand: Mai 2005.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ² in %	Erwerbslose Mio.	Erwerbslosenquote ³ in %	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote ⁴ in %
	Mio.	Veränderung in % p. a.				gesamt	je Erwerbstätigen Veränderung in % p. a.	je Stunde	
1991	38,6	.	50,9	2,1	5,1	.	.	.	23,2
1992	38,1	- 1,5	50,2	2,4	6,0	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,8	2,9	7,2	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,9	3,1	7,7	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,7	3,0	7,4	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,7	3,2	8,0	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,3	3,4	8,3	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,2	2,9	6,9	1,2	0,8	1,7	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,2	0,7	1,6	18,3
2003	38,7	- 1,0	51,3	3,7	8,7	0,0	1,0	1,1	17,6
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,2	0,8	17,2
1999/1994	37,7	0,5	50,0	3,2	7,9	1,7	1,3	2,0	21,5
2004/1999	38,9	0,2	50,9	3,3	7,8	1,2	1,0	1,6	19,3

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator) Veränderung in % p. a.	Konsum der privaten Haushalte (Deflator)	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten ²
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,4	- 0,0
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,5	0,6
2001	2,5	1,3	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,7	1,5	2,0	0,9	1,2	1,4	0,7
2003	0,7	0,7	1,0	0,5	1,2	1,1	0,5
2004	2,0	0,4	- 0,1	0,4	1,5	1,6	- 1,0
1999/1994	2,5	0,7	0,1	0,7	0,9	1,3	0,3
2004/1999	1,9	0,6	- 0,4	0,8	1,3	1,5	0,3

¹ Vorjahrespreisbasis. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,8	1,8	42,17	- 3,40	34,8	32,8	2,0	- 0,2
2002	4,4	- 3,2	96,18	45,42	35,7	31,2	4,5	2,1
2003	0,2	1,6	86,64	46,28	35,5	31,5	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	108,87	72,48	38,0	33,1	4,9	3,3
1999/1994	7,5	7,0	16,1	- 18,4	26,2	25,4	0,8	- 1,0
2004/1999	7,2	4,9	59,8	18,4	34,5	31,7	2,8	0,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeiter- nehmer)	Reallöhne (je Arbeiter- nehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,2	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,4	1,2
2001	2,3	3,3	1,9	71,9	72,7	1,8	1,5
2002	1,4	3,1	0,8	71,4	72,3	1,4	- 0,2
2003	1,2	3,8	0,2	70,7	71,8	1,3	- 0,5
2004	2,2	7,0	0,2	69,3	70,7	0,4	0,5
1999/1994	2,1	2,4	2,0	71,0	71,8	1,4	- 0,5
2004/1999	1,9	3,2	1,4	71,1	72,1	1,3	0,5

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,1	- 0,1	1,6	0,8	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	0,7	0,9	1,3	2,7	2,2	2,3
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,4	2,0	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,3	3,8	4,7	4,2	2,9	3,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,4	2,8	2,2	2,5	2,7	2,7	2,7
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,5	2,0	2,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,4	4,9	5,1
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	1,2	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	1,5	2,5	2,9	4,2	3,8	4,0
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,4	0,6	- 0,9	1,3	1,0	2,0
Österreich	2,4	4,6	1,9	3,4	0,7	1,2	0,8	2,0	2,1	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,7	0,4	- 1,1	1,0	1,1	1,7
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,1	1,1	2,2	2,4	3,7	3,3	2,9
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	1,0	2,0	1,5	3,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,1	2,8	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,6	2,0	1,6	2,1
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	1,9	2,2
Estland	-	-	4,5	7,8	6,4	7,2	5,1	6,2	6,0	6,2
Lettland	-	-	-0,9	6,9	8,0	6,4	7,5	8,5	7,2	6,9
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,4	6,8	9,7	6,7	6,4	5,9
Malta	-	-	6,2	6,4	- 1,7	2,2	- 1,8	1,5	1,7	1,9
Polen	-	-	7,0	4,0	1,0	1,4	3,8	5,3	4,4	4,5
Slowakei	-	-	5,8	2,0	3,8	4,6	4,5	5,5	4,9	5,2
Slowenien	-	-	4,1	3,9	2,7	3,3	2,5	4,6	3,7	4,0
Tschechien	-	-	5,9	3,9	2,6	1,5	3,7	4,0	4,0	4,2
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,5	3,0	4,0	3,9	3,8
Zypern	-	-	9,9	5,0	4,1	2,1	2,0	3,7	3,9	4,2
EU-25	-	-	2,5	3,6	1,8	1,1	1,0	2,4	2,0	2,3
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	0,2	- 0,3	1,4	2,7	1,1	1,7
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,8	1,9	3,1	4,5	3,6	3,0

- = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	1,4	1,9	1,3	1,0	1,8	1,3	1,1
Belgien	2,7	2,4	1,6	1,5	1,9	2,0	1,8
Dänemark	2,7	2,3	2,4	2,0	0,9	1,4	1,7
Griechenland	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	3,2	3,2
Spanien	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,7
Frankreich	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,8
Irland	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,1	2,4
Italien	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	3,8	2,4	2,1	2,5	3,2	3,1	1,9
Niederlande	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	1,3	-3,0
Österreich	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,3	1,7
Portugal	2,8	4,4	3,7	3,3	2,5	2,3	2,1
Finnland	3,0	2,7	2,0	1,3	0,1	1,1	1,4
Schweden	1,3	2,7	2,0	2,3	1,0	0,4	1,4
Vereinigtes Königreich	0,8	1,2	1,3	1,4	1,3	1,7	2,0
Euro-Zone	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,5
EU-15	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,8	1,6
Estland	3,9	5,6	3,6	1,4	3,0	3,3	2,7
Lettland	2,6	2,5	2,0	2,9	6,2	5,0	3,6
Litauen	0,9	1,3	0,4	- 1,1	1,1	2,9	2,6
Malta	3,0	2,5	2,6	1,9	2,7	2,4	2,1
Polen	10,1	5,3	1,9	0,7	3,6	2,1	2,3
Slowakei	12,2	7,2	3,5	8,5	7,4	3,7	2,9
Slowenien	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,6
Tschechien	3,9	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,9	2,6
Ungarn	10,0	9,1	5,2	4,7	6,8	3,8	3,6
Zypern	4,9	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1
EU-25	2,4	2,5	2,1	1,9	2,1	1,9	1,7
Japan	-0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2
USA	3,4	2,8	1,6	2,3	2,7	2,6	2,3

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.
Stand: April 2005.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,7	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,0	7,8	7,7	7,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,4	4,9	4,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,8	10,3	9,7	10,3	10,5	10,3
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,8	10,4	10,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,4	8,9	9,5	9,6	9,4	9,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	4,5	4,6	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	9,1	8,6	8,4	8,0	7,9	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,2	4,6	4,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	4,7	5,2	5,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,5	4,1	3,9
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,0	5,0	6,3	6,7	7,0	7,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4	8,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,9	5,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,2	7,8	8,2	8,7	8,8	8,8	8,5
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,2	7,6	7,9	8,0	8,0	7,8
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	9,5	10,2	9,2	8,7	8,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,4	9,8	9,4	9,2
Litauen	–	–	12,7	16,4	16,4	13,5	12,7	10,8	10,2	9,7
Malta	–	4,9	5,0	6,8	7,7	7,7	8,0	7,3	7,1	7,0
Polen	–	–	13,2	16,4	18,5	19,8	19,2	18,8	18,3	17,6
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,5	18,0	17,6	16,8
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,0	5,9	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,3	8,2
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,9	6,3	6,2
Zypern	–	–	3,9	5,2	4,4	3,9	4,5	5,0	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,7	8,6	8,4	8,7	8,9	9,0	9,0	8,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,7	4,4	4,1
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,2	5,0

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Stand: April 2005.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	7,9	8,2	6,5	6,0	12,0	10,3	11,4	8,8	6,4	8,5	9,4	6,9
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,1	6,0	5,5	13,7	10,9	11,8	9,7	8,2	10,2	11,4	8,7
Ukraine	9,6	12,1	7,0	4,0	5,2	9,0	12,5	5,9	5,8	11,0	7,2	2,5
Asien	7,4	7,8	7,0	6,9	2,4	4,0	3,7	3,2	4,4	4,4	3,9	3,5
darunter												
China	9,3	9,5	8,5	8,0	1,2	3,9	3,0	2,5	3,2	4,2	4,2	4,0
Indien	7,5	7,3	6,7	6,4	3,8	3,8	4,0	3,6	1,2	0,3	-0,3	-0,3
Indonesien	4,9	5,1	5,5	6,0	6,8	6,1	7,0	6,5	3,0	2,8	2,2	0,9
Korea	3,1	4,6	4,0	5,2	3,5	3,6	2,9	3,0	2,0	3,9	3,6	2,9
Thailand	6,9	6,1	5,6	6,2	1,8	2,7	2,9	2,1	5,6	4,5	2,0	1,4
Türkei ²	5,9	8,0	5,0	5,0	25,3	10,6	9,0	6,1	-3,4	-5,2	-4,5	-3,7
Lateinamerika	2,1	5,7	4,1	3,7	10,6	6,5	6,1	5,2	0,4	0,8	0,2	-0,6
darunter												
Argentinien	8,8	8,8	6,0	3,6	13,4	4,4	7,4	6,4	5,8	2,0	-1,2	-2,9
Brasilien	0,5	5,2	3,7	3,5	14,8	6,6	6,5	4,6	0,8	1,9	1,1	0,4
Chile	3,3	6,0	6,1	5,4	2,8	1,1	2,5	3,1	-1,6	1,5	0,9	-1,3
Mexiko	1,3	4,7	3,7	3,3	4,5	4,7	4,8	3,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,7
Venezuela	-7,7	17,3	4,6	3,8	31,1	21,7	18,2	25,0	13,6	13,5	12,0	8,4

¹ Prognosen des IWF.

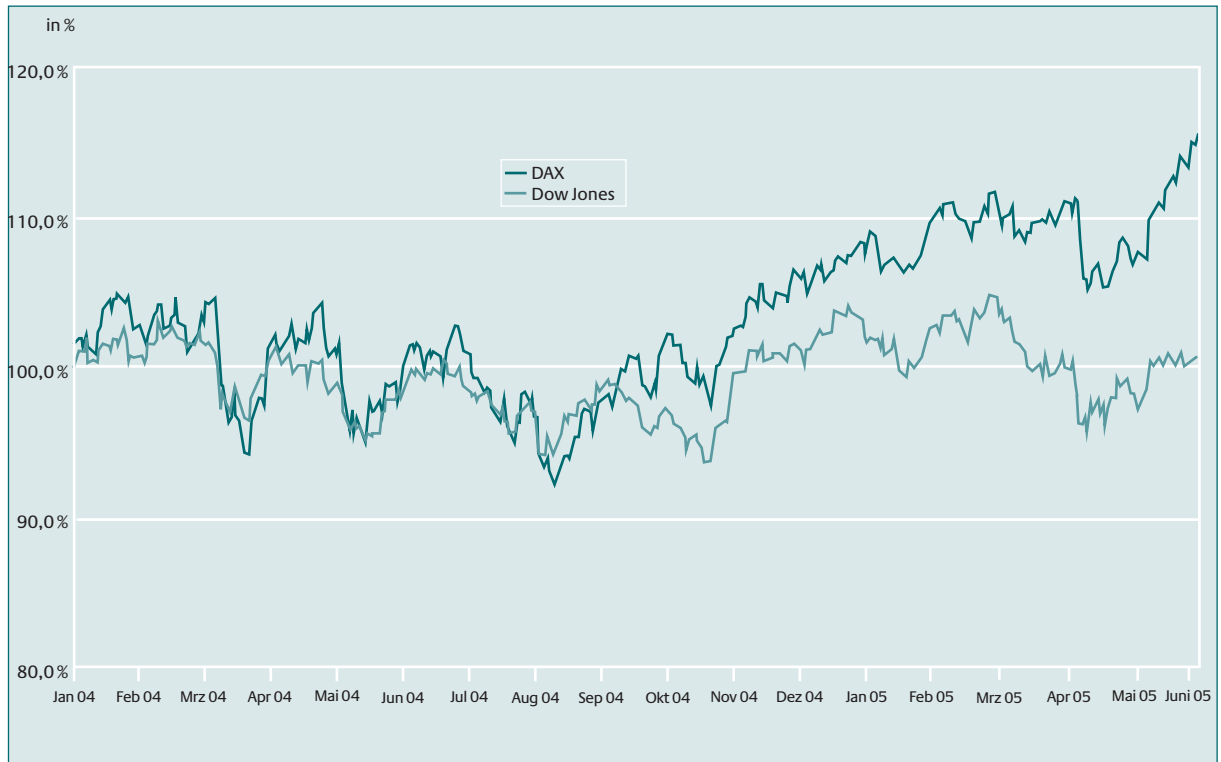
² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook revised projections, März 2005.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2004 = 100%

(2. Januar 2004 bis 10. Juni 2005)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Stand 9.6.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2004	Hoch 2004
Dow Jones	10 503,02	10 783	- 2,60	9 990	10 855
Eurostoxx 50	2 991,10	2 775	7,80	2 608	2 805
Dax	4 562,75	4 256	7,21	3 726	4 256
CAC 40	4 153,71	3 821	8,70	3 518	3 844
Nikkei	11 160,88	11 489	- 2,85	10 365	12 164

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 10.6.2005	Anfang 2005	Spread zu US-Bond in %	Tief 2004	Hoch 2004
USA	3,98	4,22	-	3,69	4,88
Bund	3,14	3,69	- 0,85	3,60	4,43
Japan	1,23	1,43	- 2,76	1,19	1,85
Brasilien	8,06	7,70	4,08	7,52	12,82

Währungen

	Aktuell 10.6.2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2004	Hoch 2004
Dollar/Euro	1,22	1,36	- 10,05	1,18	1,36
Yen/Dollar	107,74	102,45	5,16	102,06	114,65
Yen/Euro	131,33	138,82	- 5,40	126,03	141,16
Pfund/Euro	0,67	0,71	- 5,35	0,66	0,71

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Eurozone/EU-15/EU-25

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Deutschland												
EU-KOM	-0,1	1,6	0,8	1,6	1,0	1,8	1,3	1,1	9,0	9,5	9,7	9,3
OECD	-0,1	1,0	1,2	1,8	1,1	1,6	1,4	0,8	9,1	9,3	9,6	9,1
IWF	-0,1	1,7	0,8	1,9	1,0	1,8	1,5	1,2	9,6	9,2	9,4	9,2
USA												
EU-KOM	3,1	4,4	3,6	3,0	1,9	2,2	2,4	2,3	6,0	5,5	5,2	5,0
OECD	3,0	4,4	3,6	3,3	1,9	2,2	2,2	2,1	6,0	5,5	5,1	4,8
IWF	3,0	4,4	3,6	3,6	2,3	2,7	2,7	2,4	6,0	5,5	5,3	5,2
Japan												
EU-KOM	1,4	2,7	1,1	1,7	-0,7	-0,5	-0,4	-0,1	5,3	4,8	4,4	4,1
OECD	1,5	2,6	1,5	1,7	-0,9	-0,5	-0,5	0,1	5,3	4,7	4,4	4,1
IWF	1,4	2,6	0,8	1,9	-0,2	-	-0,2	-	5,3	4,7	4,5	4,4
Frankreich												
EU-KOM	0,5	2,5	2,0	2,2	2,2	2,3	1,9	1,8	9,5	9,6	9,4	9,1
OECD	0,5	2,3	1,4	2,0	1,8	1,4	1,6	1,7	9,8	10,0	10,0	9,6
IWF	0,5	2,3	2,0	2,2	2,2	2,3	2,0	1,9	9,5	9,7	9,5	8,9
Italien												
EU-KOM	0,3	1,2	1,2	1,7	2,8	2,3	2,0	1,9	8,4	8,0	7,9	7,7
OECD	0,4	1,0	-0,6	1,1	2,5	2,2	1,8	1,8	8,8	8,1	8,4	8,4
IWF	0,3	1,2	1,2	2,0	2,8	2,3	1,8	1,8	8,7	8,3	8,0	7,6
Großbritannien												
EU-KOM	2,2	3,1	2,8	2,8	1,4	1,3	1,7	2,0	4,9	4,7	4,7	4,7
OECD	2,2	3,1	2,4	2,4	1,9	1,3	1,7	2,1	5,0	4,7	4,9	5,2
IWF	2,2	3,1	2,6	2,6	1,4	1,3	1,7	2,0	5,0	4,8	4,7	4,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,0	2,8	2,8	3,1	1,6	1,4	1,7	1,5	7,6	7,2	6,9	6,8
IWF	2,0	2,8	2,8	3,0	2,7	1,8	2,1	1,9	7,6	7,2	7,2	7,1
Eurozone												
EU-KOM	0,6	2,0	1,6	2,1	2,1	2,1	1,9	1,5	8,7	8,8	8,8	8,5
OECD	0,6	1,8	1,2	2,0	1,9	1,9	1,8	1,6	8,9	8,9	9,0	8,7
IWF	0,5	2,0	1,6	2,3	2,1	2,2	1,9	1,7	8,7	8,8	8,7	8,4
EU-15												
EU-KOM	0,9	2,3	1,9	2,2	2,0	2,0	1,8	1,6	7,9	8,0	8,0	7,8
EU-25												
EU-KOM	1,0	2,4	2,0	2,3	1,9	2,1	1,9	1,7	8,9	9,0	9,0	8,7

- = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2005.

IWF: World Economic Outlook, April 2005.

Stand: 24. Mai 2005.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder der Eurozone

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Belgien												
EU-KOM	1,3	2,7	2,2	2,3	1,5	1,9	2,0	1,8	8,0	7,8	7,7	7,5
OECD	1,3	2,7	1,3	2,4	1,8	2,1	2,2	1,6	7,9	7,8	8,2	8,0
IWF	1,3	2,7	2,1	2,3	1,5	1,9	2,2	2,0	7,9	7,8	7,8	7,7
Finnland												
EU-KOM	2,4	3,7	3,3	2,9	1,3	0,1	1,1	1,4	9,0	8,8	8,4	8,0
OECD	2,5	3,4	2,2	2,9	0,4	0,8	1,5	1,9	9,0	8,9	8,5	8,3
IWF	2,4	3,7	3,1	3,0	1,3	0,1	1,3	1,6	9,0	8,8	8,4	8,1
Griechenland												
EU-KOM	4,7	4,2	2,9	3,1	3,4	3,0	3,2	3,2	9,7	10,3	10,5	10,3
OECD	4,7	4,2	2,8	3,2	3,4	2,9	3,6	3,3	10,4	11,0	10,8	10,5
IWF	4,7	4,2	3,0	3,0	3,4	3,1	3,1	3,1	9,7	8,9	8,8	8,8
Irland												
EU-KOM	3,7	5,4	4,9	5,1	4,0	2,3	2,1	2,4	4,6	4,5	4,6	4,6
OECD	3,6	4,9	5,3	5,0	4,0	2,3	2,6	2,7	4,6	4,4	4,4	4,3
IWF	3,7	5,1	4,8	4,6	4,0	2,3	2,1	2,0	4,6	4,5	4,1	4,0
Luxemburg												
EU-KOM	2,9	4,2	3,8	4,0	2,5	3,2	3,1	1,9	3,7	4,2	4,6	4,3
OECD	2,9	4,5	3,3	3,9	1,9	2,1	2,1	1,9	3,8	4,3	4,4	4,3
IWF	2,4	4,4	3,5	3,4	2,0	2,2	2,3	2,4	3,8	4,4	4,8	5,2
Niederlande												
EU-KOM	-0,9	1,3	1,0	2,0	2,2	1,4	1,3	-	3,8	4,7	5,2	5,0
OECD	-0,9	1,4	0,5	1,7	2,3	1,2	0,9	0,5	4,1	5,0	6,3	6,1
IWF	-0,9	1,3	1,5	2,2	2,2	1,4	1,4	1,1	3,8	4,6	5,3	5,0
Österreich												
EU-KOM	0,8	2,0	2,1	2,1	1,3	2,0	2,3	1,7	4,3	4,5	4,1	3,9
OECD	0,8	2,0	1,9	2,3	1,1	1,8	2,3	1,7	5,5	5,6	5,6	5,5
IWF	0,8	2,0	2,1	2,3	1,3	2,0	2,0	1,8	4,4	4,5	4,5	4,2
Portugal												
EU-KOM	-1,1	1,0	1,1	1,7	3,3	2,5	2,3	2,1	6,3	6,7	7,0	7,0
OECD	-1,1	1,0	0,7	2,1	3,2	2,3	1,8	1,7	6,3	6,7	7,2	6,9
IWF	-1,2	1,0	1,8	2,3	3,3	2,5	2,2	2,2	6,4	6,8	6,8	6,8
Spanien												
EU-KOM	2,5	2,7	2,7	2,7	3,1	3,1	2,9	2,7	11,3	10,8	10,4	10,3
OECD	2,5	2,7	3,0	3,2	3,1	3,0	3,0	2,6	11,3	10,8	10,2	9,8
IWF	2,5	2,7	2,8	3,0	3,1	3,1	3,1	2,7	11,3	10,8	10,3	9,9

– = keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2005.

IWF: World Economic Outlook, April 2005.

Stand: 24. Mai 2005.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Dänemark												
EU-KOM	0,4	2,0	2,3	2,1	2,0	0,9	1,4	1,7	5,6	5,4	4,9	4,6
OECD	0,7	2,4	2,4	2,4	1,8	1,1	1,6	1,9	5,6	5,7	5,4	5,0
IWF	0,4	2,3	2,2	1,9	2,1	1,2	2,0	1,8	5,8	5,9	5,6	5,5
Estland												
EU-KOM	5,1	6,2	6,0	6,2	1,4	3,0	3,3	2,7	10,2	9,2	8,7	8,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	5,1	6,2	6,0	5,5	1,3	3,0	3,7	2,7	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	7,5	8,5	7,2	6,9	2,9	6,2	5,0	3,6	10,4	9,8	9,4	9,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,5	8,0	7,3	6,2	2,9	6,3	5,7	5,3	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	9,7	6,7	6,4	5,9	-1,1	1,1	2,9	2,6	12,7	10,8	10,2	9,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	9,7	6,6	7,0	6,8	-1,2	1,2	2,9	3,0	-	-	-	-
Malta												
EU-KOM	-1,8	1,5	1,7	1,9	1,9	2,7	2,4	2,1	8,0	7,3	7,1	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	1,5	1,5	1,8	1,9	2,7	2,4	1,9	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	3,8	5,3	4,4	4,5	0,7	3,6	2,1	2,3	19,2	18,8	18,3	17,6
OECD	3,8	5,3	4,2	4,5	0,7	3,3	2,6	2,5	19,6	19,0	18,2	17,3
IWF	3,8	5,3	3,5	3,7	0,8	3,5	3,1	2,5	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	1,5	3,5	3,0	2,8	2,3	1,0	0,4	1,4	5,6	6,3	5,9	5,3
OECD	1,6	3,0	2,8	3,3	2,3	1,2	1,7	1,9	4,9	5,5	5,0	4,7
IWF	1,5	3,5	3,0	2,5	2,3	1,1	1,6	2,4	4,9	5,5	5,1	4,4
Slowakei												
EU-KOM	4,5	5,5	4,9	5,2	8,5	7,4	3,7	2,9	17,5	18,0	17,6	16,8
OECD	4,5	5,5	4,8	5,7	7,7	6,9	2,7	2,8	17,5	18,1	17,9	17,5
IWF	4,5	5,5	4,8	4,9	8,5	7,5	3,6	2,8	-	-	-	-
Slowenien												
EU-KOM	2,5	4,6	3,7	4,0	5,7	3,6	2,6	2,6	6,5	6,0	5,9	5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,5	4,4	4,0	4,0	5,6	3,6	2,3	2,0	-	-	-	-
Tschechien												
EU-KOM	3,7	4,0	4,0	4,2	-0,1	2,6	1,9	2,6	7,8	8,3	8,3	8,2
OECD	3,7	4,0	4,1	4,3	0,2	2,7	2,0	2,5	7,8	8,3	8,3	8,2
IWF	3,7	4,0	4,0	3,9	0,1	2,8	2,5	2,7	-	-	-	-
Ungarn												
EU-KOM	3,0	4,0	3,9	3,8	4,7	6,8	3,8	3,6	5,8	5,9	6,3	6,2
OECD	3,0	4,0	3,6	3,9	4,6	7,6	3,8	3,8	5,9	6,2	6,3	6,0
IWF	3,0	4,0	3,7	3,8	4,7	6,8	4,0	3,8	-	-	-	-
Zypern												
EU-KOM	2,0	3,7	3,9	4,2	4,0	1,9	2,3	2,1	4,5	5,0	4,8	4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	1,9	3,7	3,8	4,0	4,1	2,3	2,5	2,5	3,5	3,4	3,2	3,0

-- keine Angaben

¹ EU und IWF: Verbraucherpreise (EU: harmonisierte); OECD: Deflator des privaten Verbrauchs.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2005.

IWF: World Economic Outlook, April 2005.

Stand: 24. Mai 2005.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder / Eurozone / EU-15 / EU-25

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote ¹				Leistungsbilanzsaldo			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Deutschland												
EU-KOM	-3,8	-3,7	-3,3	-2,8	64,2	66,0	68,0	68,9	2,4	3,8	4,1	4,4
OECD	-3,8	-3,6	-3,5	-3,2	-	-	-	-	2,1	3,9	4,2	4,9
IWF	-3,8	-3,7	-3,5	-3,4	63,8	66,1	68,6	69,8	2,2	3,6	3,8	3,4
USA												
EU-KOM	-4,6	-4,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-4,7	-5,4	-5,9	-5,8
OECD	-4,6	-4,3	-4,1	-3,9	-	-	-	-	-4,8	-5,7	-6,4	-6,7
IWF	-4,6	-4,3	-4,4	-4,2	60,5	61,0	61,9	62,7	-4,8	-5,7	-5,8	-5,7
Japan												
EU-KOM	-7,7	-7,0	-6,6	-6,1	-	-	-	-	3,2	3,7	3,8	4,2
OECD	-7,7	-6,1	-6,1	-5,3	-	-	-	-	3,1	3,6	3,6	4,1
IWF	-7,8	-7,1	-6,9	-6,5	164,7	169,4	176,0	180,0	3,2	3,7	3,3	3,5
Frankreich												
EU-KOM	-4,2	-3,7	-3,0	-3,4	63,9	65,6	66,2	67,1	0,4	-0,2	-0,5	-0,6
OECD	-4,1	-3,7	-3,0	-3,0	-	-	-	-	0,4	-0,3	-1,0	-0,6
IWF	-4,2	-3,7	-3,1	-3,1	63,6	65,0	65,7	66,2	0,3	-0,3	-0,4	-0,1
Italien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-3,6	-4,6	106,3	105,8	105,6	106,3	-0,8	-0,4	-0,5	-0,4
OECD	-3,0	-3,1	-4,4	-5,0	-	-	-	-	-1,3	-0,8	-2,2	-2,3
IWF	-2,9	-3,0	-3,5	-4,3	106,3	105,8	105,4	105,5	-1,5	-1,5	-1,3	-0,9
Großbritannien												
EU-KOM	-3,4	-3,2	-3,0	-2,7	39,7	41,6	41,9	42,5	-1,8	-1,9	-2,2	-2,2
OECD	-3,4	-3,4	-2,9	-3,0	-	-	-	-	-1,7	-2,2	-2,3	-2,4
IWF	-3,3	-3,0	-3,1	-2,9	39,5	40,4	42,0	43,1	-1,7	-2,2	-2,3	-2,4
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,6	1,3	1,2	0,8	-	-	-	-	2,0	2,6	1,7	2,5
IWF	0,6	1,4	1,3	1,2	90,9	84,3	78,7	73,8	2,0	2,6	2,6	2,5
Eurozone												
EU-KOM ¹	-2,8	-2,7	-2,6	-2,7	70,8	71,3	71,7	71,9	0,3	0,6	0,5	0,5
OECD	-2,8	-2,7	-2,8	-2,7	-	-	-	-	0,4	0,6	0,1	0,3
IWF	-2,8	-2,7	-2,6	-2,6	70,8	71,2	71,6	71,5	0,3	0,4	0,5	0,5
EU-15												
EU-KOM	-2,8	-2,6	-2,5	-2,5	64,3	64,7	65,0	65,1	0,5	0,4	0,2	0,3
EU-25												
EU-KOM ¹	-2,9	-2,6	-2,6	-2,5	63,3	63,8	64,1	63,3	0,0	-0,3	-0,4	-0,4

- = keine Angaben

¹ Leistungsbilanzsaldo: „adjusted“-Angaben.

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2005.

IWF: World Economic Outlook, April 2005.

Stand: 24. Mai 2005.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder der Eurozone

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Belgien												
EU-KOM	0,4	0,1	-0,2	-0,6	100,0	95,6	94,9	91,7	4,4	3,9	3,7	4,0
OECD	0,3	0,0	-0,5	-1,2	-	-	-	-	4,5	3,4	3,3	3,3
IWF	0,4	-	-0,4	-1,4	-	-	-	-	4,4	4,2	4,3	4,2
Finnland												
EU-KOM	2,5	2,1	1,7	1,6	45,3	45,1	44,3	43,7	4,3	4,2	4,0	4,1
OECD	2,3	1,9	1,3	1,1	-	-	-	-	3,8	4,3	3,3	3,5
IWF	2,3	1,9	1,7	1,9	-	-	-	-	4,2	4,5	4,7	5,0
Griechenland												
EU-KOM	-5,2	-6,1	-4,5	-4,4	109,3	110,5	110,5	108,9	-8,3	-6,9	-6,3	-5,6
OECD	-5,2	-6,0	-3,8	-3,5	-	-	-	-	-6,4	-5,3	-5,2	-4,9
IWF	-5,2	-6,1	-4,1	-4,1	-	-	-	-	-6,2	-4,1	-3,5	-3,2
Irland												
EU-KOM	0,2	1,3	-0,6	-0,6	32,0	29,9	29,8	29,6	-1,4	-1,3	-1,1	-1,4
OECD	0,2	1,3	-0,7	-0,7	-	-	-	-	-1,4	-0,4	0,6	1,5
IWF	0,2	1,3	-0,7	-0,6	-	-	-	-	-1,4	-1,5	-1,7	-1,4
Luxemburg												
EU-KOM	0,5	-1,1	-1,5	-1,9	7,1	7,5	7,8	7,9	8,2	6,3	7,0	7,3
OECD	0,5	-1,1	-1,5	-1,5	-	-	-	-	8,2	8,8	8,0	8,4
IWF	0,8	-1,4	-1,6	-1,8	-	-	-	-	9,4	7,1	9,2	10,1
Niederlande												
EU-KOM	-3,2	-2,5	-2,0	-1,6	54,3	55,7	57,6	57,9	2,7	3,2	3,3	3,9
OECD	-3,2	-2,3	-2,2	-1,7	-	-	-	-	2,9	4,1	4,4	4,6
IWF	-3,2	-2,5	-2,0	-1,7	-	-	-	-	2,9	3,4	4,2	4,5
Österreich												
EU-KOM	-1,1	-1,3	-2,0	-1,7	65,4	65,2	64,4	64,1	1,5	2,1	2,2	2,2
OECD	-1,3	-1,3	-2,0	-1,9	-	-	-	-	-0,5	0,3	0,2	0,3
IWF	-1,3	-1,4	-2,0	-1,8	-	-	-	-	-0,9	-0,7	-1,0	-1,1
Portugal												
EU-KOM	-2,9	-2,9	-4,9	-4,7	60,1	61,9	66,2	68,5	-6,0	-7,7	-7,7	-7,5
OECD	-3,0	-3,0	-5,3	-4,8	-	-	-	-	-5,4	-7,8	-8,9	-8,9
IWF	-2,8	-2,9	-2,8	-2,5	-	-	-	-	-5,5	-7,9	-7,1	-6,9
Spanien												
EU-KOM	0,3	-0,3	0,0	0,1	51,4	48,9	46,5	44,2	-3,3	-5,0	-5,7	-6,2
OECD	0,4	-0,3	0,5	0,6	-	-	-	-	-2,8	-4,9	-6,2	-6,7
IWF	0,3	-0,3	0,3	0,3	-	-	-	-	-2,8	-5,0	-4,8	-5,4

-- keine Angaben

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2005.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2005.

IWF: World Economic Outlook, April 2005.

Stand: 24. Mai 2005.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006	2003	2004	2005	2006
Dänemark												
EU-KOM	1,2	2,8	2,1	2,2	44,7	42,7	40,5	38,2	3,3	2,3	2,1	2,2
OECD	1,0	2,3	1,8	1,5	-	-	-	-	3,3	2,5	1,6	1,6
IWF	1,2	1,3	1,4	1,4	-	-	-	-	3,0	1,4	1,9	1,7
Estland												
EU-KOM	3,1	1,8	0,9	0,5	5,3	4,9	4,3	4,0	-13,2	-12,9	-12,1	-11,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-13,2	-13,8	-11,0	-9,7
Lettland												
EU-KOM	-1,5	-0,8	-1,6	-1,5	14,4	14,4	14,0	14,3	-8,2	-12,4	-10,5	-10,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,2	-12,3	-10,9	-9,8
Litauen												
EU-KOM	-1,9	-2,5	-2,4	-1,9	21,4	19,7	21,2	20,9	-6,9	-8,3	-8,8	-8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,0	-8,6	-9,5	-9,3
Malta												
EU-KOM	-10,5	-5,2	-3,9	-2,8	71,8	75,0	76,4	77,1	-5,8	-10,1	-9,9	-9,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-5,8	-10,3	-4,0	-3,0
Polen												
EU-KOM	-4,5	-4,8	-4,4	-3,8	45,4	43,6	46,8	47,6	-2,2	-1,5	-2,4	-3,0
OECD	-3,8	-4,8	-4,3	-4,0	-	-	-	-	-2,2	-1,5	-1,3	-1,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-1,9	-1,5	-2,1	-2,5
Schweden												
EU-KOM	0,2	1,4	0,8	0,8	52,0	51,2	50,3	49,2	5,9	7,8	7,5	7,3
OECD	-0,1	1,2	0,8	0,8	-	-	-	-	6,4	8,0	6,6	6,5
IWF	0,5	0,7	0,6	0,4	-	-	-	-	7,6	8,1	6,1	7,0
Slowakei												
EU-KOM	-3,7	-3,3	-3,8	-4,0	42,6	43,6	44,2	44,9	-0,8	-3,4	-5,0	-4,9
OECD	-3,7	-3,3	-3,4	-3,2	-	-	-	-	-0,9	-3,6	-5,7	-5,3
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-0,9	-3,4	-6,0	-4,6
Slowenien												
EU-KOM	-2,0	-1,9	-2,2	-2,1	29,4	29,4	30,2	30,4	-0,4	-0,7	-1,0	-0,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-0,6	-1,4	-2,2
Tschechien												
EU-KOM	-11,7	-3,0	-4,5	-4,0	38,3	37,4	36,4	37,0	-6,2	-5,2	-4,7	-4,6
OECD	-11,6	-3,0	-4,5	-4,2	-	-	-	-	-4,8	-5,1	-4,8	-4,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,2	-5,2	-4,8	-4,4
Ungarn												
EU-KOM	-6,2	-4,5	-3,9	-4,1	56,9	57,6	57,8	57,9	-8,4	-8,9	-8,7	-8,2
OECD	-6,2	-4,5	-4,2	-4,1	-	-	-	-	-8,9	-9,4	-7,3	-6,4
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-9,0	-9,0	-8,6	-8,1
Zypern												
EU-KOM	-6,3	-4,2	-2,9	-1,9	69,8	71,9	69,1	66,6	-3,0	-5,7	-4,9	-4,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-4,2	-3,0	-2,8	-	-	-	-	-3,4	-4,1	-3,4	-2,7

- = keine Angaben

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2005.
OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2005.
IWF: World Economic Outlook, April 2005.

Stand: 24. Mai 2005.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Juni 2005

Satz und Gestaltung:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.